permanente revolution

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

NR. 28/29 / MAI/JUNI 1979 / PREIS: S 7,-

INHALT

'permanente revolution' ist das Zentralorgan der IKL und erscheint monatlich.

Abonnement: 12 Ausgaben S 7o.-
Einzelpreis: S 5.-

Bestellungen und Kontaktadresse:

IKL, Postfach 1454, 1o1o Wien.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck und für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stöger, Patzmanitengasse 14/65. 1o2o Wien.

Arbeiterkammerwahlen: Fernab von der realen Politik!

Am 10./11. Juni finden die Wahlen zu den Arbeiterkammern statt. Die Bürgerlichen lassen es sich auch hier nicht nehmen, demagogisch auf Arbeiterstimmenfang zu gehen. Weit mehr Erfolg dürften sie allerdings bei den Unternehmerangehörigen haben, die nach dem Entscheid des Verfassungsgerichtshofes nun doch wählen dürfen. Die Kompetenz des Verfassungsgerichtshofes, auf die AK-Wahlen Einfluss nehmen zu können, sagt ja bereits einiges über den bürgerlichen Charakter dieser Institution aus.

Die sozialdemokratische Liste wirbt - für die SPÖ. Der GLB ('Gewerkschaftliche Linksblock') will - so wie seine KPÖ nach 'Kommunisten' im Parlament verlangt - mehr 'Kommunisten' als Arbeiterkammerräte sehen. Und im Gegensatz zur Nationalratswahl gibt es - so zumindest nach der Aussage der GE ('Gewerkschaftliche Einheit') - eine "linke Alternative": eben die GE. Ihre Fortschrittlichkeit entpuppt sich allerdings alsbald als "Druck von unten", "der die SP-Mehrheit in den AK (und Gewerkschaften) zwingen könnte, ihrer Verantwortung voll(?) nachzukommen." ('alternative', März 1979)

FORTSETZUNG AUF SEITE 4

Frankreich: *Die entscheidende Kraftprobe steht bevor!*

Die französische Arbeiterklasse hat sich durch ihre grossartigen Kämpfe in den letzten Monaten an die Spitze der europäischen Arbeiterbewegung gestellt. Bedroht von der Arbeitslosigkeit, die nach dem vorläufigen Höhepunkt von 1,8 Millionen Arbeitslosen im Jänner dieses Jahres weiter steigt, betroffen von der damit verbundenen Senkung des Lebensstandards und in allgemeiner Hinsicht ergriffen von einer elementaren Existenzangst und Zukunftsunsicherheit, haben die Arbeiter die Abwehr gegen die Krisenpolitik von Regierung und Unternehmerschaft aufgenommen, die oft über die Betriebsebene hinausgeht und in eine politische Kampfansage an die bürgerliche Herrschaft mündet. Strassenschlachten mit der Polizei, Städtebesetzungen gehörten beinahe zum Alltag Frankreichs. Der bürgerliche Staatsapparat kann es sich in dieser Situation nicht einmal mehr leisten, auch nur einen Hauch von Klassenunabhängigkeit vorzutäuschen. Unzählige Polizeiprovokationen gehen Hand in Hand mit unzähligen Angriffen der Regierung unter Premierminister Barre auf die demokratischen Freiheiten der Arbeiterbewegung.

FORTSETZUNG AUF SEITE 23

Iran: Die Reaktion marschiert weiter!

Die "islamische Revolution" herrscht nun schon über vier Monate, und noch immer ist keines der brennenden Probleme des Iran gelöst. Im Gegenteil. Drei Millionen Iraner sind ohne Arbeit, auf dem Lande herrscht die Armut, und die nationalen Minderheiten werden weiterhin in Abhängigkeit und Unterdrückung gehalten. Vor diesem Hintergrund sind die Versuche des Khomeini-Regimes und der Regierung Bazargan zu sehen, die Linke zu schlagen.

Am 1. Mai war einer der höchsten religiösen Führer Irans, der Ayatollah Motaheri, bei einem Attentat ums Leben gekommen.

FORTSETZUNG AUF SEITE 26

KOMMENTAR

In den letzten Wochen stand die Auseinandersetzung mit dem faschistischen Kaderkern ANR wieder stärker im Mittelpunkt der Politik der Linken. Als Folge der angemeldeten Kandidatur der ANR zu den Hochschulwahlen verschärften sich innerhalb der Linken die Differenzen über die Methode des Kampfes gegen den Faschismus. Bisheriger Höhepunkt dieser Differenzen war zum ersten der tätliche Angriff von KPÖ-Ordnern auf die Lautsprecherwagen von GRM und unserer Organisation (bei der antifaschistischen Demonstration Ende April) und zum zweiten ein Flugblatt des KPÖ-Studentenverbandes, in dem die Mitglieder unserer Organisation als "antikommunistische Provokateure" verleumdet werden.

Vielleicht noch deutlicher als während der Kämpfe gegen die ANR vor den Hochschulwahlen 1977 wurden nun die Konsequenzen der KPÖ-Politik deutlich, die Forderung nach einem staatlichen Verbot von ANR und NDP als 'Prüfstein' eines 'wahren Antifaschismus' einzusetzen. Dies hat seinen Grund ohne Zweifel im weniger kontinuierlichen öffentlichen Auftreten der Faschisten. Dies einerseits und die relative Stärkung des KPÖ-Studentenverbandes (KSV) andererseits haben die verstärkten Angriffe der KPÖ-Stalinisten auf den Trotzkismus zur Folge. Der Maoismus beginnt mehr und mehr, vor der KPÖ zu kapitulieren, und erweist sich in der Praxis als schwachsinniger Erfüllungsgehilfe dieser Partei (so versuchte während der Demonstration Ende April ein maoistischer Lautsprecherwagen, unsere Losungen durch das stumpfsinnige Wiederholen der Verbotslosung zu stören...). Schliesslich hat man 'gemeinsame Traditionen', und der 'Kampf gegen den Trotzkismus' gehört dabei nicht gerade zu den 'schlechtesten'...

Bevor wir auf jene 'Miniaturvolksfront' eingehen, die angeblich hierzulande den antifaschistischen Kampf führt, sei noch auf jene gar nicht so seltsame Koalition von Stalinisten aller Schattierungen (KPÖ, KBÖ, MLPÖ plus ausgetretene KBÖ-Mitglieder) hingewiesen, die in letzter Zeit eifrig bemüht ist, gegen den Trotzkismus zu hetzen. Die Herrschaften kennen ihren grössten Feind genau so wie die ANR, die in einer ihrer Publikationen feststellt, dass gerade die Trotzkisten ihre Gegner in der Auseinandersetzung sind.

Wehe denen, die vergessen, aus welcher politischen Schule diese Leute kommen. Unter ihren jungen Gesichtern steckt der uralte Stalinismus. Die Formel "antikommunistische Provokateure" bedeutet in einer anderen gesellschaftlichen Situation die Aufforderung zur Ermordung der Trotzkisten. Vergessen wir niemals, dass dies die Schüler jener Leute sind, die mit solchen Worten die Ermordung von abertausenden unserer Genossinnen und Genossen in der ganzen Welt eingeleitet haben.

Die "Aktionseinheit", welche die Demonstration für den 27. April vorbereiten sollte, mag als Beispiel dafür dienen, um Methode und Konsequenz der Stalinisten und ihrer 'fellow travellers' (Hindels und Konsorten) aufzuzeigen. "40 Organisationen", so jubelt die 'Volksstimme', hatten für diese Demonstration aufgerufen. Neben den diversen KP- und SP-Gruppierungen handelte es sich in vielen Fällen um (de facto) Karteiorganisationen (Es-

würde nicht wundern, wenn in Zukunft ein Vertreter eines 'Bundes demokratischer Puppenspieler' auftauchen würde...), die vor allem zu keinem Zeitpunkt am antifaschistischen Kampf beteiligt waren. Die Methode ist uralt. Die Stalinisten (pardon, "österreichischen Demokraten") beherrschen die Ansammlung politisch unzurechnungsfähiger 'Demokraten', bestimmen politisch und organisatorisch, appellieren an den 'gesunden Menschenverstand' der Demokraten ('Die Ultralinken wollen nur stören')...worauf alle brav das Händchen heben...und jene, die permanent den antifaschistischen Kampf führen, sind 'draussen'! Ihnen wird 'verboten', ihre eigene Politik zu vertreten, und wenn 'Verbote' nichts nützen, dann kann man noch immer die Polizei oder die eigenen Ordner (denen man sagt, dass "Faschisten" provozieren würden...) einsetzen. Noch dazu ist die Angelegenheit äusserst 'demokratisch' abgewickelt, denn alle haben ja freiwillig die Hand gehoben.

Um uns nicht misszuverstehen: Wir treten natürlich auch für breite antifaschistische Demonstrationen ein. Aber ebensowenig, wie wir Hindels das Recht absprechen, zweimal jährlich Bruno Kreisky unseren Standpunkt zu vertreten, ist Nenning offensichtlich entgangen. Macht nichts. Auch mit solchen Artikeln lässt sich Geld verdienen. Manche Kollegen Nennings sind ja in dieser Hinsicht weit talentierter...

Die Zwischenfälle am Ballhausplatz haben ihre Ursache also allein im politischen Diktat jener Miniatur-Volksfront, die per Dekret allein den 'mahnenden' Antifaschismus 'erlaubt'. Was sollte man auch von den 'ehrwürdigen' Widerstandskämpfern anderes erwarten, die zu dumm sind, um zu begreifen, dass sie mit Mitgliedern einer Partei (der ÖVP), deren Vorgängerpartei dem Faschismus den Weg geebnet hat, in einer Organisation sind...

Mit den politischen Nachfahren der Mörder Münichreiters in einer Organisation sein und sich selbst 'Sozialist' oder 'Kommunist' nennen, dazu gehört schon eine (un-) gesunde Portion politischer Stupidität.

Das Recht der freien politischen Meinungsäusserung wird uns diese Schmalspur-Volksfront niemals gestatten. Es bleibt also kein anderer Weg, als um dieses Recht zu kämpfen. Und genau dies haben wir am Ballhausplatz getan und werden es auch in Zukunft - in der einen oder anderen Form - immer wieder tun!

Miniaturvolksfront oder antifaschistischer Kampf!

zu 'mahnen', lassen wir uns von ihm und seinesgleichen das Recht nehmen, unsere Politik, unsere Standpunkte zum antifaschistischen Kampf öffentlich zu vertreten.

Wer jemals mit der 'Basis' derartiger antifaschistischer Demonstrationen diskutiert hat, weiss, wie schnell diese Menschen politisch verunsichert werden, wenn ihnen die Logik und die Konsequenz der Verbotslosung verdeutlicht wird. Genau darin liegt der Grund für die bösartigen Ausfälle der Stalinisten. Die Angst, die Kontrolle über die 'brav marschierende' Basis zu verlieren, treibt diese Leute dazu, jeden Standpunkt, der den eigenständigen, vom Staat unabhängigen antifaschistischen Kampf propagiert, als "antikommunistische Provokation" zu verleumden.

Und die Verleumder der KPÖ finden eifrige Unterstützer bei den Sozialdemokraten. Abgesehen von den Jungbürokraten der SJ und des VSStÖ, deren politische Mentalität sich nicht von den entsprechenden Bürokraten der KPÖ unterscheidet, meldet sich in der Nr. 19 des 'profil' auch G. Nenning zu Wort und beweist, dass er weit mehr ist als ein 'Wurstel'. Eben ein Journalist, wie sie diese Gesellschaftsordnung produziert. Ohne über den wirklichen Hergang der Ereignisse auf dem Ballhausplatz auch nur im geringsten informiert zu sein, bringt Nenning 'ultralinke Störaktionen' in einen unmittelbaren Zusammenhang mit der Verbotslosung! Dass gerade diese Losung der Kernpunkt der Auseinandersetzungen war und ist, und dass weiters gerade das stalinistische Diktat uns keine andere Möglichkeit liess,

Die Verbotslosung als Mittelpunkt, als das eigentliche Wesen des bürgerlich/demokratischen Antifaschismus, hat aber offensichtlich nicht nur die Anwendung von Gewalt gegen die extreme Linke zur Folge. Die KPÖ selbst hat in der letzten Zeit gezeigt, wohin die Logik dieser Politik führt.

"Endlich greift die Polizei ein", konnten wir in der 'Volksstimme' in einem Artikel über die Ereignisse in Braunau lesen. Die 'demokratische' Polizei, immer wieder von der KPÖ an ihre 'Pflichten' erinnert, hetzte die Hunde...gegen die Antifaschisten (Die 'Volksstimme' sollte vielleicht als 'Lehre' daraus die Einrichtung von 'österreichischen, demokratischen und antifaschistischen Hundestaffeln' fordern).

Die Verhinderung der ANR-Kandidatur zu den Hochschulwahlen wurde als 'grosser Erfolg' gefeiert, und von der KPÖ bis zu den Maoisten wurde dies als erster Schritt zum Verbot der Faschisten interpretiert, was möglicherweise auch geschehen wird (Die inzwischen erfolgte formale 'Selbstauflösung' des Vereins ANR kann nur als 'taktische' Farce verstanden werden). Ist nun die 'saubere, demokratische' Hochschule gesichert, wenn auf den Stimmzetteln der Name der ANR nicht aufscheint? Die 'Demokraten' sind besorgt ob der Tatsache, dass etwa Bruno Haas von der ANR mehr als 200 Unterstützungsunterschriften für die Kandidatur seiner Organisation vorlegen konnte. Das Problem ist bloss, dass durch Verbote und Nichtzulassungen dieses Potential nicht kleiner, sondern im Gegenteil eher grösser wird. 'Demokraten' waren stets unfähig, politische Gesetzmässigkeiten zu begreifen, und ihr 'Antifaschismus' kam nie über die Position einer 'sauberen Demokratie' hinaus (als ob etwa die JES mit ihrer Vorliebe für F.J. Strauss und Otto Habsburg diesem utopischen Ideal entsprechen würde). Aber, so wenden die linken Vertreter der Verbotslosung ein, wenn die ANR Mandate bekommen würde, könnte sie Säle an den Universitäten für ihre Veranstaltungen bekommen. Derartige Argumente sind technischer und nicht politischer Natur. Räumlichkeiten für ihre Veranstaltungen werden die Faschisten immer bekommen, und die Tatsache, dass sie gerade an den Universitäten am stärksten bekämpft werden, würde der Durchführung ihrer Veranstaltungen an diesem Ort nicht gerade förderlich sein.

Es geht nicht darum, kleinkrämerisch den einen oder anderen kleinen Vorteil der Verbotslosung herauszustreichen (selbst wenn es solche geben sollte), sondern alleine darum, das Wesen und die Konsequenz dieser Forderung zu begreifen. Gehen wir einmal davon aus, dass ANR und NDP 'verboten' werden. Abgesehen davon, dass in kürzester Zeit neue Organisationen bestehen würden, stört dies die Faschisten keineswegs. Im Gegenteil! Ihre Autorität als 'Kämpfer gegen den roten Staat' würde erheblich steigen, ihr Zusammenhalt gefestigt werden usw. "Wer ist nun der wahre Feind des Staates", würden sie fragen, "die Linke oder wir?" Das staatliche Verbot hätte darüberhinaus keine Einschränkung der faschistischen Propaganda zur Folge, denn dass diese Leute nicht feige sind und Polizeistrafen nicht fürchten, sollte mittlerweile auch der bornierteste 'Demokrat' begriffen haben.

Und schliesslich wird nach dem Verbot der 'extremen Rechten' massiv auch das Verbot der 'extremen Linken' gefordert werden - gewissermassen als 'demokratischer Ausgleich'!

Aber, so die Reformisten und ihre zentristischen Anhängsel, die österreichische Verfassung beinhaltet einen klaren antifaschistischen Absatz. Natürlich, aber es wird den bürgerlichen Rechtsgelehrten kaum schwerfallen, 'nachzuweisen', dass zwischen extrem rechts und extrem links im Grunde genommen keinerlei Unterschied besteht, beides 'Feinde der Demokratie' sind, die Verfassung eben 'zeitgemäss' ausgelegt werden müsse. Die Verbotslosung würde so der extremen Linken wie ein Bumerang auf den Kopf plumpsen, denn die Miniatur-Volksfront wird sich wohl kaum der Verteidigung der extremen Linken annehmen. Die KPÖ spricht doch ohnehin von "antikommunistischen Provokateuren", und von solchen zu 'echten Faschisten' ist wirklich nur ein kleiner Schritt!

So ist das eigentliche Wesen der Verbotslosung die Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Staat: Denn wer soll die ANR eigentlich 'verbieten', und vor allem - wer soll darauf achten, dass dieses 'Verbot' auch tatsächlich eingehalten wird? Die KPÖ demonstriert doch wirklich deutlich genug, dass die Anwendung der Verbotslosung darin besteht, die Polizei zu informieren und zum Eingreifen aufzufordern. Dies ist auch konsequent, denn nur der Staat kann 'verbieten', und nur er kann auch darauf achten, dass dieses Verbot eingehalten wird. Die Antifaschisten werden zu 'Mahnern' degradiert und dürfen hilflos vor den Polizeiketten ihre Losungen schreien. ●

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Arbeiterkammer

Unsere Ablehnung aller Listen, inklusive jener, die sich auf die Arbeiterklasse berufen, resultiert nicht nur aus der reformistischen Stumpfheit ihrer politischen Aussagen, die sie, jede auf ihre Art, von sich geben. Die ach so 'linke Alternative' GE bringt es zuwege, keine einzige konkrete Kampfforderung aufzustellen (sieht man von einer Karikatur zum Thema 35-Stundenwoche ab, die sie in einem politischen(?) Witzheftchen veröffentlichte), sondern begnügte sich im wesentlichen damit, zu versichern, dass ihre Vertreter "das Ansehen der AK und ihrer Funktionäre" wieder anheben werden (E. Kodicek in 'alternative', März 1979). Und immer wieder: "Es geht bei der AK-Wahl darum, den Druck von links auf die SP-Mehrheit und die übrigen Parteifraktionen zu verstärken!" ('alternative', Februar 1979)

Unsere grundlegende Kritik an den kandidierenden Listen betrifft ihr Verhältnis zu den Arbeiterkammern überhaupt. Indem sie die AK als "Errungenschaft der Arbeiterbewegung" hinstellen, missachten sie unserer Meinung nach den bürgerlichen Charakter dieser Institution und die relative Bedeutungslosigkeit der AK im Bewusstsein der Arbeiter. Beides veranlasst uns heute zum BOYKOTT DER WAHLEN und als propagandistische Zielsetzung zur AUFLÖSUNG DER ARBEITERKAMMERN aufzurufen.

DIE ARBEITERKAMMERN

Die AK waren und sind eine bürgerliche Institution. Als "Körperschaft des öffentlichen Rechts" sind sie in der Bundesverfassung verankert, der bürgerliche Staat hat durch das Bundesministerium für Soziales in ihnen das Aufsichtsrecht und kann bei "Vernachlässigung der Aufgaben(?)", "Überschreiten(?) der Befugnisse" und bei "Beschlussunfähigkeit" die Vollversammlung des AK-Tages auflösen. Ihre Geschichte ist die Geschichte der Stärkung des bürgerlichen Staates gegen die Arbeiterbewegung!

1848 wurden das erste Mal Forderungen nach einer Arbeiterkammer laut. Mit ihr sollten die rechtlosen Proletarier Vertreter in den Land- und Reichstag entsenden und die feudalkapitalistische Regierung bei arbeiterfeindlichen Massnahmen gesetzlich behindern können. Ohne hier auf die Problematik der sozialdemokratischen Reformpolitik gegen Ende des 19. Jahrhunderts einzugehen, muss festgestellt werden, dass sich im 20. Jahrhundert mit dem Entstehen eigenständiger proletarischer Klassenorgane und der Erkämpfung bürgerlich-demokratischer Rechte die gesellschaftliche Situation ganz wesentlich verändert hatte. Die markanten Daten für die heutigen Arbeiterkammern sind in diesem Zusammenhang nicht, wie fast die gesamte Linke weismachen will, 1848 oder 1872 (1872, als der gemässigte Flügel der Sozialdemokratie eine Denkschrift an die Regierung initiierte, in der sie die Bildung von Arbeiterkammern verlangte), sondern 1920 und 1945!

Es ist völlig unangebracht, eine Kontinuität von 1848 bis heute zu konstruieren. Die AK entspringen nicht "einem langen Kampf der Arbeiterbewegung", an dessen vorläufigem Ende zwar "nicht gerade Kampforgane der Arbeiterklasse", aber immerhin(?) eine "Errungenschaft des Kampfes" stünde. ('rotfront', Nr. 3a/1979) Denn dieser "lange Kampf", der im 19. Jahrhundert begonnen haben soll, änderte nämlich rund um den 1. Weltkrieg abrupt seine Stossrichtung, als die Sozialdemokratie offen ins Lager der Bourgeoisie übergewechselt war. Die "Rote Fahne", das Zentralorgan der jungen KPÖ, fasste die Funktion der 1920 tatsächlich entstandenen Arbeiterkammern treffend zusammen: Als es der Sozialdemokratie nicht gelungen war, die 1918 gebildeten Arbeiterräte durch ihre Verankerung in der bürgerlichen Verfassung zu schwächen (bemerkenswert ist diese revolutionäre Logik der damaligen KPÖ auch deswegen, weil sie ihren heutigen Auffassungen über bürgerliche Verfassungen völlig zuwiderläuft), griff sie zu einer anderen Variante. "Nun galt es nach neuen Mitteln zu fahnden, die Räte unschädlich zu machen. Mit aller Beschleunigung ging man daran, die Arbeiterkammern aufzurichten, durch einen Beschluss der Nationalversammlung. Gegen den Arbeiterrat die Arbeiterkammern! Gegen die Revolution das bürgerliche Gesetz! Gegen den Klassenkampf die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit!" ('Rote Fahne', 29. 2. 1920)

1945 erfüllten sie grundsätzlich die gleiche Funktion. Die AK seien "nicht Organe des sozialen Krieges, sondern Mittler zum sozialen Frieden", kennzeichnete der Sozialdemokrat und Staatskanzler Renner damals ihre Aufgaben und wiederholte beinahe wörtlich seine eigenen Worte von 1920.

ARBEITERKAMMERN UND GEWERKSCHAFTEN

In der heutigen Situation der relativen Klassenruhe und der sozialdemokratischen Hegemonie im österreichischen Proletariat haben sich AK und Gewerkschaftsbund, oberflächlich betrachtet, ziemlich angeglichen. Beide sind gleichermassen bürokratisiert, personell decken sich oftmals die Bürokratenposten beider Organisationen. Wie im ÖGB werden die wichtigen Entscheidungen abgehoben von der Mitgliederbasis getroffen. Beide sitzen in den sozialpartnerschaftlichen Gremien, um bürgerliche Politik zu betreiben bzw. zu unterstützen.

Zwischen ÖGB und AK gibt es eine 'Arbeitsteilung', die kurz umschrieben für letztere darin besteht, 'wissenschaftliche' Beratung ("Waffenschmiede") und Schulungseinrichtung für die Gewerkschaften zu sein. Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute besuchen in den Schulungsheimen der AK Kurse aller Art. Gewerkschaftsfunktionäre absolvieren die Sozialakademie der AK - Bürokraten beraten und schulen angehende bzw. andere Bürokraten.

Dennoch steckt darin mehr als simple 'Arbeitsteilung'. Am augenscheinlichsten zeigt sich dies an ihren ungleichen politischen Gewicht, das sie in den diversen Gremien haben, an denen sie teilnehmen. Alfred Ströer fasst in 'arbeit und wirtschaft' Nr. 5/1979 das Wirken der AK bezeichnend zusammen, das sich "um die vielfältige Tätigkeit auf dem Gebiet des Konsumentenschutzes, um die Beratung (!) in Sozialversicherungsangelegenheiten, um die Begutachtung von Gesetzentwürfen, die Arbeitnehmerinteressen berühren, um die Förderung(!) kultureller Veranstaltungen" usw. handelt. Die AK 'beraten', 'fördern' und 'begutachten'. Das ist auch ihre Hauptaufgabe im Zoll-, Rohstoff-, Aussenhandels- oder Kulturbeirat, während die Gewerkschaftsbürokratie in den Sozialpartnerschaftsorganen als mitentscheidende Instanz sitzt!

Das ist auch kein Zufall. Sozialpartnerschaft bedeutet für die Kapitalisten in der Hauptsache, das Proletariat und Kleinbürgertum an die kapitalistische Logik zu binden. Ihr wichtigstes Mittel hierfür ist in Österreich die Sozialdemokratie, die sich ihrerseits, als besondere bürgerliche Partei, vor allem über die Gewerkschaften, auf die Arbeiterklasse stützt. Die SPÖ kontrolliert heute das Proletariat zu einem grossen Teil über den ÖGB, wozu sie ihre Fäden bis hinein in den Betrieb ziehen muss. Die AK sind im Gegensatz dazu nicht in den Betrieben verankert. Einen organisatorischen Aufbau über Betriebsräte gibt es bei ihnen nicht. Alle 5 Jahre sollen ihre Zwangsmitglieder - jeder Arbeiter und Angestellte ist automatisch Mitglied der AK und zahlt über einen Abzug seines Lohnes bzw. Gehaltes den Mitgliedsbeitrag, die "Kammerumlage" - Arbeiterkammerräte wählen, die von keinem Arbeiter kontrollierbar oder zumindest überschaubar hinter gepolsterten Türen ihrer Tätigkeit nachgehen.

Im ÖGB steckt sozusagen jene 'Macht' der Sozialdemokratie, die ihr bei der Kapitalistenklasse Ansehen und Anerkennung verleiht - die Macht ihres organisierten Einflusses auf die Arbeiterschaft. Ganz anders eben bei den AK: als blosse 'Anhängsel' und Geldgeber des ÖGB haben sie aufgrund ihrer Abgehobenheit von der 'Basis', die so gut wie kein Vertrauen in die AK besitzt, heute für die Kapitalisten nicht jene fundamentale Bedeutung wie der ÖGB.

Ihr organisatorischer Aufbau und das Nahverhältnis der Arbeiter zu ihr kann die Gewerkschaften allerdings bei einem Aufschwung der Klassenkämpfe zu einem Unsicherheitsfaktor für die Bürokratie und die Bourgeoisie werden lassen. Es ist der Klassenkampf, der in den Gewerkschaften die Macht der Bürokratie durchrütteln, die Arbeiterdemokratie auf die Tagesordnung stellen und sie zu einer Waffe gegen die kapitalistische Ausbeutung machen wird. Die AK sind hingegen eine Institution, die sich bedeutend leichter dem Kampf der Arbeiter wird entziehen können. Ihre 'Basis'

In eigener...

Wir sind (fast) 'geschafft! Hatten wir eigentlich geplant eine Mai-Ausgabe und eine Juni-Ausgabe mit je 24 Seiten herauszugeben, mußten wir schließlich doch passen, d.h. uns damit zufriedenzugeben, diese Doppelnummer zu machen.

Die regelmäßige Herausgabe der 'permanenten revolution' und unseres Theoretischen Organs 'Ergebnisse u. Perspektiven' bedeutet einen ziemlichen Streß für unsere Organisation. Dies hat sich leider in dieser Ausgabe insoferne negativ ausgewirkt, daß weder ein geplanter Artikel zu den Wahlen in Italien, noch ein Artikel zur Situation in England fertiggestellt werden konnte. Wir brauchen einfach eine Sommerpause. Im Herbst werden wir mit einer regelmäßigen Berichterstattung und politischen Einschätzung über und von Italien und England beginnen.

Der Streß fordert seinen Tribut! Die nächste Ausgabe der 'permanenten revolution' erscheint im September. Also: Bis zum nächsten 'fröhlichen Schaffen'...

Die Redaktion

ist die gesetzlich festgelegte Beziehung zum bürgerlichen Staat, die ihr eine viel stärkere Stabilität gegen die Radikalisierung der Arbeiter verleiht. Schon einmal konnten sie sich 'rigider' als die Gewerkschaften erweisen. 1934 wurden die Gewerkschaften von der Dollfuss-Diktatur zertrümmert, d.h. ihre organisatorischen Strukturen zerstört. Die AK wurden aber lediglich von den Sozialdemokraten 'gesäubert'. An Stelle der frei gewählten Kammerorgane wurde eine Verwaltungskommission bestellt, die an sich die gleichen Aufgaben erledigte, wie vorher die Voll-, bzw. Sektionsversammlungen. Den NSDAP-Faschismus überlebten freilich auch diese Arbeiterkammern nicht.

WARUM BOYKOTT DER ARBEITERKAMMER-WAHLEN

Der zentrale Punkt kommunistischer Politik zu den AK-Wahlen müsste unserer Meinung nach sein, den bürgerlichen Charakter der AK aufzuzeigen. Zwar sind sowohl im ÖGB als auch in den AK heute bürgerliche Kräfte tätig, sind sie also in einem gewissen Sinne "gelbe" Organisationen. 1934 hat jedoch gezeigt, dass die Dynamik des Klassenkampfes sehr wohl einen Unterschied zwischen beiden macht, und die AK in 'Krisenzeiten' als 'gelbe' Konkurrenz gegen die Gewerkschaften fungieren können. Die sozialdemokratische Bürokratie ist heute nur die 'Hülle' der AK, die 'gesäubert' werden kann, und unter der Kommunisten den bürgerlichen Kern entlarven müssten. Keine der kandidierenden Listen tut dies, womit die Beteuerungen von GLB und GE, gegen die Sozialpartnerschaft zu sein, noch unglaubwürdiger werden.

Ihre prinzipiell ablehnende Haltung zu bürgerlichen Institutionen, z.B. zum bürgerlichen Parlament, hat für Kommunisten aber noch niemals automatisch geheissen, zu deren Auflösung aufzurufen, bzw. grundsätzlich eine Teilnahme an Wahlen zu verweigern. Eine solche Vorgangsweise (unabhängig von der konkreten Klassenkampfsituation), z.B. bei Nationalratswahlen, würde krassestes Ultralinkstum bedeuten. So unterstützen wir heute, dass die Linke vom Staat die Möglichkeit erhält, zu kandidieren, unterstützen wir unter bestimmten politischen Bedingungen bestimmte Listen kritisch und machen unsere Teilnahme an solchen Wahlen von unserer organisatorischen Stärke und der politischen Situation abhängig.

Die Grundlage der Beteiligung von Kommunisten an bürgerlich-demokratischen Abstimmungen, bzw., dass wir überhaupt reformistische oder zentristische Gruppierungen kritisch unterstützen können, sind die Illusionen und das Vertrauen der Masse der Arbeiter und Kleinbürger in die bürgerliche Demokratie, in den Parlamentarismus. Kommunisten nützen das gesteigerte politische Interesse der Bevölkerung zu den Zeiten des Wahlkampfes aus, um ihre Propaganda und Agitation an die Massen heranzubringen und zum anderen einen Überblick über den politischen Stand der Klasse zu erhalten.

Das Parlament (oder eine andere bürgerlich-demokratische Institution) nützen die Kommunisten als Tribüne für ihre Politik - als "offenes Fenster", durch das sie zu den Arbeitern sprechen. Die Stärke der Revolutionäre kommt dabei nicht durch ihre Abgeordnetenanzahl zustande, sondern stützt sich auf die "Strasse", auf die Arbeiter in den Betrieben usw., deren Kampfkraft allerdings dafür genützt werden kann, bestimmte fortschrittliche Massnahmen z.B. im Parlament durchzudrücken. Die revolutionäre Hauptarbeit besteht aber darin, über die Beschränktheit der bürgerlichen Demokratie aufzuklären und am Beispiel der Kommunisten, etwa im Parlament, dessen Nutzlosigkeit und Gefährlichkeit für das Proletariat zu dokumentieren. D.h. eben, die Illusionen in die bürgerliche Demokratie zu bekämpfen.

Daraus folgt, dass Kommunisten nicht immer und zu jeder Zeit für bürgerlich-demokratische Institutionen kandidieren. Man muss nicht jederzeit Wahlen durch eine Kandidatur ausnützen. Der Kampf kann und muss unter Umständen ausschliesslich von ausserhalb geführt werden. Eine andere Vorgangsweise würde in diesem Falle das Gegenteil von dem erreichen, was linke Kräfte vorgeben, zu wollen - würde neuerliche Illusionen erzeugen und dem ausserparlamentarischen Kampf schaden.

Modifiziert durch die heutige Klassenkampfsituation in Österreich ist dies genau bei den Positionen der GRM der Fall, die in ihrer "grundlegenden Kritik" an den AK versagt und die AK-Wahl dazu benützen will, eine "Politik im Interesse der Arbeiterklasse zu propagieren." ('rotfront', Nr. 5/1979) Dann aber zu sagen, die AK wären eine "Errungenschaft der Arbeiterbewegung" und zugleich die GLB- und GE-Politik als "antisozialpartnerschaftlich, antikapitalistisch(!)" zu klassifizieren, ist doch etwas viel an 'Anpassungsfähigkeit'!

Wir sind der Auffassung, dass die wichtigsten Bedingungen für die Beteiligung von Kommunisten an der AK-Wahl, bzw. die kritische Unterstützung einer Liste, nicht gegeben sind.

- Die Arbeiterkammern stehen heute nicht im Blickpunkt der Erwartungen und Hoffnungen der Arbeiterklasse. Die Abwendung von Massenarbeitslosigkeit und Inflation sehen sie in erster Linie als Aufgaben der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Das ist auch selbstverständlich. Ihre Vertretung erfahren die Arbeiter im Betrieb in der Funktion von Betriebsräten und Vertrauensleuten. In der Fabrik u.a.w. findet die tägliche Auseinandersetzung statt. Hier muss der Funktionär zeigen, wie gut er wen vertritt, hier kann er unmittelbar kontrolliert werden.
Die AK stehen völlig fernab vom Tageskampf der Arbeiter. Kammerräte im Zoll- oder Kulturbeirat werden von den Arbeitern halt nicht als ihre Vertreter verstanden.

Ganz richtig erkennt die 'rotfront' dieses ablehnende Bewusstsein an: "Es ist daher kein Wunder, wenn die meisten Arbeiter und Angestellten die Arbeiterkammern als total bürokratisiertes Gebilde betrachten, mit denen sie recht wenig anfangen können. Bei den AK-Wahlen, die ohnehin nur alle 6 Jahre (5 Jahre - 'p.r.') stattfinden, gehen daher rund 40% (trotz der Animierung vor allem durch SP-Funktionäre - 'p.r.') nicht einmal zur Urne." ('rotfront', Nr. 3a/1979)

- Nicht bei den AK, sondern bei den Gewerkschaften müssen Kommunisten ansetzen, wenn sie ihre Antworten auf die Krise geben. Kein Vertrauen in den bürgerlichen Staat, sich nicht an die staatlichen Gesetze binden lassen! Das genaue Gegenteil davon stellen die AK dar. Die revolutionäre "antisozialpartnerschaftliche, antikapitalistische" Stossrichtung ist der eigenständige Kampf der Arbeiterklasse, ist der Kampf für Arbeiterdemokratie und Entbürokratisierung in den Gewerkschaften! Dies mit einer "kritischen Unterstützung" der AK zu verbinden, denn nichts anderes tut die GRM, wenn sie GLB und GE "kritisch unterstützt", bringen eben nur die unvermeidlichen 'Revolutionären Marxisten' zustande.

- Selbst in der Logik der AK-Verehrer und "Waffenschmiede" befangen, stellt sich ihr Ansinnen als widersinnig heraus. Die GE will für die "Demokratie innerhalb der AK" kämpfen, die AK "wieder(?) zur geistigen Waffenschmiede der Arbeiterklasse" machen, damit das "Ansehen der AK und ihrer Funktionäre(!) gehoben" wird. ('alternative', März 1979) Wir fragen: Worauf wollen sich die Kodicek und sonstigen 'linken' Kammerräte dabei stützen? Die GE-Antwort lautet monoton: auf die unter Druck gesetzte SP-Mehrheit. 'Überzeugt' wurden SP- und andere Bürokraten bekanntlicherweise noch niemals von guten(?) Argumenten, noch dazu wenn sie von der GE kamen, sondern von kampfentschlossenen Arbeitern. Doch just diese gibt es in der Organisationsstruktur der AK nicht. Kodicek und Co werden wohl oder übel in ihren Büros weiterhin alleine ihren Kampf der Aufrechten kämpfen müssen, der von Kodicek selber ohnehin treffsicher dargestellt wird: "Hunderte Kammerräte werden gewählt. Wenn sie nicht in den Ausschüssen sind (mehr "Druck", liebe GE-Kammerräte!), reden sie kaum und haben sie auch nichts zu reden." ('alternative', März 1979) "Grüss Gott, Herr Kammerat. Ja, Herr Kammerrat. Nein, Herr Kammerrat."

In der heutigen Situation ist es die Aufgabe der Kommunisten, an die unbeteiligte bis ablehnende Haltung der Arbeiter und Angestellten gegenüber den AK anzuknüpfen, keine Illusionen in sie zu fördern, sondern offen ihren bürgerlichen Charakter zu denunzieren. Notwendig ist der eigenständige Kampf der Arbeiterklasse und die Gewerkschaftsdemokratie! Ausdruck davon sind unsere Forderungen
BOYKOTT DER AK-WAHLEN!
AUFLÖSUNG DER AK UND ÜBERFÜHRUNG IHRES EIGENTUMS AN DIE GEWERKSCHAFTEN!



Gratt, Pitsch u. Kepplinger

Spendenaktion

Den drei Genossen zu helfen, ihre Situation im Gefängnis einigermaßen zu überstehen, ist wohl die elementarste Pflicht aller Linken - unabhängig ob sie mit den politischen Ansichten der drei Genossen übereinstimmen oder nicht.
Um dies zu erreichen, benötigen die Genossen Bücher, Zeitschriften und Kleidung. Aus diesem Grund führen wir bis Jahresende eine Spendenkampagne durch, die auch schon einige Ergebnisse gebracht hat (wir werden in der nächsten Ausgabe der 'permanenten revolution' über den Zwischenstand berichten).
Also: Bis zum Jahresende (mindestens) S 1o.ooo,- für die drei Genossen!

Einzahlungen an das Postsparkassenkonto 71o6.o24 (Karl Reitter) - Vermerk: Solidaritätsspende

Zum Ausgang der Nationalratswahlen:
Für «Sicherheit» und «sozialen Frieden»

Der österreichische Arbeiter wählte 1979 'seine' Partei, die ungeheuer mächtig ist, in den Ministerien sitzt und über riesige Mittel verfügt - und von der er vor allem meint, dass ihre Politik der Arbeitsplatzsicherung die sicherste sei. Am 6. Mai entschied sich die übergrosse Mehrheit der Arbeiterschaft für den sozialdemokratischen Weg: nicht zu streiken, sondern 'mitzuregieren'; zwar gegen die bürgerlichen Parteien, doch ebenso für 'Ruhe und Ordnung' in Österreich, die sie gerade vom 'Bürgerblock' bedroht sahen. Dennoch relativiert sich der SPÖ-Erfolg ein wenig. Z.B. in den Wiener Arbeiterbezirken stagnierte sie, und die Wahlbeteiligung war wohl höher als bei der Gemeinderatswahl, doch wählten dieses Mal insgesamt, rechnet man das Absinken der Wahlberechtigtenzahlen in Wien ein, rund 82.000 weniger als 1975.
Die SPÖ gewann in erster Linie in der kleinbürgerlichen Bevölkerung. Zwei Punkte sind dazu zu bemerken.
Der 'soziale Frieden', für den Kreisky und die SPÖ standen, verfehlte seine Anziehungskraft auch nicht auf städtische Mittelschichten und Teile der kleinbäuerlichen Bevölkerung. Letztere machte in den vergangenen Jahren zudem einen verstärkten sozialen Wandel durch, der in einem Schrumpfen der Vollerwerbsbauern bestand. Immer mehr Bauern suchten sich im letzten Jahrzehnt einen Beruf in der Industrie oder im Gewerbe und betreuten ihren Hof nur noch 'nebenbei'. Die bewusstseinsmässigen Auswirkungen konnten nicht ausbleiben. Mehr dem Einfluss der begüterten Bauernschaft entzogen ("... die Vollerwerbsbauern haben eindeutig ÖVP gewählt" - ÖVP/NÖ - Fidesser), kamen sie mit dem städtischen proletarischen Milieu in Berührung, das durchwegs vom sozialdemokratischen Einfluss geprägt ist. Die Grundlage des Vertrauens zur SPÖ war auch bei ihnen der politische 'Bonus' der Regierungspartei, bisher keine Massenarbeitslosigkeit in Österreich zu haben. Ausserdem scheint es der SPÖ in der vergangenen Legislaturperiode gelungen zu sein, durch gezielte finanzielle Unterstützungen (Erhöhung der Familienbeihilfen durch Direktzahlungen, Zuschüsse für die Bergbauern, Bauernpension) kleinbäuerliche Schichten an sich zu ziehen. "In den kleinen Gemeinden mit hohem Agraranteil hatte die SPÖ die stärksten Zugewinne. Das war besonders signifikant in Salzburg, Tirol und in der Steiermark." (F. Birk, IFES-Meinungsforschungsinstitut)

Der zweite hauptsächliche Hinweis auf die aktuelle Klassensituation waren die regionalen Stimmengewinne der FPÖ. Sicherlich war es nicht der "Götz-Effekt", wie ihn die bürgerlichen Kommentatoren verstehen, der die FPÖ vor allem in der Steiermark gewinnen liess (plus 12.000; Niederösterreich: plus 6.000). Ihre Wahlerfolge gingen in der Regel auf Kosten der ÖVP. ÖVP-Politiker haben auch in ihren Notsitzungen nach der NRW (die ÖVP war der grosse Verlierer) eindeutig darauf hingewiesen, was traditionelle ÖVP-Wähler veranlasst haben konnte, zur FPÖ zu wechseln. "Man müsse die Konsensstrategie - den Sozialisten gegenüber - neu überdenken, weil in den Kompromissen die 'Verdienste' der VP nicht so deutlich gemacht hätten werden können." ('Die Presse' vom 8. Mai über eine Taus-Pressekonferenz)
Die FPÖ mit Götz trat im Wahlkampf gegenüber der SPÖ bedeutend 'unversöhnlicher' als die ÖVP auf. Deren 'Frühlingsblumenkampagne' stand das forsche Auftreten der FPÖ gegenüber, in dem neben 'liberal-kapitalistischen' Elementen von weniger 'Staat' und 'Bürokratie' immer wieder Anleihen auf rechter kleinbürgerlicher Seite gemacht wurden (Holocaust, Rechberg in Kärnten u.a.).
Damit sprach sie bedeutend besser den Unmut in kleinbürgerlichen Schichten an, die von den Ausläufern der internationalen Wirtschaftskrise am stärksten betroffen waren.
Direkter Ausdruck dieser Situation im rechten kleinbürgerlichen Bevölkerungsteil waren ja auch die Aktionen des ÖVP-Rechtsaussen Steinhauser gewesen, der von der ÖVP-Zentrale lediglich heimlich unterstützt worden war und die "Weichheit" der ÖVP-Politik scharf kritisierte. In der Hauptsache liegt der FPÖ-Erfolg in der politischen Nähe des Frächterstreiks im vergangenen Jahr, muss also vor dem Hintergrund von Klein- und Mittelunternehmern gesehen werden, die unter der SP-Regierung Einbussen hinnehmen mussten. Von der 'Kompromiss'-Politik der ÖVP angewidert - Sallinger von der ÖVP war es z.B., der seinerzeit bei der Frächterblockade als erster zurückgezogen hatte - sind sie schon heute für eine rechtere politische Ausrichtung empfänglich. Dieser Differenzierung im österreichischen Kleinbürgertum steht die ÖVP noch immer einigermassen unentschlossen gegenüber. Den Rufen einzelner ÖVP-Politiker nach mehr 'Härte' und rechter Politik antwortete zuletzt Taus mit Mässigung: "Einen 'Rechtsruck' halte er, 'wie die Dinge liegen', für ausgeschlossen. Denn die ÖVP sei eine Partei der Mitte." ('Presse', 8. Mai 79)

Der dritte Wesenszug des NRW-Ergebnisses war der weitere Niedergang der KPÖ. Zu ihren quantitativen Verlusten (Wien: 6.212, das sind rund ein Drittel der Stimmen von 1975; Niederösterreich: 2.500; Kärnten: 1.000; Gesamtösterreich: 9.762) kommt noch die Qualität der Niederlage: gerade in Arbeiterregionen zu verlieren (einzig in Judenburg gewann sie 50 (!) Stimmen hinzu - vermutlich auf Kosten der SPÖ). Ironie in den Wahlergebnissen der KPÖ ist ihr einziger Bundeslanderfolg Vorarlberg, das durch privilegierte Mittelschichten gekennzeichnet ist und schwarz regiert wird.
Dem Rückgang des KP-Wählerpotentials steht keine Radikalisierung in der Arbeiterschaft gegenüber, die sich etwa vom stalinistischen Charakter der KPÖ-Politik abgestossen fühlen würde. Deswegen ist es falsch, für den Misserfolg der KPÖ "vor allem ihr fehlendes alternatives Programm" ('rotfront', Nr. 5/1979) anzuführen. Die KPÖ ist in der gegebenen Klassensituation und dem aktuellen Bewusstseinsstand der Arbeiter für die Masse aus einer Vielzahl von Gründen keine 'Alternative' zur SPÖ.
Die Mehrzahl wählte am 6. Mai trotz einiger Misstimmigkeiten zum SPÖ-Apparat deshalb sozialdemokratisch, weil die SPÖ die "grosse Arbeiterpartei" zu sein scheint, die auch die wirkliche Macht habe, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Auf dieser Ebene kommt die KPÖ aufgrund ihrer Bedeutungslosigkeit einfach nicht mit.
In der Meinung der Arbeiter zur KPÖ vermischen sich heute, neben den aktuellen Fakten, antikommunistische Stimmungen (über die sich nur sehr dumme 'Linke' freuen können) mit konkreten Erfahrungen mit dem Stalinismus, die hauptsächlich ältere Arbeiter noch nicht vergessen haben.
Fortgeschrittene Arbeiter sehen in der KPÖ erst recht keinen Ausweg aus dem sozialdemokratischen Dilemma. Muhris Partei hat sich in den letzten Jahren in diesen Schichter derart diskreditiert, dass sich ihr Einfluss heute immer mehr auf ihren unmittelbaren Bereich einschränkt. In den Betrieben unterscheiden sich SP- und KP-Betriebsräte oft nicht in ihrer Politik voneinander. Der "Rücksicht auf die Gesamtwirtschaft" sehen sich GLB-Vertreter genauso verpflichtet wie die 'sozialistische' Fraktion.

Vor allem in der AKW-Frage verdarb es sich die KPÖ auch mit jenen Arbeitern und Studenten, die die KP-Politik etwa in der Sache der Slowenen oder im antifaschistischen Kampf noch als fortschrittlich verstanden haben.

Resumee dieser NRW 1979: Österreich ist konservativer geworden. Der Wahlsieg kommt auf eine SPÖ, die von den Reformkonzepten von 1975 längst abgerückt ist und derzeit auf das "Sichern des Erreichten" setzt. Damit spricht sie neben dem Gros der österreichischen Arbeiterschaft in erster Linie jene Mittelschichten an, die es unter der SPÖ-Regierung 'zu etwas gebracht' haben, sich einen überdurchschnittlichen Lebensstandard leisten können und diesen nun 'sichern' wollen. Das 'Bürgerblock'-Gespenst Kreiskys schreckte sie ebenfalls - allerdings aus anderen Gründen als das Industrieproletariat. Kreisky dient ihnen tatsächlich als 'Vaterfigur'. Er versinnbildlicht ihre Sattheit und ist Garant dafür, dass der Klassenkampf der 'unteren' Bevölkerungsschichten weiterhin dem "Prinzip der 'souplesse', der Anpassungsfähigkeit, der Elastizität" geopfert wird (Kreisky über die Sozialpartnerschaft). So komisch es auch klingt, sie sind ebenfalls an 'starken' Gewerkschaften interessiert - bei diesem ÖGB kein Wunder!

Bei Kreisky ist man's sozusagen gewöhnt, und er drischt auch nur sehr selten linke Phrasen. "Solange ich Bundeskanzler bin, wird rechts regiert." Zum Kotzen war es jedoch, als sich die 'linke' Sozialdemokratie nach dem 6. Mai bemüssigt fühlte, in die Lobeshymnen der situierten Bürokratie miteinzustimmen und Kreisky's 'Genie' zu feiern. Die Arbeiter würden gemäss ihres sinkenden Prozentsatzes in der Bevölkerungszahl keine so grosse Rolle mehr spielen wie früher. Beeindruckt sind die SP-'Linken' nämlich von den Bauern, kleinen Selbständigen und "Kopfarbeitern". "Kein SP-Führer hat sich mit grösserer Konsequenz und grösserem Erfolg auf diese 'ungeheure Mehrzahl' eingestellt als Kreisky." (G. Nenning, 'profil', Nr. 20/1979)

Dieser 'Linkssozialdemokratie' genügt 1979 diese angebliche "ungeheure Mehrzahl",

um jene zu 'vergessen', die in diesem Österreich von heute ein wenig weiter 'unten' vorzufinden sind und für die die SPÖ in den vergangenen 9 Jahren ein Dreck gemacht hat: die schlecht bezahlten Arbeiterschichten, die Arbeiterfrauen, die ausländischen Arbeiter, die alten Arbeiter, die nationalen Minderheiten u.a.. Mit 'grösster Konsequenz' schieben die 'Linken' dieses Österreich beiseite, um sich auf den Wohlstandskleinbürger 'einzustellen'!

Und vor allem 'vergessen' unsere Wohlstands-'Linken' den Kapitalismus, der die Arbeiteraristokraten und gutsituierten Angestellten nur solange 'aristokratisch' und gutsituiert sein lässt, solange es seine Profite nicht stört. Keinen Eingang in die Lobeshymnen dieser 'Linken' für Kreisky hat selbstverständlich die Warnung gefunden, dass die Sozialdemokratie die erste sein wird, die vor der Offensive des Kapitals kapituliert und dass es die SPÖ ist, die den verstärkten Angriffen der Kapitalisten heute schon den Boden bereitet. Das österreichische Proletariat wird ihnen unvorbereitet gegenüberstehen. Dafür tragen Kreisky und die 'Links'-SPÖ die Hauptverantwortung

Die Linke und die Wahlen

Das Angebot der Linken an Wahlempfehlungen war dieses Mal besonders reichhaltig. Dahinter standen jedoch nicht bloss wahltaktische Differenzen, wie es eben unvermeidlich der Fall ist, wenn die Frage des revolutionären Kampfes gegen den Reformismus in der gegebenen Klassensituation in einer bestimmten Wahlempfehlung beantwortet wird. Die Linke war auch vor dem und am 6. Mai keine 'Familie'. Hinter ihren Aussagen kamen die reformistischen bzw. zentristischen Linien ihrer Politik hervor. Das hiess beim Grossteil, sich mehr oder weniger ausgeprägt an den Reformismus, an das reformistische Bewusstsein der Arbeiter, anzupassen.

Etwas anders lässt sich die Wahltaktik der Maoisten erklären.

DER KBÖ: WORTRADIKAL UND INKONSEQUENT

Der KBÖ entschloss sich, nachdem feststand, dass er nicht selber kandidieren kann, zum UNGÜLTIG WÄHLEN. "Für die Arbeiterklasse und das Volk steht nicht diese oder jene Auswirkung dieser oder jener Regierung auf die Kampfbedingungen im Vordergrund, sondern dass es seine Interessen gegenüber jeder beliebigen Regierung selbständig wahrnimmt." ('Klassenkampf', Nr.16/1979) Die Betonung des selbständigen Kampfes ist allerdings der einzige 'frische Wind' in der Wahlempfehlung der Maoisten, die sich hier aber immerhin von so mancher anderen linken Organisation relativ positiv abhoben.-

Der KB meinte weiter, dass "viele Menschen heute bereits die Lage" so sähen, "dass die Spitzen sämtlicher Parteien, ob SPÖ oder ÖVP, ein volksfeindliches Pack sind, das in tiefem Gegensatz zu den Volksmassen steht." ('Klassenkampf') Und so gehe es am 6. Mai darum, "gegen die bürgerlichen Parteien und das parlamentarische Schwindelsystem zu stimmen."

Der KBÖ konstruierte im wesentlichen wieder einmal seinen wirklichkeitsfremden Gegensatz zwischen "Volk" und "volksfeindlichemPack" und begründete damit seine Wahlempfehlung. Er ist einfach nicht davon abzubringen zu glauben, dass das, was in den Hirnen seiner Kader umspukt, auch im Bewusstsein des "Volkes" verhaftet sein muss. Und das,was er dachte,war schon für sich konfus genug. Der KBÖ erfasste mit seiner Wahlposition überhaupt nicht die spezifische Klassensituation in Österreich, die durch ein gestärktes Vertrauen der Arbeiterschaft in die Sozialdemokratie (als besondere bürgerliche Partei, die sich auf die Arbeiterklasse in organisierter Form stützt!) und ebenso durch die Fähigkeit der SPÖ gekennzeichnet ist, relevante kleinbürgerliche Schichfen weiterhin 'bei der Stange' zu halten.

Neben dem Fehlen jedweder 'Entlarvung' der "Revisionisten" von der KPÖ fällt im heurigen Wahlaufruf des KBÖ auf, dass er auch andere seiner Prinzipien nicht mehr ernst genommen hat. In der Wahlbroschüre für die Eigenkandidatur warf er der SP-Regierung noch vehement ihre 'Kriecherei' vor den "Supermächten" und im besonderen vor den "Neuen Zaren" der Sowjetunion vor. "So wie sie früher Diener desUS-Imperialismus war, so stellt sie sich heute auf die veränderten Kräfteverhältnisse zwischen der beiden Supermächten ein. Die SU wird immer stärker, also muss man es sich mit ihr richten ... Schluss mit der Beschwichtigungspolitik gegenüber Moskau!"(aus: 'Wofür man die Wahlen nützen kann')

ÖVP und FPÖ sind zwar keine grossartigen 'kalten Krieger', ist es doch schwer, Kreiskys antikommunistische Hetzreden zu übertrumpfen. Taus' Anlehnung an F. J. Strauss (z.B. noch knapp vor der Wahl) bietet aber dennoch die 'Gewähr', in den traditionellen bürgerlichen Parteien bessere"Beschwichtigungsgegner" vorzufinden als bei der Sozialdemokratie. Logischerweise müsste der KBÖ, der dem Aspekt der "Unabhängigkeit Österreichs" zentrale Bedeutung beimisst,an einer ÖVP/FPÖ-Regierung interessiert sein. Doch wie so oft ist man in Peking zur Zeit konsequenter als in Wien: Dort freut man sich über den Wahlsieg Thatchers. Die amtliche Nachrichtenagentur 'Neues China' meldete am 5. Mai, "auf Grund der tiefen Beunruhigung über die wachsende Bedrohung durch das sowjetische Hegemoniestreben habe die britische Wählerschaft den Appell für eine stärkere Einheit mit dem Westen,für eine Verstärkung der Verteidigungskapazität und zur Errichtung eines starken Grossbritanniens unterstützt." ('Arbeiter-Zeitung', 6. Mai 1979)

GRM: KEINE STIMME DEN BORGERLICHEN PARTEIEN

In der antistalinistischen Linken, was man auch immer darunter verstehen mag, dominierten die "kritischen" Wahlunterstützungen, ob nun positiv oder negativ formuliert.

Die FÖJ wählte 'kritisch' SPÖ, trotz deren Rechtskurs, der erst dann nach 'links' gedrängt werden könne, wenn es der Linken gelänge, einen linken 'Attraktionspunkt' zu schaffen. Hier gibt es sicher mit Konecny und Cap von der 'Sozialistischen Jugend' Übereinstimmung. Nicht weit entfernt von einer solchen 'kritischen' Unterstützung, die de facto eine Unterstützung der sozialdemokratischen Krisenpolitik für die Kapitalisten darstellt, war der Standpunkt jener GRM-Genoss(inn)en angesiedelt, die ehemals - noch in der ersten Aprilnummer der 'rotfront' - die Minderheit darstellten und ebenfalls für eine kritische Stimmabgabe für die SPÖ votierten. Daneben wurden zu diesem Zeitpunkt noch die Position der kritischen KP-Unterstützung sowie die des Wahlboykotts bzw. des Weisswählens gehandelt, wobei die letzte Position ursprünglich die Mehrheit hatte. Durch den Kompromiss "Keine Stimme den bürgerlichen Parteien" konnte dann die Argumentationslinie der Minderheit, die SP-Unterstützung proklamiert hatte, Eingang in das Gedankengut der GRM finden. Das Politische Büro der GRM trat daraufhin zurück, der Unwillen in Teilen der GRM-Mitglieder schien damals beträchtlich zugenommen zu haben. Die Gründe hiefür sind wahrlich in Hülle und Fülle vorhanden.

In beiden Positionen (sowohl jener vom April als auch der heutigen Organisationsposition) steckt eine grobe Fehleinschätzung der sozialdemokratischen Politik: Die SPÖ sei "für eine Politik der Arbeitsplatzsicherung", obgleich sie sie mit untauglichen Mitteln durchführe, sodass sie "kläglich" scheitern müsse, "wenn ihr die ökonomische Basis entzogen" würde ('rotfront, Nr. 4/1979). Für die Arbeiterklasse bestünde "unter normalen bürgerlich-demokratischen Verhältnissen" kein Fortschritt, "wenn die Stimmen für die kandidierenden Arbeiterparteien (!) zurückgehen". ('rotfront', Nr. 3a/1979) Zwei 'Argumente' - ein Gedanke: eine sozialdemokratische Regierung wäre für die Arbeiter besser.

Was zuerst auffällt, ist der ausgeprägte parlamentarische Kretinismus dieser Einschätzung.Man kann (komischerweise) dem Genossen L. von der GRM nur rechtgeben, als er auf der 1. Mai-Veranstaltung seiner Organisation dem demokratischen Gefasel eines Cap (SJ) die "Strasse" entgegenhielt, auf der die Sache der Arbeiter entschieden werden würde, d.h. eben den eigenständigen Klassenkampf. Von den "selbständig entwickelten klassenkämpferischen Positionen" der GRM, von der sie in der 'rotfront' schrieb, blieb aber in ihrem Wahlaufruf nicht mehr viel übrig.

Bei den GRM-Genoss(inn)en erscheint die SPÖ als bloss passiver Faktor, der auf die kapitalistische Krise reagiert, zwar Arbeitsplätze sichern wolle (im Gegensatz zur ÖVP-FPÖ), dies aber nicht kann und deshalb "scheitern" müsse. Wir meinen im Gegenteil, dass die SPÖ Träger der kapitalistischen Krisenpolitik war und ist. Dass sie selbst auf ihre 'Mittel' gegen die Arbeitslosigkeit (staatliche Stützungen der Kapitalisten, Staatsaufträge) verzichten wird, wenn dies der aktuellen kapitalistischen Finanzpolitik (Staatsverschuldung, Inflation) widerspricht, haben Kreisky und Benya schon wiederholt ausgesprochen. Vor einem Jahr galten Kreisky noch hunderte Millionen Staatsschulden als geringfügiger als einige tausende Arbeitslose. Heute haben wir in Österreich offiziell (!) rund 60.000, real aber an die 100.000 Arbeitslose, in Kärntner Regionen gibt es eine Arbeitslosenrate von 10%, während Benya 1978 bereits, sozusagen vorwegnehmend, vor möglichen 200.000 Arbeitslosen sprach, die zu befürchten wären. Es ist eine Illusion zu

glauben, eine SPÖ-Regierung vermag keine 'starke' Regierung zu sein, die Kündigungen in der Verstaatlichten, massive Lohnraubpolitik und den Abbau von Sozialleistungen durchführt. Die Grundvoraussetzung dafür konnte gerade sie am besten schaffen: die Illusionierung der österreichischen Arbeiterklasse und die Schwächung ihrer Kampfkraft.

Die zweite Argumentation der 'kritischen' GRM-Wahlempfehler bestand darin, dass sie "Elemente der Einheitsfront" in ihre Politik aufnehmen wollten. In der Arbeiterklasse bestünde das Bestreben, "den Unternehmerparteien ÖVP und FPÖ eine Abfuhr zu erteilen'. ('rotfront', Nr. 3a/1979), und dem dürfe man sich als "Revolutionärer Marxist" nicht frontal entgegenstellen. Daher in der April/Mai-Nummer der 'rotfront': "Keine Stimme den bürgerlichen Parteien". Hier sei angemerkt, dass die GRM-Mehrheit grossen Wert darauf legt, keine "positive" Wahlempfehlung abgegeben zu haben. Ein Blick auf die Wahlliste des 6. Mai genügt, um zu zeigen - und nachdem man erfahren hat, dass sie auch gegen den Wahlboykott und das Weisswählen ist -, dass die GRM de facto eine 'kritische' Wahlunterstützung, entweder von SP oder KP ausgegeben hat.

Für die Arbeiterklasse, so debattiert die GRM weiter, wäre die 'Kläglichkeit' der SPÖ noch nicht "erfahrbar" gewesen: "... ('rotfront', Nr. 4/1979)

Die Genoss(inn)en wollen sozusagen einen Schritt gemeinsam mit den Arbeitern gehen (gegen ÖVP und FPÖ), um dabei zu sein, wenn die SP-Führung "die Verantwortung für arbeiterfeindliche Massnahmen" übernehmen wird müssen. Die SP-Alleinregierung wäre hierfür die günstigste Variante, damit "die Basis konkrete Erfahrungen mit ihrer Führung machen kann." ('rotfront', Nr. 4/1979)

Für Kommunisten hat dieser gemeinsame Schritt mit den Arbeitern immer geheissen, mit ihnen zu gehen, ohne ihre Illusionen zu teilen. Das setzt zwei Dinge voraus: zum einen, dass man selber keine Illusionen hat und zweitens, dass die Arbeiter eben "gehen'. Indes, die österreichische Arbeiterklasse kämpft heute nicht nur nicht gegen die kapitalistische Krise, sie teilt sogar die Auffassungen der Sozialdemokratie, Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie vermöge der kapitalistischen Krise Herr zu werden. Mit den Arbeitern jetzt einen Schritt gemeinsam zu machen, kann daher nur heissen, mit ihnen in Richtung SP-Führung zu gehen, sie in diesen Illusionen noch zu bestärken. Welche Hilflosigkeit zeigen da jene 'Marxisten', die indirekt zur Wahl der SPÖ aufriefen und glaubten, gegen die grundlegenden Ansichten der österreichischen Arbeiter mit ihrer Winzigpropaganda einen revolutionären Effekt erhaschen zu können.

Wo bleibt da die Logik, dem Arbeiter (wenn auch in verschleierter Form) zu sagen, "wähle SPÖ um dich von ihrem Verrat zu überzeugen, wenn er noch immer die Appelle Kreiskys oder Benyas einsieht, in der Krise auf so manchlerlei verzichten zu müssen. "Konkrete Erfahrungen" vermögen die Arbeiter doch erst dann zu machen, wenn für sie nicht mehr die Interessen der "österreichischen Gesamtwirtschaft", sondern ihre eigenen, die ihrer Klasse, massgebend sind, und sie den Kampf dafür aufnehmen. Erst da haben sie die Möglichkeit, ihre Führung im Verhältnis zu ihren Klasseninteressen kennenzulernen, dann eben, wenn ihre Kampfbedürfnisse mit der Politik der sozialdemokratischen Bürokratie kollidieren.

Heute gibt es diese Konfrontation nicht. Die Gegensätze existieren im Bewusstsein vieler Arbeiter eher zwischen der SPÖ und dem 'Bürgerblock'. Hier als Kommunist miteinzustimmen, hiesse, das Märchen vom 'Bürger block' zu schlucken und sehr, sehr viel zu vergessen: dass es keinen Klassenkampf, sondern Koalitionspolitik zwischen SP, VP und FP gibt, dass es die SPÖ ist, die der Reaktion in die Hände arbeitet, einen Bacher zugelassen hat, die FPÖ fördert, Steyr, Eumig, Glanzstoff u.a. zugestimmt hat usw. Nein zu den Bürgerlichen, aber nicht mit der Lüge, dies mit der SPÖ tun zu können! An diesem Punkt zeigt sich erneut der Zusammenhang zwischen der krassen- Fehleinschätzung der SPÖ-Politik durch die GRM-Mehrheit und ihrer Wahlposition. Ihr zweiter Irrtum gipfelte in den Gedankenspielereien, eine SP-Alleinregierung würde die Möglichkeiten einer Selbstentlarvung am optimalsten gewährleisten. Wie schon oben angeführt, verstehen das die GRM-Genoss(inn)en im Zusammenhang mit "Elementen der Einheitsfronttaktik". Hier fällt als erstes der Grössenwahn der GRM auf, Ansätze (?) einer Einheitsfrontpolitik mit der SPÖ machen zu wollen. Deren Basis schert sich zur Zeit einen Dreck um die "Revolutionären Marxisten", sodass wirklich nur mehr wüstes Spekulieren um Regierungsvarianten übrigbleibt: die GRM denkt sich Regierungsformationen aus, die das österreichische Proletariat aufwecken sollen ...

Wir denken da anders. Zum ersten gibt es heute ("heute", d.h. zur Zeit der Nationalratswahl, zu der Kommunisten eine Wahlposition auszugeben hatten) aufgrund der Bewusstseinslage des österreichischen Proletariats keinen Effekt, der eine 'Entlarvung'

der SPÖ ermöglicht. Nun meint die GRM aber, dass die SPÖ in Zukunft intensiver als bislang Politik auf Kosten der Arbeiter betreiben wird müssen. Die 'Selbstentlarvung' der SPÖ findet ganz sicherlich nicht derart versimpelt statt, wie es sich die GRM-Mehrheit vorstellt. Schon ein Blick in die BRD zeigt, wie stabil sich die Sozialdemokratie in der Regierungskoalition, trotz über einer Million Arbeitsloser, halten kann. In den Streiks der Metallarbeiter traten ihre Gewerkschaftsbürokraten ungemein wortradikal auf und lenkten von ihrer und der Verantwortung der 'sozialliberalen' Regierung ab - - so, als ob die Klassenfronten zwischen der SPD/DGB-Führung und den kapitalistischen (Oppositions-)Kräften stünden. Als besondere bürgerliche Partei, die die Gewerkschaften beherrscht, verfügt die Sozialdemokratie über mehr Mittel, als sich offen der kapitalistischen Offensive anzuschliessen. Die 'Arbeitsteilung' zwischen sozialdemokratischer Mehrheitsregierung und den Gewerkschaften funktioniert in der BRD sehr vorteilhaft - für SPD und Kapitalisten. Ohne radikalisierte Arbeitervorhut, in der die Revolutionäre einen gewissen Stellenwert erlangt haben, vermag der Reformismus seine Hegemonie im Proletariat sogar in einer sich verschärfenden Wirtschaftskrise zu halten, selbst wenn er die Regierung dominiert, bzw. die Alleinregierung stellt. Er diskreditiert sich nicht 'automatisch'. Die fehlende "ökonomische Basis", die nach Meinung der GRM dem Reformismus den Boden entzieht, ist ein ziemlich dehnbarer Begriff, wenn man seine Fähigkeiten kennt, die Gegensätze im Proletariat auszunützen, es zu spalten und gestützt auf privilegierte Arbeiterschichten vorpreschende Arbeiter zu isolieren und zu entmutigen usw. Ohne revolutionäre Perspektive zerfallen solche Arbeiteravantgarden wieder und werden resignieren. Die GRM 'vergisst' in ihrer 'Selbstentlarvungs'-These gerade den bedeutendsten Faktor für den Zerfallsprozess des Reformismus: eine revolutionäre Organisation, die gesellschaftlichen Stellenwert besitzt. In Österreich ist sehr wahrscheinlich zu erwarten, dass die Arbeiter aufgrund ihres niedrigen Klassenbewusstseins den kommenden kapitalistischen Angriffen verwirrt und widerstandsunfähig gegenüberstehen werden. Die Hauptverantwortung dafür trägt die SPÖ mit ihrer gestrigen und heutigen Politik. Daran können Marxisten nichts auch nicht 'kritisch', unterstützen. Die Logik der GRM-Mehrheit hingegen wünscht eine solche fatale Situation herbei - damit sich dann die SPÖ entlarve. Tausende mögen dabei resignieren, zu denen vielleicht auch jene gehören, die schon heute nachdenklich geworden sind!

Kommunisten müssen heute vor der SP-Politik warnen und vor allem die fortgeschrittenen Arbeiter auf die reformistischen Gefahren aufmerksam machen. Das ist ohne Zweifel der wesentlichste Faktor für Erfolge in den zukünftigen Klassenkämpfen. Der Hauptvorwurf, den wir der GRM machen, ist die Alternativlosigkeit ihres Wahlaufrufes für jene Genossen und Genossinnen, die dem Reformismus bereits kritisch gegenüberstehen. Ein Boykott "wäre eine Orientierung auf die revolutionäre Linke (?), die das parlamentarische System bereits durchschaut haben (?) und auf einzelne enttäuschte Arbeiterwähler (!)", hätte die GRM aber "von der organisierten Arbeiterbewegung (?)... isoliert." ('rotfront', Nr. 3a/1979) Vielleicht "durchschaut" die "revolutionäre Linke" das parlamentarische System in Worten - sozusagen an Sonn- und Feiertagen. Die Wahlempfehlungen, und vor allem ihre Begründungen, lassen indes stark vermuten, dass hier wieder einmal Worte Schall und Rauch waren.

Von "enttäuschten Arbeitern" hält die GRM nichts. Sie hält offensichtlich nichts davon, wenn Kommunisten diesen enttäuschten Arbeitern den Bruch mit dem Reformismus erleichtern und ihnen die Perspektive des Aufbaues der revolutionären Partei weisen. Viel lieber orientiert sich die GRM an der "organisierten Arbeiterbewegung" in Österreich. Wir glauben ja nicht, dass die GRM-Genossen R.L. oder H.D. wirklich ihre "Einheitsfront" mit der SP ernst nehmen, sodass für sie eigentlich realistischerweise (oder auch nicht) die 'Linkssozialdemokratie' eines Konecny oder Cap übrigbleibt - an die sich die GRM mit ihrer Wahlposition erneut liebevoll angeschmiegt hat.

KRITISCHE UNTERSTÜTZUNG DER KPÖ?

Wie schon weiter oben ausgeführt, kann die Grundlage einer revolutionären Taktik, und so auch der Wahltaktik, nur der Klassenkampf der Arbeiter sein. Ohne hier die konkrete Ausformung zukünftiger Klassenkämpfe in Österreich zu prognostizieren (was auch unmöglich wäre), kann davon ausgegangen werden, dass ein Aufschwung der Klassenkämpfe notgedrungen die reformistischen Parteien direkt miteinbeziehen wird (wenn wir hier von der Radikalisierung von Randschichten des Proletariats ausserhalb von SP und KP absehen). Bei den reformistischen Parteien handelt es sich grundsätzlich um bürgerliche Parteien, die sich auf

das Proletariat, bzw. auf einzelne seiner Schichten stützen und in diesem Zusammenhang dessen Druck ausgesetzt sind.

Eine Radikalisierung in der österreichischen Arbeiterschaft könnte sich unter Umständen in einer Zuwendung von Arbeiterschichten zur KPÖ ausdrücken. Die KPÖ wäre selbstverständlich nicht Ursache der Entwicklung, aber könnte dabei dennoch, dem Druck der radikalisierten Basis ausgesetzt, konkrete, gegen Kapital und Sozialdemokratie gerichtete Forderungen der Arbeiter aufnehmen. Auf diese Illusionen in die KPÖ, die ja bei ihr ebenfalls Illusionen in den bürgerlichen Parlamentarismus blieben, müssten die Revolutionäre taktisch eingehen. Mit der kritischen Wahlunterstützung für die Stalinisten hätten sie ihre Skepsis gegenüber dem parlamentarischen Weg und der reformistischen Politik der KPÖ zu unterstreichen: Reformen sind bestenfalls ein Abfallprodukt des eigenständigen Kampfes der Arbeiter. Die Arbeiter dürfen nicht untätig auf die Erfüllung der Wahlversprechen ihrer Führer warten, sondern müssten diese beim Wort nehmen und sie aktiv 'unterstützen'. Wählt KPÖ, würden die Revolutionäre empfehlen, um zum einen im Kampf gemeinsamen mit den reformistischen Arbeitern die Angriffe der Reaktion abzuwehren und als zweites die Tauglichkeit reformistischer Politik und des parlamentarischen Weges zu überprüfen. Nur in einer Situation, in der die Kampfbedürfnisse der Arbeiter gegen die bürokratische Behäbigkeit ihrer Führer stehen, vermag sich der Reformismus zu entlarven.

eine solche Dynamik gibt es heute nicht. Die Politik der KPÖ reflektiert nirgends eine Linksentwicklung in Arbeiterschichten, ja sie verliert zur Zeit in erster Linie im proletarischen Milieu. Ihre Antworten auf die zentralen Probleme des österreichischen Proletariats (Lohnfrage, Arbeitslosigkeit) sind durch und durch reformistisch, entweder reaktionär ("wenn schon Panzer, dann österreichische...") oder für die Arbeiter nichtssagend ("Für eine Lohnsteuerreform!" Wer soll sie durchführen?).

Genosse L. von der GRM meinte auf deren Maifest, der Antipartnerschaftskurs der KPÖ würde aufgewogen durch ihren bürokratischen 'Hinterteil' und ihre Anlehnung an die bürokratisierten Arbeiterstaaten. Die GRM nimmt die Worte Muhris offenbar als bare Münze, wenn er gegen die Sozialpartnerschaft wettert. Die Fakten ihrer Politik sehen indessen ganz anders aus. Ihre Politik besteht darin, an die Kapitalisten und deren Staat zu appellieren, doch 'vernünftiger' zu sein, mehr Lohn zu bezahlen, damit keine Absatzkrise kommt (!), mehr Osthandelsgeschäfte zu tätigen und den Ausverkauf des Kapitals an das Ausland zu stoppen. Die KPÖ ist "immer für Österreich", das heisst, für das kapitalistische Österreich. Der eigenständige Kampf der Arbeiter für ihre Interessen, was doch das grundlegende Element eines Bruches mit der Sozialpartnerschaft sein müsste, wird von der KPÖ nirgends gefördert. Ihre Betriebsräte wiegeln in den Betrieben ab und erklären, wie Betriebsrat Hofer bei den VEW, dass Entlassungen nicht unter allen Umständen verhindert werden müssten. Der KPÖ höchstes Anliegen ist ihre Anwesenheit im Parlament. Wo liegt und wo lag (!) hier der Bruch mit der Sozialpartnerschaft??? In der gegebenen Situation war ein klares Nein zum Stalinismus bei den Wahlen notwendig!

SOAK: KRITISCH ABER DOCH POSITIV

Gemeinsam mit der GRM lehnten SOAK und die 'Gruppe Commune' den Wahlboykott, bzw. das Ungültigwählen am 6. Mai ab. Für die GRM "würde die Wahlenthaltungslosung eine Aufforderung zur Gleichgültigkeit darstellen." ('Rotfront', Nr. 4/1979) SOAK und die 'Gruppe Commune' bereichern das Argumentationsarsenal noch - auf eine sehr humorvolle Art und Weise. Die Wahlenthaltung habe in Österreich "keine revolutionäre Tradition". (Gemeinsamer Wahlaufruf von SOAK und 'Gruppe Commune'). Sie käme einem "Verzicht auf ein revolutionäres Ausnutzen der Wahlen gleich." Das ist fast zu abgedroschen, um entgegnet zu werden. Sehr viel Revolutionäres hat in Österreich keine Tradition: Arbeiterkontrolle, landesweite Räte usw. Sollte man deswegen in Zukunft darauf verzichten? Hielten sich SOAK und 'Gruppe Commune' an die Tradition der österreichischen Arbeiter, müssten sie ohnehin SPÖ gewählt haben. Erst gar nicht in ihren Wahlaufruf haben sie die Bedenken aufgenommen, die im Namen der 'Gruppe Commune' auf unserem Maifest zur Diskussion gestellt wurden. Die ungültigen Stimmen wären nicht zu differenzieren. Die politischen Positionen, die dahinter stehen könnten, wären nicht zu eruieren. Deswegen war die 'Gruppe Commune' für eine 'kritische' Stimmabgabe für die KPÖ, womit sie meinten, die Wahlen "revolutionär genützt" zu haben. Angemerkt zu diesem 'Geistesblitz' sei nur die Frage, wie die Genossen denn die sturen Stalinisten von den linken 'Protestwählern' der KPÖ nach dem 6. Mai unterschieden haben?

SOAK und 'Gruppe Commune' haben es eigentlich noch schwerer als die GRM gehabt. Sie konnten sich nicht nur sich selbst widersprechen, sondern dies auch untereinander tun. Gab es doch genügend Grundlagen dafür. Die SOAK geht von einem qualitativen Unterschied zwischen Sozialdemokratie und Stalinismus aus. Während erstere eine bürgerliche Partei sei, schätzt sie den Stalinismus als "reformistische Arbeiterpartei" ein. Wir teilen diese Position nicht, ohne hier die Frage behandeln zu können. Eine gemeinsame Diskussionsveranstaltung wird dazu sicherlich eine Klärung der Positionen bringen. Jedenfalls liegt für die SOAK die kritische Wahlunterstützung der KPÖ auf der Hand, wenngleich sie dadurch um nichts richtiger wird. Die Position der 'Gruppe Commune' ist aber nur mehr als kurios zu bezeichnen. Sie geht ja davon aus (noch ganz in der positiven Tradition des SPARTACUS-BUNDES), dass sich Sozialdemokratie und Stalinismus qualitativ gleichen. Mit der SOAK (und das ist ein Problem der SOAK) stellte sie im gemeinsamen Wahlaufruf fest, die "Forderungen der KPÖ" unterschieden "sich nur in Nuancen von denen der SPÖ". Halten wir fest: die KPÖ macht auch nach Meinung der 'Gruppe Commune' bürgerliche Politik. Trotzdem: "Es gibt aber heute keine andere Möglichkeit, auf der Ebene Wahlen den Wunsch nach einer Strömung in der Arbeiterbewegung links (!) von der SPÖ auszudrücken." Auf der Maiveranstaltung von IKL und SOAK vermochte ihr Vertreter den "linken" Charakter der KPÖ nicht zu halten und präzisierte: Linker sei die KPÖ zwar nicht, im Bewusstsein vieler Arbeiter und Studenten gelte die KPÖ aber links von der SPÖ. Was für die 'Gruppe Commune' (welche andere Konsequenz bleibt übrig?) Grund genug ist, diese Arbeiter und Studenten in ihren Illusionen noch zu bestärken. Ihr liegen in erster Linie die Genoss(inn)en der AKW- und Frauenbewegung am Herzen. Tief drinnen in diesen 'Bewegungen' dürfte die 'Gruppe Commune' ja nicht sein, denn sonst wäre ihr schon längst aufgefallen, dass gerade die Anti-AKW-Aktivisten von einer schroffen Aversion gegen den Moskaustalinismus ergriffen sind. Doch auch für jene, die am 6. Mai 'unvoreingenommen' gegen die Sozialpartnerschaft protestieren wollten, hat die 'Gruppe Commune' keine Antworten auf die Frage bereit, warum man dazu just die Stalinisten wählen sollte. Kommunisten hätten im Gegenteil, so meinen wir, die Aufgabe, den stalinistischen Charakter der KPÖ zu denunzieren, wie sehr sie jeden emanzipatorischen Kampf verhindert und hemmt, die Antifaschisten spaltet und eben nicht wählbar ist.

WAHLBOYKOTT UND UNGÜLTIG WÄHLEN

GRM, SOAK und 'Gruppe Commune' schrieben meistens von ihrer Ablehnung des Wahlboykotts. Ihre Kritik betraf aber eindeutig ebenso die Taktik des Ungültigwählens. Zwischen beiden machen wir einen Unterschied. Wir forderten nicht auf, den Wahlen fernzubleiben, sondern durch die Abgabe eines ungültigen Stimmzettels auszudrücken, dass keine der kandidierenden Listen die Interessen des Proletariats vertritt. Für uns war eine bewusste Stimmenthaltung, das hiess eben nicht Zuhausebleiben, ein Bruch mit dem Reformismus und keineswegs "Gleichgültigkeit" oder "Neutralität" gegenüber den proletarischen Interessen. ●●●

Zum Ausgang der ÖH-Wahlen

Die Hochschulwahlen vom 16./17. Mai haben keine wesentlichen Überraschungen gebracht. Sie haben bruchlos die heutige Situation auf den Universitäten reflektiert. Es gab und gibt keinen politischen Brennpunkt, um den sich die fortschrittlichen Studenten gruppieren hätten können. Die Aktivitäten der ANR-Faschisten waren minimal. Sie beschränkten sich darauf, im Gegensatz zu den Wahlen 1977, einen "Ideologiewahlkampf" zu führen, d.h. den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf die Rekrutierungsarbeit innerhalb des rechten Lagers zu legen und die Auseinandersetzungen mit den Antifaschisten hintanzustellen. Das anti-imperialistische Engagement blieb angesichts der enormen Bedeutung der Ereignisse und Kämpfe im Iran in jeder Hinsicht aus. Und auch die einschneidenden Verschärfungen der Studienbedingungen stiessen auf die Passivität und Gleichgültigkeit der Studenten. Ein immer grösserer Teil der Hochschüler(innen) reduziert seine Anwesenheit, seine Arbeit auf den Hochschulen auf die möglichst rasche Beendigung des Studiums und lässt sich dabei willig politisch integrieren. Dahinter steckt zu einem guten Teil die ständige Ungewissheit um die weitere Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Politisches Engagement kann heute im Gegensatz zum Anfang der 70-er Jahre im

buchstäblichen Sinn des Wortes 'viel' kosten, und viele Student(inn)en sind nicht bereit, ihr Ziel, einen 'höheren', gut bezahlten Platz in der Gesellschaft einzunehmen, auch nur irgendwie zu gefährden.

Diese Einstellung geht sogar so weit, dass nicht einmal der risikolose und kaum 'arbeitsintensive' Hochschul-Urnengang auf grösseres Interesse unter den Student(inn)en stösst. Die Wahlbeteiligung sank bei den letzten ÖH-Wahlen permanent und erreichte heuer ihren Tiefpunkt. Von 111 972 wahlberechtigten Studenten beteiligten sich nur 32,61%. Das sind nach gültigen Stimmen 35 574 Student(inn)en. Es würde nicht der Wirklichkeit entsprechen, den mehr als 7o.ooo restlicher Student(inn)en keine politische Ausrichtung zuzugestehen oder ihnen sogar eine latente Unzufriedenheit mit den bürgerlichen Studentenorganisationen zu unterschieben, d.h. sie als 'potentiell links' einzuschätzen. Dazu gibt es keine Veranlassung. Denn diese nichtwählenden Damen und Herren Akademiker werden in ihrem zukünftigen Berufsleben wohl kaum ihr 'Herz' für die arbeitende Bevölkerung entdecken, sondern eher versuchen, ihre Privilegien voll auszukosten. In diesem Sinne ist die äusserst hohe Wahlenthaltung kein Ausdruck einer irgendwie 'linkeren' oder 'demokratischen' Unzufriedenheit der Student(inn)en, sondern unmittelbarer Ausdruck ihrer gestiegenen kleinbürgerlichen Gereiftheit, die 'Politik' als etwas 'Störendes' empfindet.

Hauptleidtragende dieser gewachsenen Passivität war die sich zwischen ÖVP und SPÖ bewegende 'Österreichische Studentenunion' (ÖSU), die bei den letzten Wahlen noch die absolute Mehrheit erreicht hatte. Diesmal erhielt sie für das höchste Gremium - den Zentralausschuss - von insgesamt 75 Mandaten nur 31, also nur mehr die relative Mehrheit. Allerdings gibt es noch einen zweiten wesentlichen Faktor für die Niederlage der ÖSU. Denn nicht nur die hohe Wahlenthaltung, sondern auch eine deutliche Rechtsverschiebung innerhalb des bürgerlichen Lagers kostete ihr viele Stimmen und Mandate. Die reaktionäre JES konnte sich von 3 756 Stimmen 1977 auf 4 980 Stimmen (14%) steigern. Zweifellos führte sie mit voller Berechnung und mit Blick auf rechte ÖSU-Wähler einen 'aufgeklärteren', weniger reaktionären Wahlkampf als früher. Ihre mit anderen Hochschulgruppen erhobene demagogische Forderung nach Verbot der ANR wäre noch vor 2 Jahren völlig undenkbar gewesen. Aber das war reine Wahltaktik für die nach rechts schielenden Student(inn)en. Es ist klar, dass die neuen Wähler der JES durch ihre Stimmabgabe ganz bewusst für eine konservativere, rechtere Politik votierten. Demgegenüber fiel der rechtsradikale RFS, einer der Hauptanziehungspunkte für das rechte Studentenmilieu, weiter nach unten. Von 3 091 Stimmen 1977 sank er nun auf 2 459 Stimmen. Seine Verluste sind aber in Wirklichkeit erheblich niedriger, da sich vor den Wahlen der Grazer RFS unter der Leitung der Tochter von FPÖ-Chef Götz vom RFS-Österreich abspaltete und auf 'liberalerer' Linie selbständig kandidierte. Der 'Erfolg' des RFS-Graz hielt sich in den bescheidenen Grenzen von 446 Stimmen. Die Nazis der ANR, die zu den Wahlen nicht zugelassen wurden, so wie ihr Umfeld, dürften den von ihnen vor den Wahlen ausgegebenen Wahlboykott einigermassen konsequent, auch gegenüber dem RFS, eingehalten haben.

Im linken Lager kam es ebenfalls zu einigen grösseren Verschiebungen. Besonders mar- [illegible] Linken. [illegible] Uni-Wien stellte sich eine 'Alternative Liste' zur Kandidatur, die von den Maoisten [illegible] 550 Stimmen [illegible] 'MLS' [illegible] des Hauptausschusses [illegible] 249 Stimmen [illegible]. Diese Zunahme des spontaneistischen [illegible] linken [illegible] die Stagnation der Linken [illegible] den Niedergang der Maoisten [illegible] an enttäuschten 'Marxisten-Leninisten' für die spontaneistischen Strömungen bürgt. Was gestern bei diesen Leuten noch der perfekte Ausdruck des Leninismus war, nämlich straffe Zentralisierung ohne innere Demokratie, schlägt heute nach der Desillusionierung über den Maoismus in allgemeine Organisationsfeindlichkeit und damit verknüpft in eine Abwanderung in das Sponti-Milieu um.

Diese Verbindung zeigt sich deutlich an Hand der Ergebnisse der Maoisten, die beinahe halbiert worden sind. Insgesamt verloren sie 540 Stimmen (1977: 1 168, 1979: 628). Der Niedergang der Maoisten wird nicht nur durch dieses Ergebnis dokumentiert, sondern auch durch ihre Initiative, auf der Ebene der Basisgremien gemeinsam mit spontaneistischen Gruppierungen zu kandidieren. Noch vor einigen Jahren wäre ein solches Bündnis schier unvorstellbar gewesen. Allerdings konnten die Stimmenverluste der Maoisten von keiner linken Organisation aufgefangen werden. KSV-Vorsitzender Baier zieht daraus den 'wagemutigen' Schluss: "Die Ultralinken desorientieren und entwaffnen die Studenten politisch. Sie bilden ein Einfallstor zur Resignation und Entpolitisierung in die Studentenbewegung."

Er nimmt den Mund deswegen so voll, weil der KSV die Niederlagenserie der KPÖ unterbrechen konnte. Er vermochte sich von 1.091 auf 1.249 Stimmen zu steigern. Dieses Ergebnis entspricht auch den Erfolgen des KSV in den letzten zwei Jahren. Personell stärker geworden setzte er etliche Basisinitiativen, die ihn erstmals auf breiterer Ebene den Studenten präsent machten. Zweifellos steckt hinter dieser Stärkung des KSV der 'Realismus' vieler linker Studenten, die im Apparat und in der organisatorischen Stärke der KPÖ einen Rückhalt erwarten. Zum anderen wird die Stimmung der 68-er Jahre, "Seien wir realistisch, verlangen wir das Unmögliche", immer mehr durch eine bescheidene Tagespolitik ersetzt, die kurzfristig vielleicht kleine Verbesserungen bringen könnte. Aber es wäre nicht der KSV, würde er nicht krumme Sachen drehen. In einer Flugschrift, in der er alle seine Kandidaten vorstellte, hatte er flugs alle jene Unorganisierten und anderswo Organisierten zu KSV-Kandidaten umgewandelt, auch wenn sie gegen den KSV grundsätzliche Bedenken hatten. 'Missverständisse' können vom KSV hervorragend organisiert werden. Er ist auch stolz darauf, dass er an die zweite Stelle im linken Lager, zu dem er sich auch zählt, vorgerückt ist. Freilich verschweigt er dabei, dass er die GRM ('Gruppe Revolutionäre Marxisten') nur um 4 Stimmen(!) überboten hatte. KSV-Baier drückt das so aus: "Der Kommunistische Studentenverband hat bei den Hochschülerschaftswahlen Stimmen und Mandate gewonnen. Der KSV ist damit zur stärksten Kraft links von den sozialistischen Studenten geworden."

Die GRM konnte im wesentlichen ihren Stand behaupten. Auf der Ebene des Zentralausschusses brachte sie es auf 1 245 Stimmen gegenüber 1.21o 1977. Auch bei den Hauptausschussergebnissen hielt sie ihre Position. Für den Hauptausschuss Universität Wien erhielt sie 586 Stimmen. 1977 hatte die GRM hier ja auf der 'Linken Liste' gemeinsam mit den Basisgruppen und der SOAK, kandidiert und 4 Mandate erhalten. Heuer teilten sich diese 4 Mandate wieder auf: 2 GRM, 1 ABC, 2 'Alternative Liste'.

Eines der beiden Mandate der 'Alternativen Liste' kommt aller Wahrscheinlichkeit nach aus dem maoistischen Bereich. Eine maoistische Liste hat es auf der Uni-Wien nicht gegeben.
Daher liegt es auf der Hand, dass der GRM bei den Wahlen zum Zentralausschuss die Unterstützung aus dem unorganisierten linken Milieu erhalten geblieben ist. ABC und 'Alternative Liste' sind dort nämlich als Liste aufgetreten. Niemand dürfte sich über die GRM-Ergebnisse mehr gefreut haben als die GRM-Genoss(inn)en selber, die vor der ÖH-Wahl noch mit Verlusten gerechnet hatten. ●●

»Diskussionsinitiative«: Manöverbilanz...

In der nun vorliegenden 4. Ausgabe des Bulletins der "Diskussionsinitiative" nehmen GRM, SOAK und 'Gruppe Commune' zum Scheitern dieser "Initiative" Stellung. Der Beitrag der GRM ist mehr als bezeichnend. Wir hatten schon in der letzten Ausgabe der 'permanenten revolution' darauf hingewiesen, dass diese Organisation im Dezember des letzten Jahres die Organisationen links von der KPÖ als wichtigste Adressaten einer "Sozialistischen Alternative" bezeichnet hatte, um im März (!) dieses Jahres eine "Auseinanderentwicklung" und "programmatische Differenzen" festzustellen, was die Weiterführung der "Diskussionsinitiative" unmöglich mache... Es ist schon etwas ermüdend, die Politik dieser Organisation an politischen Kriterien zu messen, es sei denn, Manövrieren und 'Diplomatie' gelten seit neuestem als 'revolutionäre Politik'... Nachdem - völlig unausgewiesen - von einer "politischen Annäherung" gesprochen wurde, wird nach einer kurzen, wenige Aspekte betreffenden Diskussion die "Auseinan-

derentwicklung" festgestellt und eine "Bilanz" veröffentlicht, die in ihrer Sprache durchaus einer Parlamentspartei würdig wäre (wie drücke ich mich um das eigentliche Problem, ohne viel Inhaltliches zu sagen...).
Die Stellungnahme der 'Gruppe Commune' ist eine inhaltliche Wiederholung des stets verwendeten Textes dieser Gruppe, und es ist wirklich belustigend, wie eine dem Selbstverständnis nach politische Gruppe nun schon monatelang mit ein und demselben Text auskommt. Es ist darüberhinaus bezeichnend, dass die einzige politische Aussage dieser Gruppe - die sogenannten 'kämpfenden Bewegungen' (Frauen, Slowenen, Arena, Anti-AKW werden willkürlich und ohne jemals eine Analyse dieser Bewegungen geleistet zu haben dazu gerechnet) und deren Bedeutung für den Aufbau einer revolutionären Partei - kaum diskutiert wurde, denn die Aussage, nach der die Sozialdemokratie in Österreich das entscheidende Hindernis für die Verankerung revolutionärer Politik ist, dürfte seit einigen Jahrzehnten bekannt sein. Aber die darüber hinausgehenden Aussagen dieser Gruppe (nach denen diese 'kämpfenden Bewegungen' die Hebel sein können, die Hegemonie der SPÖ zurückzudrängen) stellen einen merkwürdigen Subjektivismus (wenn es die "Diskussionsinitiative" früher gegeben hätte, dann...) dar, und vermutlich hindert alleine der letzte Rest an 'Orthodoxie' diese Menschen daran, in die GRM einzutreten, die politische Methode ist jedenfalls nicht mehr zu unterscheiden.
Wir stimmen im wesentlichen mit der Erklärung der SOAK überein, dass nicht die objektive politische Entwicklung und die politischen Standpunkte der Grund dafür waren, dass die GRM kein Interesse mehr zeigt zu "diskutieren", sondern allein das Scheitern kurzfristiger organisatorischer Manöver, deren Ziel es war, die SOAK 'nach Plan' zu schlucken.
Dass VSStÖ-Bund und 'Gruppe Commune' Mitbringsel dieses "Fusionsprozesses" sein würden, lag auf der Hand. Knapp ausgedrückt, ging es allein darum, dass die anderen Teilnehmer der "Diskussionsinitiative" in möglichst kurzer Zeit feststellen sollten, dass die GRM-Politik "richtig und internationalistisch" (weil ja zur "IV. Internationale" gehörend) ist. Nichts anderes war auch die Grundlage für die "Fusion" mit dem VSStÖ-Bund.

LIEBER WENIGER GROSSE WORTE UND MEHR DISKUSSION

Nachdem der 'reale Trotzkismus' kein Interesse an einer Diskussion hat (die formale Bereitschaft, wie sie in der GRM-"Bilanz" ausgedrückt wird, ist bestenfalls als Zynismus zu interpretieren, denn vermutlich handelt es sich um jene 'Bereitschaft', die sich schon einige Male in der 'rotfront' dahingehend äusserte, dass gegen politische Standpunkte übel polemisiert wurde...ohne diese Standpunkte auch nur zu kennen), wäre nichts falscher, als auf eine Weiterführung der Diskussion zu verzichten.
Wir glauben, dass gerade heute, in einer Situation, in der die Linke stagniert und folgerichtig die Bereitschaft zur inhaltlichen Auseinandersetzung stark gesunken ist, die Diskussion aktueller und programmatischer Fragen nicht nur für die beteiligten Organisationen wichtig ist. Letztlich haben wir - ebenso wie die SOAK - kein Interesse daran, im 'eigenen Saft zu schmoren'!

Aus diesem Grund wollen wir folgenden Vorschlag an die SOAK richten: Ohne hohle Worte, wie "neues Politikverständnis" und "Annäherung" auszusprechen, die keinerlei Grundlage haben, sollten SOAK und IKL eine geplante Diskussion zu aktuellen und programmatischen Fragen beginnen, die von beiden Organisationen getragen und durchgeführt wird. Natürlich gibt es zwischen den beiden Organisationen politische Differenzen, aber diese haben nicht den Charakter wie etwa die Differenzen zwischen unserer Organisation und dem Maoismus. Obwohl diese Differenzen es nicht zulassen, von einer aktuellen Annäherung zu sprechen, stehen sie einer geplanten Diskussion nicht im Wege. Die praktische Durchführung der Diskussion sollte kein grosses Problem sein. Neben den Spalten der beiden Organe ('permanente revolution' und 'Sozialistische Aktion') sollten für diese Diskussion die Theoretischen Organe der beiden Organisationen ('ergebnisse und perspektiven' und 'Theorie und Praxis') dienen. Die eigene Herausgabe eines Diskussionsbulletins erscheint uns daher - zumindest in regelmässiger Form - nicht notwendig zu sein.
Neben der schriftlichen Diskussion sollten regelmässig Veranstaltungen durchgeführt werden, in denen die beiden Organisationen über aktuelle und programmatische Fragen diskutieren.
Dieser Vorschlag übersieht, wie schon gesagt, keineswegs, dass es zwischen den beiden Organisationen politische Differenzen gibt. Eine Diskussion - natürlich auch über diese Differenzen - wird aber beiden Organisationen zu mehr Klarheit verhelfen über Ausmass und Art der Differenzen, und eine solche Diskussion wird darüberhinaus unorganisierten Genossinen und Genossen die Möglichkeit geben, an der inhaltlichen Entwicklung politischer Positionen teilzunehmen bzw. in diese einzugreifen.
Es besteht keinerlei Grund, nach diesem eher blamablen Scheitern der "Diskussionsinitiative" zu resignieren. Im Gegenteil, es besteht aller Grund, nun zu versuchen, zu einer wirklichen Diskussion zu kommen - ohne Manöver und Schleimerei. ●●

KPÖ: Statt Antifaschismus: Antitrotzkismus

Mit grossen Worten weiss sich die KPÖ als selbsternannte "konsequenteste antifaschistische Kraft" in Österreich zu schätzen. In den direkten Auseinandersetzungen mit den Faschisten ist zwar von der KPÖ nicht viel zu sehen, sieht man von eventuell auftauchenden 'Beobachtern' einmal grosszügig ab. Aber die Organisierung mehrerer Demonstrationen für das Verbot von ANR und NDP ist für sie Grund genug, sich selbst ausreichend zu würdigen. Auf der antifaschistischen Demonstration vom 27. April hat sie inzwischen gezeigt, dass sie nicht nur streng im Rahmen der bürgerlichen Gesetze für die behördliche Auflösung von ANR und NDP eintritt, sondern auch sehr militant sein kann. Diese Militanz der KPÖ war auch das einzig Bemerkenswerte an dieser Demonstration. Denn nicht die Faschisten - nein, GRM, IKL und SOAK waren Zielscheibe der erwachten kämpferischen Instinkte der KPÖ. Unter der sinnigen Parole "Einheit aller Demokraten gegen rechts" stürmten ca. 30 - 40 KPÖ-Genossen auf unsere beiden Lautsprecherwagen ein und schreckten auch nicht vor tätlichen Auseinandersetzungen mit den, die beiden Wagen verteidigenden, GRM, IKL sowie unorganisierten Genoss(inn)en und Genossen zurück.
Bereits auf den vorbereitenden Aktionseinheitssitzungen wurde das Verbot jeder eigenständigen Propaganda und Agitation für die extreme Linke ausgesprochen. Es versteht sich von selbst, dass KPÖ/KSV dabei die federführende Kraft waren, dass sie in sozialdemokratischen bis katholischen Organisationen bereitwillige Bündnispartner fanden, die in den letzten Jahren keinen Finger für den antifaschistischen Kampf gerührt haben. KSV-Vorsitzender Baier kündigte zusätzlich an, "mit allen Mitteln" gegen die Freiheit der Agitation und Propaganda auf der Demo vorzugehen. Die Demonstration unter der zentralen Forderung "Verbot von ANR und NPD" sollte ohne Meinungsaustausch, ohne freie Diskussion, ohne Möglichkeit, die verschiedenen Positionen zum antifaschistischen Kampf darstellen zu können, ablaufen. Die Vorfälle auf der Iran-Demo im Dezember letzten Jahres, bei der KSV und KPÖ mit der Polizei gegen den linken Block von SOAK, GRM und IKL zusammengearbeitet hatten, waren nur zu gut in Erinnerung, um derartige Ankündigungen einfach auf die leichte Schulter zu nehmen.
Es war daher damit zu rechnen, dass KPÖ und KSV in ihrer Gegnerschaft zur Arbeiterdemokratie nicht auf der verbalen Ebene stehenbleiben würden. Deshalb trafen wir mit GRM, SOAK und 'Gruppe Commune' eine technische Absprache, um diese durchzusetzen.
Und - auf der Grundlage der Ablehnung der

Verbotslosung - kamen SOAK, die 'Gruppe Commune' und die IKL überein, einen linken Block auf der Demonstration zu bilden. Ein gemeinsames Flugblatt, das die Illusionen in ein Verbot von ANR und NDP angriff und die Notwendigkeit der Agitations- und Propagandafreiheit unterstrich, wurde auf der Demonstration verteilt. Mit ca. 2.000 Teilnehmern, trotz Regens, war sie eine der stärksten in den letzten Jahren. In unserem Block marschierten ca. 100 Antifaschisten. Wenn sich die KPÖ anfangs gegenüber der GRM und unserem Block sowie gegenüber der Verbreitung unseres Flugblattes noch loyal, d.h. gleichgültig verhielt so bewies sie während der Abschlusskundgebung vor dem Bundeskanzleramt am Ballhausplatz drastisch ihr gestörtes Verhältnis zur Arbeiterdemokratie. Sie setzte die Drohung des KSV-Vorsitzenden Baier, "mit allen Mitteln" gegen die Diskussionsfreiheit vorzugehen, unmissverständlich in die Tat um.

Gemäss ihrer bisherigen Praxis versuchten die Stalinisten der KPÖ, die GRM als auch uns von der Abschlusskundgebung auszuschliessen. Uns wurde einfach das Recht abgesprochen, so wie alle anderen Organisationen unsere Position zum antifaschistischen Kampf darstellen zu können. Diese Haltung der KPÖ ist besonders bezeichnend für ihr Spaltertum, da sich gerade GRM und IKL wiederholt als aktive Kräfte der antifaschistischen Bewegung ausgewiesen haben. Wir waren deshalb nicht bereit, diese Manöver der Stalinisten mitzumachen.

Als wir mit unserem Diskussionsbeitrag begannen, stürmten plötzlich 30 - 40 KPÖ-Mitglieder, von ihren Funktionären gegen die "Faschisten" aufgehetzt, gegen uns vor. Eine Genossin des Frauenzentrums erhielt einen Faustschlag ins Gesicht, ein Genosse wurde zu Boden gerissen, der Lautsprecherwagen der GRM wurde beschädigt. Das waren die markanten Höhepunkte eines allgemeinen Handgemenges. Das einzig Positive daran war die gemeinsame und solidarische Verteidigung der GRM- und IKL-Lautsprecherwagen durch GRM-, IKL- und andere - bzw. unorganisierte Genoss(inn)en. Nachdem sich nach einiger Zeit die Situation beruhigt hatte, entwickelten sich rege Diskussionen mit den vorher noch angreifenden KPÖ-Mitgliedern. Dabei erklärten einige KPÖ-Mitglieder, ihnen sei gesagt worden, wir wären Faschisten und Provokateure, die die Kundgebung sprengen wollten. Dass sich diese Lügen in den Diskussionen aufklärten, dürfte kaum im Interesse der KPÖ-Funktionäre gelegen sein.
KPÖ/KSV versuchten, ihre Demagogie darauf aufzubauen, dass wir mit unserem Beitrag in einer Pause nach dem in Deutsch gesprochenen Referat eines Vertreters der slowenischen Minderheit einsetzten. Tatsächlich wollte der slowenische Genosse seinen Beitrag auch auf slowenisch halten. Uns lag und liegt nichts daran, das Rederecht von Vertretern anderer linker Strömungen auch nur im geringsten in Frage zu stellen. Im Gegenteil! Wir treten für die ungeteilte Freiheit der Rede und Diskussion für alle antifaschistischen Gruppierungen ein. Solch ein Missverständnis wie mit dem slowenischen Genossen kann nur auf dem Nährboden des Verbots der freien Meinungs- und Diskussionsäusserung wachsen. Hätten KPÖ/KSV uns und der GRM das Recht auf Diskussionsbeiträge zugestanden und dieses Abkommen auch auf technischer Ebene mit uns koordiniert, so wäre es nie und niemals zu diesem Missverständnis gekommen. Aber das ist von den Stalinisten heute zuviel verlangt. So sagte uns nach dem Handgemenge mit den KPÖ-lern ein Vertreter der Demonstrations-leitung [illegible] gegen Schluss der Kundgebung. [illegible] Wort zu kommen. [illegible] die Kundgebung aufgelöst, [illegible] "Reihe" waren.
Nicht vergessen darf das vorzeitige Ende des GRM-Beitrages werden. Nachdem der GRM-Vertreter einige Minuten gesprochen hatte, [illegible] KPÖ-Mitglieder die Lautsprecher [illegible] und verhinderten so die Darlegung der Positionen der GRM.
[illegible] all das nicht daran, nach den 25. 4. weiter Lügen über diese Vorfälle zu [illegible] und namentlich gegen die IKL zu [illegible]. In einem Flugblatt "ANR: Verbot aktuell!" schreibt er, dass "bei der grossen antifaschistischen Demonstration letzten Freitag (...) einige (?) IKL'er mehrmals (?) die Rede des Vertreters des Klubs Slovenischer Studenten (unterbrachen) und (...) damit die Abschlusskundgebung sprengen (?) (wollten), ..."
Indem der KSV vorher von den Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen ANR, NDP und der Botschaft der VR China berichtet hatte, möchte er unterschwellig ausdrükken, dass auch wir - die IKL - objektiv diesen Weg gehen. Offen wagt der KSV diese Diffamierung noch nicht auszusprechen. Er begnügt sich vorerst zu fragen: "Sind das einfach verschiedene Strömungen der Arbeiterbewegung und verschiedene Methoden des antifaschistischen Kampfes oder ganz einfach antikommunistische Provokateure?" Die KSV-Genoss(inn)en können, was uns betrifft, sicher sein, dass wir uns nicht vor der notwendigen Auseinandersetzung drücken werden. Wir werden sie aber nicht auf ihrer Ebene führen und Lügen, Diffamierungen und Gewalt in der Linken verbreiten, sondern fest auf die Notwendigkeit der Arbeiterdemokratie, der Freiheit der Agitation und Propaganda auch gegen den militanten Widerstand der KPÖ bestehen.

●●

Nicaragua nach den Septemberkämpfen

"Gesucht werden Ex-Marinesoldaten und kampffähige Veteranen zur Hilfe im Kampf gegen den Kommunismus, der die Macht in Zentralamerika übernehmen will. Sold: 1.000 US-Dollar monatlich und freie Rückfahrkarte nach Nicaragua. Rufen Sie unter Nr. 256-0385 Gary Gabaldon an." Dieses Inserat wurde im September 1978 in zahlreichen Zeitungen des Südens der Vereinigten Staaten veröffentlicht (laut "Nicaragua - ein Volk im Familienbesitz"/ rororo). Mindestens 1.500 Söldner (Exil-Kubaner, Exil-Vietnamesen, Amerikaner) wurden im September 78 zur Unterstützung der Guardia Nacional - das bedeutet zur Unterstützung Somozas - nach Nicaragua eingeflogen, um den Aufstand des Volkes brutal niederzumetzeln.

24. Aug. Eine Gruppe von 25 FSLN-Mitgliedern besetzen unter dem bereits legendär gewordenen Comandante Cero den Nationalpalast, nehmen Geiseln und können ihre Forderung - Freilassung vieler politischer Gefangener - durchsetzen. Diese halsbrecherische Aktion ist der unmittelbare Auslöser für eine Welle von Aufständen. Am darauffolgenden Tag setzt ein unbefristeter Generalstreik ein. Bereits am

29. Aug. kommt es zu schweren Zusammenstössen zwischen der Guardia Nacional und der Bevölkerung in Matagalpa.

2. Sept. Überstürzte Kapitalflucht setzt ein. 30 Mill. Dollar werden von den Banken abgehoben. Um jedoch eine Panik zu verhindern, werden erst am 11. Sept. entschiedene Massnahmen gegen Kapitalflucht angekündigt.

14. Sept. Das Kriegsrecht wird über das Land verhängt. - Wie reagiert die Kirche? Der, seit diesem Tag in Costa Rica befindliche, Erzbischof von Managua richtet ein Bittgesuch an Jimmy Carter ("Sie, Herr Präsident, haben erst kürzlich bekräftigt, dass es die Absicht Ihrer Regierung sei, das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu respektieren. Wir bitten, dass Sie zu Ihrem Wort stehen mögen und das Regime von General Somoza in keiner Form unterstützen.")

Am 20. Sept. schlagen die Bluthunde Somozas die Erhebungen in Esteli nieder, und genau an diesem Tag bedankt sich Papst Johannes Paul I. bei Somoza für dessen Delegation zu den Krönungszeremonien im Vatikan. ("Mit Unseren besten Wünschen für den Wohlstand und den Frieden des nicaraguanischen Volkes und seinen Regierenden erbitten Wir zahlreiche Segenswünsche des Allmächtigen.")

Fazit der Septemberoffensive: ca. 10.000 Tote und 50.000 Verletzte.
Somoza will bis zum Frühjahr 79 seinen Militärhaushalt verdoppeln und die Truppenstärke der Guardia Nacional von 8.000 auf 15.000 erhöhen. Seit dem Amtsantritt der Somoza-Dynastie 1936 wurde diese Garde als politisches Kontrollorgan mit Hilfe der USA aufgebaut.
Trotz der zahllosen Opfer haben die Niederlagen bei der Bevölkerung nicht zu Resignation geführt, sondern eine verstärkte Hinwendung zur FSLN bewirkt.

FSLN - FRENTE SANDINISTA DE LIBERACION NACIONAL

1934 wurde Augusto Cesar Sandino von den Truppen Somozas ermordet. Er gab der Bewegung seinen Namen, auf ihn beruft sich die FSLN. Obwohl die FSLN die Unterstützung der Bevölkerung hat, ist die Mehrheit der sympathisierenden Massen nicht politisch in ihr organisiert. Ihre Aktionen werden von Studenten, vielfach auch von Schülern und Jugendlichen getragen.
Die FSLN steht zwar auf dem Boden des bewaffneten Kampfes gegen die Diktatur - und sie führt ihn auch durch - allerdings nicht mit einer sozialistischen Zielsetzung.
Sie ist in drei Tendenzen gespalten:
Bis Herbst 1977 war die GPP ("Guerra Popular Prolongada" - Langdauernder Volkskrieg) die Mehrheit der Führung, ist jedoch durch die militärischen Schläge der Nationalgarde stark geschwächt. Ihr Einfluss liegt vor allem in den bergigen Gebieten des Landes.



Die "Tendencia Proletaria" (Jaime Wheelock) ist die einzige Tendenz in der FSLN, die die Guerilla-Strategie ablehnt. In ihrer programmatischen Erklärung vom Ende des Vorjahres spricht sie sich für eine "authentische Volksdemokratie" unter der Führung des Proletariats aus. Diese Volksdemokratie würde ein Weitergehen in Richtung Sozialismus ohne bürgerlich-demokratische Etappe einleiten. Um die Schaffung der Einheit aller revolutionären und demokratischen Organisationen zu erreichen, sei die Bildung einer Volksfront als konkrete organisatorische Alternative für die Massen im Kampf gegen das Regime nötig. Diese Volksfront müsse sich auf der Basis eines revolutionären Programmes des Proletariats einigen. - In der Erklärung dieser Tendenz fehlt aber nicht nur eine klare Vorstellung von Räten, sondern auch der internationalistische Aspekt. Ihre vorherrschende Perspektive ist die des Sozialismus in einem Lande.

Die dritte Tendenz innerhalb der Sandinistischen Front ist die "dritte Kraft", die "Tercerista " (ihre Führer: Daniel Ortega, Victor Tirado, Humberto Ortega). Sie steht dem bürgerlichen Lager am nächsten und beansprucht für sich, die gesamte FSLN zu vertreten. Die Tercerista wollte ein Wiederaufleben der September-Offensive. Obwohl sie die städtischen Massen mobilisiert, ist ihr wesentlicher Schwerpunkt die Guerilla. Ihr Konzept der schnellen Gross-Offensive konnte sich nicht durchsetzen, da sich das militärische Ungleichgewicht weiter verstärkt hatte. Obgleich sich die Sandinistas bewaffneten, konnte Somoza seine Arsenale mit israelischer Hilfe permanent ausbauen.

Die FSLN rief von Anfang an zur Bildung einer nationalen Regierung auf. Diese sollte von der "Gruppe der 12" bestellt werden. Das ist ein Gremium von 12 Personen aus dem Lager des Bürgertums. In dem "Aufruf der 12", der am 14.Okt. in den USA, Mexiko, Costa Rica und Nicaragua veröffentlicht wurde, stellte sie sich auf Seiten des Sandinismus - und wurde von Somoza prompt ins Exil geschickt. Die glasklare nationalbürgerliche Ausrichtung dieser Gruppe zeigt ein Interview eines ihrer Häupter, Sergio Ramirez, vom 16. Okt. 78. "Aus Gründen der politischen Strategie glaube ich, dass diese sandinistische Partei eine pluralistische Partei sein müsste und nicht Vertretung einer Klasse im marxistisch-leninistischen Sinn. Es müsste eine Partei mit einem weiten politischen Spektrum sein, das ihr die Zustimmung des Kleinbürgertums, der Mittelschicht, der Arbeiter und Bauern sichert, mit einem Programm, dessen Hauptpunkte allen wichtigen Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen müssen... eine Partei, die die Unterstützung verschiedener Schichten haben muss, damit sie zu einer wirklich nationalen Partei werden und so allmählich zum Entstehen einer Volksdemokratie in Nicaragua führen kann... keine Volksdemokratie wie in den osteuropäischen Ländern... sondern ein demokratisches System, an dem das Volk tatsächlich politisch teilhat und in dem es sich politisch ausdrückt, sodass das Volk Schritt um Schritt Positionen in der Führung des Landes übernehmen kann."
Und zur Umgestaltung der Nationalgarde: "Es darf kein Heer mehr sein, dessen Kasernen mitten in den Städten sind, ... es muss wie andere Heere seine Einrichtungen weitab von den bewohnten Zentren haben, sodass bei dem Umgehen mit Waffen und Sprengstoff keine Gefahr für die Bevölkerung entsteht. In den Städten darf nichts als eine reguläre Polizei bleiben, wie überall in der Welt, ..."
Nach dem Programm der "12" würde nur Somoza enteignet werden - das Resultat wäre ein "Somozismus ohne Somoza".
Während die Terceristas die "Gruppe der 12" als Regierung vorschlagen, nimmt die GPP dazu die Position der kritischen Unterstützung ein.
Laut letzten Meldungen (Lateinamerika Nachrichten) sollen alle drei Tendenzen im Dezember 78 eine Einheitserklärung abgegeben haben, die über eine Aktionseinheit hinaus auch inhaltliche Annäherungen beinhalten soll.

DIE KP DES LANDES UND IHRE BÜNDNISSE

Die PSN, die Kommunistische Partei, hat vor allem im städtischen Proletariat Einfluss. Sie, wie auch die von ihr dominierte Zentralgewerkschaft (CGT), lehnt den bewaffneten Kampf ab. Das ist sicherlich eine der wesentlichen Ursachen für die Niederlage der Erhebungen in der letzten Periode. Diese Politik ist durch das Fehlen einer echten organisatorischen Alternative erleichtert.
Ihr wahres Gesicht zeigte die PSN durch ihr Bündnis (UDEL/"Demokratische Befreiungsfront") mit Teilen der bürgerlichen Opposition auf einer rein bürgerlichen Grundlage. Im Sommer 78 konstituierte sich die FAO ("Frente Amplio Opositor"), die "Breite Oppositionsfront". In ihr vereinigten sich die traditionelle bürgerliche Opposition mit Abspaltungen von der Partei Somozas, die Gewerkschaftsbürokratie und die PSN. Von der FSLN waren nur die Terceristas indirekt durch die "12" vertreten, die anderen beiden Tendenzen lehnten das Bündnis ab.
Als Folge der Unruhen im Herbst starteten die USA Vermittlungsversuche (begrenzte Liberalisierung, eine bürgerliche Regierung), um die imperialistischen Interessen zu wahren und gleichzeitig die Kraft der FSLN zu brechen. Die Terceristas, die den Verhandlungen erst zugestimmt hatten, merkten schliesslich, dass es um ihre Existenz ging und schieden aus der FAO aus. Die PSN folgte bald.
Die nun auf den bürgerlichen Kern geschrumpfte FAO hatte nur mehr ein Interesse: die Krise sollte bald aufhören, die beginnende Kaffee- und Baumwollernte, eine wichtige Profitquelle, war ernstlich gefährdet. So stellte die FAO ein Ultimatum an Somoza, die Macht aus der Hand zu geben und das Land zu verlassen. - Es verstrich konsequenzlos. Aktionen wie Generalstreiks kamen nicht in Betracht, sie würden unmittelbar in Aufstände übergehen und der Kontrolle der Bürgerlichen entgleiten.
Ende 78 war ein Plebiszit angekündigt, das über Somozas Gehen oder Bleiben entscheiden sollte. Diese Volksabstimmung sollte unter der Aufsicht der "Organisation Amerikanischer Staaten" (OAS) stattfinden. Damit wäre jedoch nichts über andere Somoza-Clan-Mitglieder ausgesagt, über das Somoza-Eigentum, die Nationalgarde oder die National-Liberale Partei. Somoza stimmte, wie zu erwarten, den der Volksabstimmung angefügten Bedingungen (Kontrolle durch die OAS, Kasernierung der Nationalgarde und seine eigene Ausreise vor dem Plebiszit) nicht zu. Was blieb der FAO anderes übrig, als sich auch mit einem Plebiszit ohne internationale Kontrolle einverstanden zu erklären?
Als die im Proletariat einflussreichste Partei ist die PSN gezwungen, die zunehmend populärer werdende FSLN in ihrem bewaffneten Kampf zumindest verbal zu unterstützen. In einem erweiterten Bündnis, der MPU ("Movimento Pueblo Unido"/ Einheitliche Volksbewegung), sind 24 Organisationen vertreten: neben PSN und CGT alle drei Tendenzen der FSLN, alle wichtigen Gewerkschaften und sämtliche linke Gruppierungen. Die MPU vertritt in ihrem Programm u. a.

- die Regierung solle mit "repräsentativer Beteiligung aller politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte gebildet werden".
- die Armee solle ein nationales Heer sein, "von den Interessen des Volkes und des Vaterlandes geleitet."

Offensichtlich gibt es derzeit keine revolutionäre Organisation in Nicaragua, die derlei Positionen eine linke Opposition bieten könnte, da alle linken Gruppierungen an der MPU beteiligt sind. Ob dazu auch die LMR ("Liga Marxista Revolucionaria", beruft sich auf das 'Vereinigte Sekretariat der IV. Internationale'; Genossen, die aus der FER, der Studentenorganisation der FSLN, ausgeschlossen worden sind) gehört, ist uns nicht bekannt.
Die MPU hat durch die Gründung von Stadtteil-, Gewerkschafts- und regionalen Komitees, sowie durch die Propagierung von "Komitees für zivile Verteidigung" (Lateinamerika Nachrichten 68) Ansätze zu autonomen Organen, die die politische Organisierung des Volkes vorantreiben könnten, gesetzt.
Am 2. Feb. 79 konstituierte sich ein Mitte-Links-Bündnis, das die alte FAO (vor der Spaltung) unter neuen Vorzeichen ersetzen soll. Diese FPN ("Frente Patriotico Nacional") will alle jene Kräfte sammeln, die die FAO verlassen haben - auf der Basis der Ablehnung politischer und militärischer Intervention, der Forderung nach "effektiver Demokratie". Die FSLN ist mit allen ihren Tendenzen als Mitglieder der MPU in dieser Front beteiligt.

DIE LETZTE ENTWICKLUNG

Die politische und wirtschaftliche Krise, in der sich Nicaragua seit 1977/78 permanent befindet, hat sich mit der Niederlage des Septemberaufstandes weiter verschärft.

Die Rücksichtslosigkeit, mit der das Somoza-Regime seine ökonomische und politische Machtposition verteidigt, hat weiter zugenommen. Doch die in den letzten Jahren enorm gewachsene Schuldenlast des Somoza-Staates einerseits, Kapital- und Devisenflucht, Rückgang der Steuereinnahmen und



NICARAGUA: COMANDANTE CERO

Somozas Finanzbedarf für die Stärkung seiner Nationalgarde andererseits haben die Regierung in den vergangenen Monaten mit ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber den US-Banken um 35 Mio. Dollar in Rückstand gebracht. Zwar wurde ein Kreditantrag an den Internationalen Währungsfond (IWF) in der Höhe von 40 Mio. Dollar bewilligt, allerdings mit der Bedingung, einer 43%igen (!) Geldabwertung zuzustimmen. ('Neue Zürcher Zeitung' Nr. 92/79)

Darüberhinaus fliesst dieser 40 Mio.-Dollar-Kredit fast zur Gänze in den Ausbau der Polizei- und Armeeeinheiten Somozas (Militärausgaben in neun Monaten: 326 Mio. Dollar). Die Inflation führt zu einer weiteren Verschärfung der ohnehin restriktiven Finanzpolitik der Zentralbank. Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel verschlechtern die ohnehin triste Lage der Arbeiter und Bauern noch mehr (durchschnittliche Arbeitslosenrate bei 70%, Senkung des Realeinkommens der Werktätigen).

DIE REAKTION DER BÜRGERLICHEN OPPOSITION

Die unerhörte Ausplünderung des Landes durch den Somoza-Clan hatte schon seit längerer Zeit eine Opposition der nationalen Bourgeoisie auf den Plan gerufen, welche dem Politmonopol Somozas entgegentritt, mit dem Ziel der Ausschaltung der Somoza-Macht und Umverteilung des Nationalproduktes zu eigenen Gunsten.
Die in der UDEL ("Demokratische Befreiungsfront") organisierte Bourgeoisie war einerseits gezwungen, mit den ebenfalls gegen Somoza anstürmenden Massen zu gehen,

Lesezirkel der »permanenten revolution«

Bei einer Überprüfung der Arbeitsbereiche der IKL mußten wir feststellen, daß sich der Arbeitskreis 'Zeitgeschichte und Marxismus' mit seinen zum Teil längerfristigen Schulungsprogrammpunkten zu sehr mit der Sympathisantenschulung der IKL überschnitt. Andererseits boten wir unseren Lesern bisher zu wenig regelmäßige Gelegenheit, mit uns in Kontakt zu treten, zusätzliche Informationen einzuholen bzw. Kritik an unseren Standpunkten vorzubringen.

Wir haben deshalb unsere Konzeption neu überdacht und die Funktionen genauer festgelegt. Der bisherige Arbeitskreis 'Zeitgeschichte und Marxismus' wird nun in einen Lesezirkel umgewandelt. In ihm wollen wir zentrale Artikel aus unserem Zentralorgan 'permanente revolution', aber auch aus unserem Theoretischen Organ 'ergebnisse und perspektiven' zur Diskussion stellen. Aus dieser Aufgabenstellung ergibt sich klarerweise, daß die thematischen Bedürfnisse der Anwesenden berücksichtigt werden.

Die Sympathisantenschulung wird wie bisher einen systematischen Schulungscharakter besitzen.

Der 'permanente'-Lesezirkel wird vorerst vierzehntägig stattfinden, die Termine werden jeweils in der 'permanenten revolution' angekündigt werden. Der Ort wurde ebenfalls geändert, die Sitzungen finden von nun an im Votiv-Espresso statt.

<u>Die nächsten Termine und Themen:</u>

6.6.79: Nicaragua - Aufgaben der Revolution und die Rolle der Guerilla (Neben dem Artikel in dieser Ausgabe siehe auch 'p.r.' Nr. 21 und Inprekorr 95)

20.6.79: Thema noch offen, wird am 6.6.79 festgelegt.

Zeit und Ort: jeweils Mittwoch, 19,30h Votiv-Espresso, kleines Hinterzimmer Wien 1, Reichsratstr. 17

sich auf diese Kämpfe zu stützen,um sie für ihre eigenen Ziele zu missbrauchen, andererseits stellte die Erstarkung der proletarischen und bäuerlichen Massen und ihrer Organisation, der FSLN, eine ernste Bedrohung für die eigenen Positionen dar.
Die nach der September-Niederlage erfolgte diplomatische Intervention der USA im Sinne einer teilweisen Liberalisierung und die Forderung nach einer neuen Regierung (Koalition zwischen PNL und der bürgerlichen Opposition) kam der bürgerlichen Opposition nicht ungelegen. Wurden doch in den Septemberkämpfen die Massen zurückgeworfen - wenn auch nicht entscheidend besiegt - und in den darauffolgenden Monaten durch den Terror der Somoza-Armee eingeschüchtert, was einen günstigen Ansatzpunkt für die Doppeltaktik der bürgerlichen Opposition bedeutete.
Ihr war klar, dass eine weitere 'harte' Opposition gegen Somoza nur eine weitere Stärkung der FSLN bedeuten würde. Daher hoffte sie, durch die Realisierung eines 'gemässigteren' Programmes Ansehen bei den kleinbürgerlichen Schichten und dem bewusstseinsmässig rückständigeren Teil der Arbeiter- und Bauernmassen zu bekommen, diese an sich zu binden und zu neutralisieren. Die sich - bei Gelingen - daraus ergebende Spaltung der Arbeiter und Bauern hätte die Isolierung der Avantgarde der Kämpfenden zur Folge und würde diese in eine tödliche Isolation bringen.

Diese Rechnung der Bürgerlichen geht aus zwei Gründen vorläufig nicht auf:

- Die FSLN nimmt trotz der Niederlage an Stärke und Einfluss zu.
- Somoza lässt nicht die kleinsten Zugeständnisse zu - im Gegenteil - der Terror verstärkt sich von Tag zu Tag.

DIE OSTERKÄMPFE

Während der Zeit der Neuformierung und Ausweitung der militärischen Struktur der FSLN und anderer Kampfeinheiten griff die Nationalgarde zu Terrormassnahmen, welche sich mangels militärischer Ziele gegen die Zivilbevölkerung richteten:
- permanente Stadtteil- und Hausdurchsuchungen mit Plünderungen.
- Erschiessungen und Verhaftungen von Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren ("...wer jung ist, ist zumindest potentiell ein Sandinist...").

Diese Terrormassnahmen, die zum Teil demoralisierend auf die Bevölkerung wirkten, machten die militärische Präsenz der FSLN erneut notwendig. Zum einen galt es,die Nationalgarde zum Schutz der Zivilbevölkerung direkt zu bekämpfen, zum anderen stieg die Gefahr eines Militärputsches während der Reise Somozas in die USA.

Seit Anfang März nahmen die Kämpfe zu und erreichten bis heute eine gewisse Regelmässigkeit. In den meisten Stadtteilen Managuas, in León, Masaya und anderen Städten wird fast jede Nacht gekämpft. Dabei bedient sich die FSLN grossteils militärisch der Guerillataktik: Polizei- und Militärstationen (so in Condega, El Sauce, San Nicolas, Limay und an der Südfront) werden besetzt, entwaffnet und zerstört, Patrouillen werden in Hinterhalte gelockt, Unterweltsgeschäfte der Offiziere - Nachtclubs, Bordelle, Spielcasinos - durch Bomben zerstört, Banken werden fast täglich überfallen.

Trotz derartiger spektakulärer Aktionen kulminieren die Kämpfe der Massen noch nicht zur grossen oder gar endgültigen Offensive. Noch muss man diese Kämpfe als Verteidigung gegen den Gardisten-Terror und die wachsende Gefahr eines Militärputsches bezeichnen.

DIE ZUKUNFT DER NICARAGUANISCHEN REVOLUTION

Zweifellos ist die Situation in Nicaragua politisch und ökonomisch dermassen zugespitzt, dass eine andere Lösung als die einer umfassenden bewaffneten Auseinandersetzung zwischen den Klassen langfristig nicht mehr möglich ist. Es muss klar gesagt werden: Jede bürgerliche Lösung - sei es eine Stärkung der Somoza-Regierung oder eine - vorläufige - Liberalisierung durch die bourgeoise Opposition (bei beiden ist der US - Einfluss gesichert.) muss zwangsweise mit einem Blutbad unter den revolutionären Massen enden. Gerade in dieser entscheidenden Situation fällt der FSLN grosses Gewicht zu. Sie hat eindeutig den Grossteil der revolutionären Massen hinter sich. Gerade sie war es, die durch ihre bewaffneten Aktionen gegen das Somoza-Regime der revolutionären Hoffnung der Massen eine gewisse Perspektive wies.

Die programmatische Aussage der FSLN ist allerdings wenig geeignet, die Revolution zielführend voranzutreiben.
Durch den Eintritt in die MPU ("Vereinigte Volksbewegung") wurde dieser Zustand weiter prolongiert, denn das Programm der MPU ist ein bürgerlich-populistisches. In ihm werden die Arbeiterklasse und die Bauern zu Steigbügelhaltern der 'liberalen' Bourgeoisie degradiert.
Die Hoffnung,die gegenwärtig existiert, liegt in einem Kurswechsel, einer Hinorientierung der FSLN auf eine wirklich revolutionäre Politik. Als Faustpfand für diesen Kurswechsel erscheint momentan die Tendencia Proletario ("Proletarische Tendenz") zu sein. Ihrem Erstarken nach der September-Niederlage folgte der Kurswechsel innerhalb der FSLN, der zur Folge hatte, dass sich die FSLN politisch mehr zur Massenarbeit hinwandte und die Organisierung und den Ausbau von Komitees vorantrieb.

Gerade in einem Land wie Nicaragua, wo die absolute Mehrheit des arbeitenden Volkes (anders als es z.B. in Kuba war) kampfbereit ist und ihren Willen zur Einheit in permanent zunehmenden Aktionen dokumentiert, ist es eine Überlebensfrage nicht nur für die Revolution, sondern auch für die Organisationen der Ausgebeuteten, mittels Komitees die Arbeiter und Bauern noch fester zusammenzuschweissen, rückständige Schichten für den Kampf zu gewinnen und sich für die entscheidende Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie zu rüsten. Über diese Komitees muss und kann der Kampf ausgedehnt werden auf andere mittelamerikanische Staaten. Die Arbeiter und Bauern der umliegenden Staaten müssen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln in den Kampf der nicaraguanischen Massen miteinbezogen werden.

Der Gefahr einer militärischen Intervention, seitens der USA oder eines umliegenden Landes, kann nur durch die Ausweitung der Revolution begegnet werden! ●●

SPANIEN
UNRUHE IN DER SP

Der Kongress der PSOE-Spanien ist am 20.Mai zu Ende gegangen, [illegible] mit dem Rücktritt der Parteiführung unter Felipe Gonzales. Der Großteil der Delegierten [illegible] 'die Weigerung Gonzales', neu zu kandidieren, zu bedauern. Auch jene, die ihm formell Anlaß gegeben hatten. Die "Politische Kommission" der PSOE formulierte eine Resolution, in der das Ansinnen der konservativen Parteispitze, die Partei nicht mehr als "marxistisch" zu begreifen, abgelehnt wurde. Die PSOE sei sehr wohl "marxistisch", "weil sie die wissenschaftliche Methode zur Transformation der kapitalistischen Gesellschaft auf den Weg des Klassenkampfes als der Motor der Geschichte verstehen." Die Partei würde auf "dialektische Weise" die Veränderung der Gesellschaft anstreben, indem sie den parlamentarischen Kampf mit der "Mobilisierung des Volkes in allen ihren Formen" verbinden werde.

Der Unterschied zwischen diesen [illegible] Wortradikalitäten und anderen Thesen auf dem Parteitag, unterstreicht das Dilemma der spanischen Sozialdemokratie die Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie weiterführen zu wollen, sich dabei aber auf die Arbeiterbasis stützen zu müssen. Gonzales wurde der Moncloa-Pakt vorgeworfen, zu dem er zugeben mußte, daß er der Partei geschadet habe - weil sich die Bourgeoisie nicht an ihn gehalten hätte. Der Vorstoß einiger unzufriedener Parteitagsdelegierten ging manches Mal jedoch über eine solche oberflächliche Zweckmäßigkeitsargumentation hinaus - weiter als es wahrscheinlich auch den Wortführern der "Politischen Kommission" Bustelo und Castellano lieb war. Ihre Position bestand darin, "Marxismus ja und Felipe ebenfalls" zu fordern. Wie stark es jedoch 'unter' diesen Oppositionsführern brodelt, zeigten schon vor dem Parteitag die Übertritte von rund 200 PSOE-Mitgliedern zur LCR (Sektion des 'Vereinigten Sekretariates der IV.Internationale'). Der Unmut in der sozialdemokratischen Basis muß in der Tat gewaltig sein. Die Parteiführung praktizierte in den letzten Jahren Mäßigung in der Parteipolitik. Sie übernahm die aktive Verantwortung für die Unterdrückung der nationalen Minderheiten, während der 'kleine' Parteifunktionär unmittelbar dem Druck streikender Arbeiter und radikalisierter Basken, Katalanen usw. ausgesetzt ist.

In der PSOE-Opposition muß offensichtlich zwischen den Führern der "Politischen Kommission" und den unzufriedenen Basisdelegierten (und den hinter ihnen stehenden Parteiarbeitern) unterschieden werden. "An der Spitze wurde hohe Staatspolitik betrieben, ohne daß ... man sich in genügender Weise hätte um die Basis, um die lokalen Parteigrößen und um die treuen Kämpfer in Fabriken und Gewerkschaften kümmern können." ('Neue Zürcher Zeitung', 13. Mai 1979) Diese "lokalen Parteigrößen" sorgen sich um ihren Einfluß und treten offenbar für eine Mäßigung des bürgerlichen Kurses der Parteiführung ein. An ihnen setzt der bürgerliche Journalismus an, nachdem er um die "Einheit der PSOE" gefürchtet hatte. Doch gleich darauf frohlockt er wieder über Gonzales' 'Schwächung'. "Spätestens in sechs Monaten soll ein Sonderparteitag die neue Führung wählen und es deutet schon heute vieles darauf hin, daß Gonzales erster Kandidat sein dürfte - zum Nutzen seiner Partei und des demokratischen(?) Spanien." Das sagt genug aus über Gonzales und die 'gemäßigte' Opposition. Damit dürfen sich die radikalisierten PSOE-Arbeiter nicht abfinden. Die Alternative für sie liegt nicht zuletzt in der Fähigkeit der spanischen Trotzkisten, in den Diskussionsprozeß in der PSOE einzugreifen.

Repressionswelle in Italien

Vor dem Hintergrund der fortdauernden Krise des bürgerlichen Regimes und der Institutionen des bürgerlichen Staates erlebt Italien in diesen Wochen eine - vor allem von der "regierenden" Christdemokratie unter aktiver Beteiligung der PCI durchgeführte - in den letzten Jahrzehnten ungekannte Repressionswelle, die praktisch nur mit den Tagen des "deutschen Herbst" 1977 (Schleyer-Entführung, Mogadischu, Stammheim) zu vergleichen ist. Sie soll dazu dienen, dem bürgerlichen Regime in Italien seine Stärke und Autorität wieder zurückzugeben. Mit dem Vorwurf (-wand!), an der Entführung und Ermordung Aldo Moros im letzten Jahr beteiligt gewesen zu sein, wurden Anfang April Dutzende von Genossen der "Autonomia Operaia" verhaftet (einer Organisation der italienischen Linken, die in den letzten zwei Jahren entstand und auf eine in den 60er Jahren um die Zeitschrift "Quaderni Rossi" entstandene Strömung innerhalb der italienischen Arbeiterbeweguhg zurückgeht).

Toni Negri, einem Theoretiker der "Autonomia", wird u.a. vorgeworfen, seine Stimme sei identisch mit der einer Tonbandaufzeichnung von einem Gespräch zwischen den Moro-Entführern der Roten Brigaden und der Witwe Moros, in dem der sichere Tod Moros angekündigt wurde, wenn keine Intervention von seiten Zaccagninis (Parteisekretär der Christdemokratie) erfolge ...
Inzwischen wurde die Repression auch direkt auf andere Teile der italienischen Linken ausgedehnt. Neben verschiedenen Provokationen der Polizei u.a. in Turin und Bari (Hausdurchsuchungen etc.) gegen Genossen der "Lega Communista" (italienische Sektion der Revolutionär-Marxistischen Fraktion für die Vierte Internationale) sticht vor allem die Verhaftung von Stefano Fato, Mitglied der "Lega Communista" in Bari, hervor.
Sie fand nur wenige Tage nach der Toni Negris statt und zeigt analoge Mechanismen: die Polizei behauptet, Stefanos Stimme sei identisch mit der auf einer Tonbandaufnahme von einem Telefongespräch, in dem sich die Gruppe "Contropotere Proletario" (Proletarische Gegenmacht) zu einem Attentat auf das Auto eines Gefängniswärters in Bari bekannte...
Die westdeutsche Linke hat eine besondere Verpflichtung, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um die Solidarität mit den Opfern der bürgerlichen Repression in Italien zu organisieren - nicht nur als "Ausgleich" für die in den Tagen des "deutschen Herbst" erwiesene internationale Solidarität, sondern gerade auch, weil es der westdeutsche Imperialismus ist, der eine vorrangige Rolle bei der internationalen Vereinheitlichung und Umsetzung hochstehender repressiver "Technologien" und Massnahmen spielt. War es doch das BKA in Wiesbaden, das mit seiner hochentwickelten Polizeiapparatur die Gutachten über die Telefonanrufe und Tonbandaufnahmen z.B. im Falle Toni Negris erstellte.

Wir veröffentlichen im folgenden einen Artikel aus "la classe" (Nr. 23), Organ der "Lega Communista", und rufen zur Solidarität mit Stefano Fato auf:

Freiheit für Stefano!

Am 13. April wurde unser Genosse Stefano Fato, Mitglied der 'Lega Communista' in Bari, auf dem Heimweg zu seiner Wohnung verhaftet. Die Polizei legt ihm die angebliche Ähnlichkeit seiner Stimme mit der Tonbandaufnahme eines Telefonanrufs bei der ANSA (Presseagentur) zur Last, bei dem sich im Januar eine im Untergrund arbeitende Gruppe ("Contropotere Proletario"-Proletarische Gegenmacht) zum Sprengstoffanschlag auf das Auto eines Gefängniswärters bekannte. Stefano, der in völliger Isolierung gehalten und dem jedes Recht auf provisorische Freilassung vorenthalten wird, ist nichts Geringeren angeklagt als der subversiven Vereinigung, des Gebrauchs von Explosivstoffen und der Eigentumsbeschädigung. Diese schwerwiegende Repressionsmassnahme gegen ihn und die Ingangsetzung solch plumper Machenschaften sind durch die Kampagne ermöglicht worden, die nur wenige Tage vor der Verhaftung Stefanos mit der Provokation gegen die Genossen der "Autonomia Operaia" und mit dem analogen Gebrauch des sogenannten "telefonischen Beweises" gegen Toni Negri auf nationaler Ebene lanciert wurde.

Für uns, die wir schon die Verhaftung von Scalzone, Negri und den anderen denunziert haben (obwohl wir uns auf eine Tradition und politische Linie berufen, die der ihren diametral entgegengesetzt ist), bleibt nichts anderes zu tun, als mit noch stärkerer Kraft diese erneute Gewalttat zu denunzieren und eine Solidaritätskampagne auf nationaler Ebene für den Genossen Stefano und sein Recht zu organisieren, seine politische Arbeit und sein politisches Engagement in den Reihen der 'Lega Comunista' fortzusetzen.

Stefano gehörte zur Gruppe von Genossen in Bari, die vor einigen Jahren aus der GCR (Grupi Comunisti Rivoluzionari" - Revolutionäre Kommunistische Gruppe, italienische Sektion des "Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale") ausgetreten sind und die Ortsgruppe der "Lega Comunista" gegründet haben. Sie haben immer die programmatischen Positionen verteidigt und in die Praxis umgesetzt, die prinzipiell jeder Form des "Avantgardismus", des Rückgriffs auf den Terrorismus oder auf jeglichen unsinnigen Weg anstelle des und als Ersatz für den revolutionären Kampf der Massen entgegengesetzt sind. Der Genosse Stefano hat immer an diese Positionen geglaubt, die in der ganzen politischen Tradition unserer Organisation und in den Spalten unserer Zeitung ausgedrückt sind - und er hat dies in besonderer Weise von dem Moment an getan, in dem er sich in unsere Reihen eingegliedert hat. Seine politische Ablehnung des Terrorismus datiert also nicht von heute an! Er hat seine Aktivität immer bei offenem Tageslicht, unter den Massen, unter seinen Klassen- und Kampfgenossen entfaltet. Und darüber ist die Polizei in Bari sehr wohl informiert, die doch in den letzten Wochen einige ihrer Informanten ausgesandt hatte, um Provokationsakte im Umfeld der antireformistischen Linken durchzuführen.

Die Verhaftung eines disziplinierten Genossen einer Organisation, die seit Jahren im nationalen wie im internationalen Rahmen jegliche Illusion in den Terrorismus und die autoritäre Gewalt bekämpft, indem sie ihnen die Massenaktion in all ihren Formen entgegenstellt, ist ein Beispiel dafür, wie sich die Repression ausdehnen kann, wenn sie nicht in ihren Anfängen erstickt wird.
Die Verhaftung von Stefano fügt sich zwar in das Projekt der Democrazia Christiana (italienische Christdemokratie) ein, die Stärke des Regimes zu demonstrieren und ihrer Wählerschaft das Vertrauen in die Effizienz des Staates zurückzugeben. Sie hat aber einen spezifischen Charakter, verglichen mit der Aktion gegen die "Autonomia Operaia". Und dies nicht nur wegen der unterschiedlichen politischen Ausrichtung der beiden Organisationen.
In den letzten Jahren hat die Linke in Bari vor allem seit der Ermordung des KPI-Mitgliedes Benedetto Petrone (der, wie Stefano, zusammen mit anderen Genossen der KPI-Jugend FCGI-Mitglied im Jugendzirkel Carrassi war) in der Tat eine beträchtliche Sympathie auf Massenebene errungen. Dies ist durch die Tatsache demonstriert worden, dass die einzigen in den letzten Monaten zustandegekommenen Demonstrationen jene für den Prozess gegen die Mörder von Benedetto waren, und dass es die Gewalt der Faschisten, des Staates, der Unternehmer war, die auf Massenebene wirklich denunziert wurde - und dies alles trotz der anlässlich des Falles Moro entfalteten reaktionären Kampagne und der Versuche der Stadtverwaltung, die Machenschaften der Faschisten zu decken. Die Verhaftung Stefanos stellt also einen direkten Schlag gegen diese Solidaritätsbewegung der Bevölkerung dar, ausser dem gegen ihn selbst und seine Organisation natürlich. Sie ist ein Schlag gegen die Arbeiterorganisationen in Bari.

Wer meint, unter dem Vorwand der Wahlen den Mantel des Schweigens und der Untätigkeit über die unabdingbare Solidaritätskampagne für Stefano breiten zu können, unterliegt einem schweren Irrtum politischer Blindheit. Wir werden dafür kämpfen, dass Stefano freigelassen und vollständig freigesprochen wird, dass die auf dem sogenannten "telefonischen Beweis" basierenden Repressionsmechanismen entlarvt werden, die jeden einzelnen der Willkür des Gesetzes aussetzen. Und um dies zu tun, werden wir die breitestmögliche Aktionseinheit mit allen Organisationen der Arbeiterbewegung herstellen.

ALLE VERFÜGBAREN ENERGIEN FÜR DIE FREILASSUNG VON STEFANO!

Die Verteidigung Stefanos, die Notwendigkeit eines Gegengutachtens in bezug auf die Tonbandaufnahme, die Solidaritätskampagne zwingen unsere Organisation zu grossen und erneuten finanziellen Ausgaben. Wir rufen deshalb nicht nur jene, die uns laufend unterstützen, sondern alle diejenigen zu einer ausserordentlichen finanziellen Anstrengung auf, denen die Sache der Freiheit am Herzen liegt. Mit Stefano wird in der Tat ein Teil der Freiheit eines jeden Einzelnen von uns in Gefangenschaft gehalten. Wir bitten um Spenden auf das Postscheckkonto Nr. 362642 - 601, U. Arndt, Postscheckamt Frankfurt/M., Stichwort: Freiheit für Stefano

FREIHEIT FÜR STEFANO!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

INTERNATIONALE NACHRICHTEN

SPANIEN

Die spanische Rechte hatte im vergangenen Jahr sehr stark an Terrain verloren. Fraga Iribarnes 'Allianz' halbierte sich bei den Parlamentswahlen, breite konservative Schichten des spanischen Kleinbürgertums gaben der 'Demokratie' das Vertrauen. Relativ unberührt davon haben die Rechten aber zwei wesentliche Stützen ihrer Tätigkeit halten können: ihr guten Beziehungen zum Staatsapparat und ihre Schlägergarden. Im Mai gaben sie in Madrid ein unüberhörbares Lebenszeichen ihrer Existenz.

Schon die gesamte letzte Zeit beherrschten sie das Bild mancher Madrider Bezirke. Sie verteilten Publikationen und hielten Ansprachen. Wer dagegen protestierte, wurde blutig geschlagen. Die Polizei schritt so gut wie nie ein.

Am 29. April wurde ein junger Kommunist von Ultrarechten im Zentrum der Stadt erstochen. Nach einer Polizeirazzia konnte der Täter festgenommen werden. Er braucht aber gewiß mit keiner drastischen Strafe zu rechnen. Schon die Razzia führte die Polizei lediglich deswegen durch, weil sich japanische Touristen über die Provokationen der Nazis beschwert hatten. Die spanische Gerichtsbarkeit arbeitet noch lockerer.

Die Mörder von Atocha, wo Rechtsextreme im Jänner 1976 in ein Advokatenbüro der Arbeiterkommissionen eingedrungen waren und 6 Personen erschossen hatten, erhalten zur Zeit regelmäßigen Hafturlaub. Einer von ihnen flüchtete bereits ins Ausland. Der Untersuchungsrichter, Gomez Chaparro, galt selbst als Mann der Ultrarechten.

Am 2. Mai wollte die Falange einen Marsch auf den "Platz des 2. Mai" (anläßlich des Gedenktages der spanischen Erhebung gegen Napoleon 1808) in die Altstadt unternehmen. Hier dominiert aber normalerweise die Linke, während das Einflußgebiet der Rechten im eleganten Stadtteil Salamanca liegt. Die Polizei verbot den Marsch, wandte sich später aber nicht dagegen, als die Nazis trotzdem in die Altstadt eindrangen. Ein Ordnerdienst der Linken machte dem braunen Spuk jedoch bald ein Ende. Die Faschisten wurden hinausgeprügelt. Das ist auch die einzige Sprache, die sie verstehen: militanter Kampf, in den mehr und mehr die Arbeiterklasse miteinbezogen werden muß!

* * *

Die Gemeinderatswahlen vom 3.April haben der extremen Linken (die radikalen Nationalisten nicht miteinbezogen) einen Zuwachs von 1% im Vergleich zu den Parlamentswahlen vom 1.März dieses Jahres gebracht. Während die extreme Linke am 1.März insgesamt 3,5% der Stimmen erhielt, konnte sie bei den Gemeinderatswahlen 4,5% für sich verbuchen. Die LCR (spanische Sektion des 'Vereinigten Sekretariats') eroberte trotz der 5%-Klausel 26 Gemeinderatssitze: 22 in Euskadi, 2 in Katalonien und je einen in Tauste (Saragossa) und Nerva (Andalusien). Es klingt ein bißchen zu dick aufgetragen, wenn die Schweizer Genossen der RML (Bruderorganisation der GRM) weiters kommentieren: "Im baskischen Fischerstädtchen Ondarroa eroberte sie (die LCR -'p.r!) mit 12% der Stimmen zwei Mandate. In den beiden kleinen Gemeinden Arbizu (Navarra) und Marquina-Echeverria (Vizcaya), wo die Behörden in Dorfversammlungen bestimmt wurden, errang die IV. Internationale ihre ersten europäischen Bürgermeister. Daß die Eroberung solcher Chargen an sich noch wenig bedeutet und einzig als Stimulierung der Kampfkraft der Arbeitermassen eingesetzt werden kann, versteht sich von selbst."

Bedeutend stimulierender als die "ersten europäischen Bürgermeister" der "IV. Internationale" dürfte da schon ein anderes Ereignis gewesen sein. Ende April erklärten 3oo Aktivisten ihren Austritt aus der sozialistischen Partei (PSOE) und schlossen sich der LCR an. Diese oppositionelle Gruppe hatte sich um die Zeitung "La Razon" gebildet, die eine Auflage von beinahe 7.ooo Stück erreichte. Diese Strömung, die sich noch aus der Gruppierung um die Zeitschrift 'Unidad' in Katalonien und dem in Galizien herausgegebenen Magazin 'Socialistas en Loita' zusammensetzte, konzentrierte sich vor allem auf die Arbeit in der SP-Gewerkschaft UGT. Bereits zu den Gemeinderatswahlen hatte sie - noch in der SP arbeitend - mit der LCR zusammengearbeitet und aufgerufen, für ihre Kandidaten zu stimmen. "Wir können mit der LCR über diese oder jene konkrete Frage Differenzen haben, aber sie war die einzige Partei, die nicht zweideutig gewesen ist, die eine klare, systematische Position (zur Klassenzusammenarbeit und zur Frage der Einheit der Arbeiterklasse -'p.r!) behauptet hat, und die eine Alternative bietet."

NAHER OSTEN

"Wenn du Krieg willst, bereite den 'Frieden' vor." Das ist - auf einen Nenner gebracht - das unmittelbare Ergebnis des israelisch-ägyptischen Friedensabkommens für die Palästinenser, für die Bevölkerung in den von Israel besetzten arabischen Gebieten. Während die rechtsradikalen libanesischen Falangisten unter ihrem Kommandanten Haddad und unter dem Schutz des israelischen Militärs die "Unabhängigkeit" ihres 5-1o km breiten Gebietes entlang der israelisch-libanesischen Grenze ausriefen, bombardierten die Zionisten ab dem 23.April tagelang die palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon sowie das Gebiet um die Hafenstadt Tyrus. Die zionistische Aggression forderte allein in den Lagern mehr als 1o Menschenleben.

Am 2.Mai kam es zu Zusammenstößen in der von den Israelis besetzten Stadt Bir-Zeit zwischen den Studenten der dortigen arabischen Universität und militanten Zionisten. In den Städten Ramallah, Jenin und Hebron organisierten Mittelschüler mehrere Demonstrationen. Die schwersten Zwischenfälle ereigneten sich in Bethlehem. Die Studenten der Universität von Bethlehem hatten die israelische Fahne öffentlich verbrannt und die palästinensische Fahne gehißt. Das veranlaßte die israelische Armee einzugreifen. Mit Tränengasgranaten trieb sie die Studenten auseinander. Die Universitäten von Bethlehem und Bir-Zeit wurden daraufhin von den Militärbehörden für vier Tage geschlossen. Am 7.Mai erließ der Militärgouverneur eine Ausgangssperre über das Flüchtlingslager Jalazoun in der Nähe der Stadt Ramallah. Zwei Tage später wurde auch das Lager Aida bei Bethlehem in die Ausgangssperre miteinbezogen. Die Insassen von Jalazoun durften bis auf Mehl keine anderen Lebensmittel empfangen. Nach zwölf Tagen sahen sich die Militärs dann gezwungen, aufgrund der unhaltbaren Situation und der zunehmenden Spannung in diesem Lager die Ausgangssperre wieder aufzuheben. Die Universität von Bir-Zeit blieb auch die dritte aufeinanderfolgende Woche gesperrt.

Die zionistischen Übergriffe und Provokationen nahmen auf breiter Ebene zu. In Bir-Zeit wurden auf Anordnung der Armee mehrere Geschäfte geschlossen, weil sich deren Besitzer geweigert hatten, jene Jugendlichen der Polizei anzugeben, die die Wagen einer zionistischen Siedlerkolonne mit Steinen beworfen hatten. In diese zionistische Gewalttätigkeit reiht sich reibungslos der Vorwurf von Ahmed Ajoua ein, während seiner 5-monatigen Haft vom israelischen Geheimdienst gefoltert worden zu sein. Nachdem sich die Klagen über Folter und schlechte Behandlung in den israelischen Gefängnissen häuften, haben die zionistischen Behörden wieder einmal eine Überprüfung dieser Vorwürfe angekündigt...

CHINA

Nachdem die Kampagne zur Kritik an der 'Viererbande' und zur Einschränkung der Rolle Mao Zedongs für Deng einigermaßen erfolgreich verlaufen ist, verschärfen die Bürokraten kontinuierlich die politische Repression. Wandzeitungen dürfen nicht mehr veröffentlicht werden. Die "Mauer der Demokratie", an der die Wandzeitungen angeschlagen wurden, im Zentrum Pekings, wurde außer 'Dienst' gestellt. Wei Jing Sheng, der Gründer der oppositionellen und illegalen Zeitschrift 'Tansu' ('Nachforschungen'), wurde verhaftet. Ren Wanding, der die 'Vereinigung für die Menschenrechte' ins Leben rief, wurde ins Gefängnis geworfen. Ebenso Fu Tuehua, die Sprecherin der armen Bauern, die unter dem Fenster Hua Guofengs demonstrierten. Offizielle Zirkulare, die von den 'Revolutionskomitees' in Schanghai und in Peking herausgegeben wurden, untersagen jede öffentliche Kritik am Regime, an seinen Führern, an seiner Ideologie, an der Rolle Mao Zedongs usw. Als Reaktion darauf entwickelt sich eine demokratische Bewegung, die gezwungen ist, illegal zu arbeiten. Die Gruppierung um die Zeitschrift 'Tansu' ist eine der aktivsten und radikalsten in der demokratischen Bewegung. In 'Tansu' vom 25. März 1979 legte diese Gruppe unter der Frage "Demokratie oder neue Despotie?" ihre grundsätzliche Position zum aktuellen China vor. "Das Volk muß darüber wachen, daß sich Deng nicht in einen Despoten umwandelt. Seitdem er 1975 an die Macht zurückgekommen ist, hat er den Eindruck erweckt, mit dem Despotismus Mao Zedongs zu brechen, die Interessen des Volkes in Betracht zu ziehen. (...) Aber heute hat er die Maske der Demokratisierung abgelegt und unterdrückt die Volksbewegung für die Demokratie.... Er verdient nicht mehr das Vertrauen und die Unterstützung des Volkes ...", und weiter "Wenn das Volk die Regierung und seine Führer reformieren will, um

aus ihnen Diener des Volkes zu machen, ist es zuallererst notwendig, sich der Macht der Ernennung und Kontrolle zu versichern. Diese Macht der Wahl und Absetzung muß geschützt werden. Nur so, auf der Basis des allgemeinen Wahlrechts, wird es keine Betrügereien geben."

* * *

Kaum beachtet, ist in den Monaten April/Mai eine neue Tendenz in der Außenpolitik Chinas sichtbar geworden, deren Bedeutung heute jedoch noch nicht abzuschätzen ist. Zum ersten Mal seit dem Bruch Chinas mit der Sowjetunion schlägt die chinesische Führung der Sowjetunion die Aufnahme von Verhandlungen vor, ohne sie mit der bis dahin üblichen Vorbedingung des Rückzugs der an der chinesischen Grenze konzentrierten sowjetischen Truppen und der Bereinigung des chinesisch-sowjetischen Grenzkonflikts zu verbinden. Zwar verlautete Deng Xiaoping skeptisch, daß sich die Beziehungen zur Sowjetunion nur dann verbessern könnten, wenn diese bereit sei, ihre "hegemoniale und sozialimperialistische Politik" aufzugeben. Andererseits erklärte er, daß die Sowjetunion zuallererst die USA, dann Japan und erst in dritter Linie China bedrohe.

Im Zuge eines beiderseitigen Austausches diplomatischer Schreiben soll die chinesische Führung der Sowjetunion u.a. die Diskussion über die Normalisierung der Beziehungen zwischen ihren beiden Ländern vorgeschlagen haben. "Die Verhandlung sollte die Formulierung der Prinzipien miteinschließen, auf die sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern begründen sollten, weiters die Eliminierung der Hindernisse für eine Normalisierung ihrer Beziehungen so wie die Fragen, die die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen, des wissenschaftlichen, technologischen und kulturellen Austausche auf einer Grundlage der Gleichheit und des beiderseitigen Vorteils betreffen." Deng gibt als Begründung für diese Initiative das Auslaufen des 1950 geschlossenen chinesisch-sowjetischen Freundschaftsvertrags im April 1980 an.

ENGLAND

Dem großen Wahlsieg der Konservativen ging gleichsam symbolisch die Ermordung eines Antifaschisten durch die Polizeischläger der 'Special Patrol Group' voraus. Die Faschisten der 'National Front' hatten für Montag, den 23. April eine Wahlveranstaltung in Southall - einem Vorort Londons - angekündigt, die nur als Provokation verstanden werden konnte. Denn Southall ist mehrheitlich von asiatischen Einwanderern, vor allem aus Pakistan kommend, bewohnt. Die asiatische Gemeinschaft von Southall organisierte daraufhin am Vortag eine Demonstration, um einen 12-stündigen Generalstreik gegen diese Veranstaltung für Montag vorzubereiten.

Am Montag war dann ganz Southall von Mittag an durch diesen Generalstreik lahmgelegt. Als Polizeieinheiten versuchten, die sich bildenden Gruppen von Antifaschisten zu zerstreuen, setzte die Auseinandersetzung ein. Die Behörden hatten berittene Polizei, die Spezialtruppe 'Special Patrol Group', sowie tausende andere 'nicht spezialisierte' Polizisten in diesem Bezirk konzentriert. Ein gewaltiger Schutz für eine Faschisten-Veranstaltung, an der sich 59 (!) Personen beteiligten. Die Polizei leistete ganze Arbeit! 40 Antifaschisten wurden verletzt, 340 wurden festgenommen. Ein Antifaschist blieb auf der Stätte der Auseinandersetzungen zurück. Der 32-jährige, aus Neuseeland eingewanderte, Blair Peach - Gewerkschaftsfunktionär und Mitglied der 'Anti-Nazi-Liga' - starb an den Knüppelschlägen der Polizisten, die auf ihn, obwohl er am Boden lag, erbarmungslos eindroschen.

Müßte man nicht angesichts dieser tragischen Ereignisse als Vertreter und Verteidiger der Losung "Verbot der Faschisten" konsequenterweise einen Schritt weiter gehen und hinzufügen "Verbietet die Polizei"?

Frankreich

Während die Polizei auf jeden, der sich gegen Polizeiterror und Arbeitslosigkeit wehrt, eindrischt, steht im Hintergrund die Klassenjustiz, die die Polizeitaktik der Regierung Barre 'abrundet'. Nach den Straßenschlachten des 23. März machte die Justiz insgesamt 48 Genossen den Prozeß. Der 19-jährige Student Phillippe Duval wurde zu drei Jahren Gefängnis - davon 17 Monate unbedingt - verurteilt. Der 21-jährige Arbeitslose Jean-Luc Fouqueray erhielt eine Haftstrafe von 2 Jahren, darunter ein Jahr unbedingt. Weiters wurden 8 Mitglieder der 'Anarchistischen Föderation' zu bedingten Haftstrafen verurteilt. Drei andere Genossen der gleichen Organisation müssen einen Monat im Gefängnis absitzen.

In einigen Fällen hatte das Gericht höhere Strafen ausgesprochen, als es der Ankläger verlangt hatte. Das war z.B. der Fall bei dem 18-jährigen Mittelschüler Gilles Desraisses und dem 22-jährigen Spitalsangestellten Pierre Legal, die beide zu 15 Monaten Gefängnis, davon 8 Monate unbedingt, verurteilt worden sind. Nach dem 1.Mai in Paris wurden neuerlich fünf Genossen vor Gericht zitiert, weil sie sich gegen Polizeiattacken gewehrt hatten. Im Zuge der von der Polizei provozierten Straßenschlacht warfen die Schläger der CRS mehrere Tränengasgranaten in einen U-Bahnschacht, in den sich eine Schar von Demonstranten vor der Polizei geflüchtet hatte. Vor diesem Hintergrund zeigt sich die Festnahme von fünf Genossen als eine weitere gezielte Provokation der Behörden. Jetzt fordert auch schon die in dieser Beziehung sehr reservierte KPF die Freilassung aller Angeklagten, da die fortschreitende Willkür der Justiz immer weniger ignoriert werden kann.

Terror gegen Gewerkschaft

Vor zwei Wochen wurden in <u>Eritrea</u> 15 Arbeiter von der äthiopischen Besatzungsarmee zum Tode verurteilt und hingerichtet. Mehr als hundert weitere Gewerkschaftsfunktionäre warten in den Gefängnissen auf ihre Hinrichtung.

Mehr als 20 der zum Tode Verurteilten sind Transportarbeiter. Die eritreische Gewerkschaftsbewegung, eine der ältesten in Schwarz-Afrika, steht mit an der Spitze des Befreiungskampfes, der von Äthiopien blutig unterdrückt wird.

In <u>Tunesien</u> sitzen seit über einem Jahr dutzende Gewerkschaftsfunktionäre in Gefängnissen oder Straflagern, die meisten sind wegen eines Generalstreiks zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Auch unter ihnen befinden sich mehrere Funktionäre der Transportarbeitergewerkschaft.

Auch in <u>Malaysia</u> erfährt die Gewerkschaft seitens der Regierung und der Unternehmer Repression. Zwischen der Gewerkschaft AEU und dem Management der nationalen Fluglinie MAS führten die unerträglichen Arbeitsbedingungen in der malayischen Zivilluftfahrt zu Auseinandersetzungen. Die Gewerkschaft kämpfte gegen eine kollektiv-vertragliche Arbeitszeit von 16 Stunden. Die Verhandlungen scheiterten, und mehr als 800 Mitglieder der Gewerkschaft wurde von Staats wegen die Mitgliedschaft aberkannt. (In Malaysia muß die Tätigkeit einer Gewerkschaft vom Staat anerkannt - registriert-werden.) 30 führende Funktionäre der Gewerkschaft wurden ohne richterlichen Haftbefehl auf unbestimmte Zeit interniert und nur aufgrund der internationalen Solidarität wieder freigelassen.

PERU

Zu gewaltsamen Ausschreitungen von Seiten der Polizei kam es Anfang Februar in der Chromotex-Textilfabrik im Industriegürtel von Lima. (250 Arbeiter, 70 Angestellte) Seit Oktober waren nur mehr 50% der Löhne ausbezahlt worden. Ende des Jahres 78 sollten nun sämtliche Arbeiter entlassen werden. Der Kapitaleigner, der Chilene Antonio Musiris, gedachte Chromotex zu schliessen und den gesamten Maschinenpark in eines seiner ertragreicheren Unternehmen zu integrieren. Am 28.Dezember wurde die Fabrik von den Arbeitern besetzt, Wach-und Streikposten errichtet und die Versorgung mit Nahrung organisiert. Die Gewerkschaften der übrigen Industriebetriebe dieser Zone unterstützten den Kampf durch Solidaritätsaufrufe. In einer Gerichtsverhandlung wurden die Arbeiter bezichtigt, die Maschinen zerstört zu haben. Während einer Betriebsbesichtigung unter massivem Polizeischutz stellte sich die Unrichtigkeit dieser Behauptung heraus. Die Reaktion darauf war prompt. Auf Grund seiner Beziehungen zur Militärregierung und zur Justiz gelang es dem Anwalt des Unternehmers (Bedoya, er ist Parteiführer der reaktionären PPC/ Christliche Volkspartei), unter einem anderen Richter eine neuerliche Verhandlung zu erreichen. Es wurden Haftbefehle an alle an der Besetzung Beteiligten ausgestellt und die gewaltsame Räumung der Fabrik angeordnet. Am 4.Februar fand eine Polizeiaktion unvorstellbar brutalen Ausmaßes statt. 10 Panzer mit etwa 1000 Polizisten eines Sonderkommandos eröffneten das Feuer auf die unbewaffneten Arbeiter. Zwei der Streikenden wurden getötet, zwei weitere erlagen in der Folge ihren Verletzungen. 60 Verhaftete, 15 davon gelten als 'verschollen' - das Fazit.

Ungarn:
Nichts Neues im Osten...

In Nennings 'Neues Forum' Nr. 305/306 (im folgenden als NF abgekürzt) wird ein Interview wiedergegeben, das der Londoner Journalist Oliver MacDonald mit dem ungarischen oppositionellen Dichter und Soziologen Miklos Haraszti für die Zeitschrift 'Labour Focus on Eastern Europe' führte. Haraszti wurde vor allem durch sein Buch "Stücklohn" (Berlin 1975, Rotbuch) bekannt , das die Arbeitsbedingungen des ungarischen Proletariats beschreibt. Schwierigkeiten mit den ungarischen Behörden bekam er schon 1968, als er wegen seiner Mitarbeit in einem Solidaritätskomitee für Vietnam (!), das unter dem Einfluss von mit dem Maoismus sympathisierenden Genossen stand, von der Universität relegiert wurde. Später wieder zugelassen, 1970 wegen dem Schreiben und Veröffentlichen von Gedichten neuerlich relegiert, begann er in einer Traktorenfabrik zu arbeiten, schon mit dem Plan, seine Erfahrungen zu veröffentlichen. Dass er dieses Manuskript unter seinen Freunden verbreitete war der Grund für seine Verhaftung und bedingte Verurteilung im Jahre 1973. Dabei wurde als mildernder Umstand angeführt, "dass ich das Buch nur anderen Intellektuellen und nicht den unmittelbar Betroffenen (!) gezeigt habe" (NF 305/306 S. 36). Haraszti lebt seit Februar 1978 in Westberlin.

Haraszti bringt in das Interview sehr viel von seinen persönlichen Erfahrungen ein, interessant wird es aber dort, wo er die Situation der kleinbürgerlichen intelektuellen Opposition (Bürgerrechtsbewegung, Helsinkigruppen etc.) und ihr Verhältnis zum Proletariat schildert. Hier bringt er durchaus Einschätzungen, die einer Diskussion wert sind. Die Bürgerrechtsbewegung sieht Haraszti nicht oder nicht nur als Reaktion auf Helsinki. Vielmehr sieht er eine Wende, eine ideologische Wende als Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen in den deformierten Arbeiterstaaten, die sich in einer Betonung der Menschenrechte und in einer Abwendung von ausgesprochen marxistischen Orientierungen vollzieht.

Haraszti: "... diese sich industrialisierender Gesellschaften gehen von sogenannten extensiven Methoden zu intensiven Methoden der Ökonomie über. Um es mit anderen Worten zu sagen: es ist nicht mehr möglich, die ökonomischen Ziele nur politisch zu bestimmen und die Erfüllung dieser Ziele mit den Mitteln terroristischer Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung durchzuführen. Wie man jetzt auch in China sehen kann, muss die politische Elite die neue Mittelklasse, Produkt der staatlichen Industrie und Kultur, mit einbeziehen und ihre Bedürfnisse befriedigen. Das monolithische System kann nicht ohne Kompromisse mit diesen Schichten leben. Das ist der Hintergrund aller Arten von Entstalinisierung. Eine gewisse Rechtssicherheit, Konsumanreize und Dezentralisierung sind der Preis für die weitere Partizipation dieser neuen Mittelklasse. Sie steckt in der Staatsmaschinerie, die die totale Kontrolle über die Arbeiterklasse ausübt."

Weiter unten spricht Haraszti davon, dass auch das der Grund für die relative Ruhe in Ungarn ist. Die Opposition in Ungarn beruft sich auf kein geschlossenes ideologisches System, hat keine Unterstützung in der Arbeiterklasse und nur geringe Unterstützung in der Intelligenz. "Das heisst nicht, dass die Intelligenz im allgemeinen zufrieden ist mit den vorhandenen Möglichkeiten. Aber sie zögern, sich bei offenen Protesten zu engagieren, weil sie den gegebenen Spielraum der Halbfreiheit nicht gefährden wollen. Sie möchten einfach, um es pragmatischer zu sagen, ihre Privilegien erhalten."

Jedenfalls geht Haraszti vom kleinbürgerlichen Klassencharakter der Opposition aus - der er sich zugehörig fühlt - und sieht daher als Perspektive die gesellschaftliche Integration dieser Schichten in höherem Masse in den Staatsapparat und kommt zum Schluss: "Möglicherweise waren die staatlichen Abkommen von Helsinki eine gute Gelegenheit, die Forderungen in Form (von uns hervorgehoben) von Menschen- und Bürgerrechten vorzubringen. Es war auf jeden Fall, unabhängig vom unmittelbaren Anlass, unvermeidlich." Erst aus dieser Analyse ergibt sich für Haraszti der Stellenwert der demokratischen Forderungen der ungarischen Opposition. So etwa die Position Hegedüs' zur Pluralismusdebatte in der ungarischen Samisdatliteratur. Hegedüs (vor 1956 Ministerpräsident, später Leiter des statistischen Zentralamtes, unter Kadar, Ende der 60er Jahre in Ungnade gefallen) verbindet das Einparteiensystem, ohne es in Frage zu stellen, mit einem Pluralismus anderer Organisationen. Diese sollen keinen Parteicharakter, sondern die Funktion haben, auf Partei und Staatsapparat Druck auszuüben. Wenn auch andere Autoren der Samisdatliteratur sich nach wie vor zum Sozialismus bekennen, so ist die Vermutung nicht unbegründet, dass mit diesen Positionen der Ausgleich mit dem System gesucht werden soll, ausgehend von den kleinbürgerlichen Klasseninteressen der Intelligenz und den Interessen der Staatsbürokratie. Interessen, die nach Haraszti nicht subjektiv identisch sind, durch die Entwicklung der Gesellschaft aber zur Deckung kommen werden.

"Sie (die herrschenden Kreise - 'p.r.') werden dann die Demokratie 'wählen', wenn ihre eigene Schöpfung, der poststalinistische Staat, sie nicht mehr ernähren kann. Dann werden die Menschenrechte als leere Herrschaftslegitimation akzeptiert sein, und wir (die Oppositionellen - 'p. r.') werden ungefähr dieselben Probleme haben wie radikale Demokraten im Westen, die mit den immensen Kräften konfrontiert sind, die in einer Industriegesellschaft die Freiheiten einschränken."

Selbst wenn also Haraszti realistisch genug nicht daran glaubt, dass nach diesem 'Ausgleich' alles Friede, Freiheit, Sozialismus ist, sieht er doch nicht, dass auch das Proletariat eine 'Rolle' zu spielen vermag. Und leider wurde er durch den Zustand der westlichen Linken in dieser seiner Überzeugung nicht erschüttert. Harasztis Äusserungen zeigen sehr deutlich starke Tendenzen innerhalb der Opposition in den deformierten Arbeiterstaaten. Vor allem in Ungarn, das traditionell ein Agrarland ist, zeigen sich diese rückständigen Tendenzen fast 'chemisch rein'. Dort, wo es keine kämpfende Arbeiterklasse gibt, oder auch keinen stark spürbaren Konkurrenzdruck des Imperialismus direkt vor der 'Haustür', anders als in Polen oder der DDR, werden Phänomene wie stärkere Industrialisierung stark überschätzt. Die Opposition macht aus gewissen ökonomischen Vorgängen eine generelle Entwicklung des Stalinismus. Vernachlässigt werden die Erfahrungen, die man etwa anhand der UdSSR machen kann, wo nach dem Stand der Landwirtschaft, je nach Rekord- oder Missernte, die gesamte Wirtschaftspolitik umgestellt wird. Vernachlässigt wird die Erfahrung des Schwankens zwischen Autarkie, 'Sozialismus aus eigener Kraft' sozusagen, und Kampf um günstige Beziehungen zum Weltimperialismus zwischen den Arbeiterstaaten. Betrachtet man wie Haraszti nur einen gewissen Grad an Industrialisierung, dann kann man zu dem Ergebnis kommen, dass das, was er als "neue Mittelklasse" bezeichnet, wirklich in der Planung einen grösseren Stellenwert bekommt. Prämien, gestaffelte Löhne und ähnliches gehören lange schon zum Instrumentarium der Stalinisten. Trotzdem würde man Haraszti nicht gerecht, würde man dabei stehen bleiben zu behaupten, er reklamiere die Ideen der Stalinisten für die Opposition, er wolle nur eben mehr, als das Regime zugesteht.
Es geht eben nicht nur um materielle Anreize, sondern auch um politische Freiheiten und Macht. Und hier muss die Kritik ansetzen. Die Opposition geht eben von der Erfahrung aus, dass die Intellektuellen 'gebraucht' werden, dass sie sich daher besser verkaufen können als etwa Arbeiter oder Bauern. Und daraus entsteht dieses Suchen nach einem politischen Ausgleich mit dem stalinistischen System, das im Interview anklingt.
Verstärkt wird dieser Fehler durch das Fehlen eines geschlossenen ideologischen Systems, auf dem die Opposition stehen könnte, durch das Fehlen des marxistischen Gedankenguts. Die Illusion, dass ein Techniker nicht nur mit mehr Geld, Urlaub etc., sondern mit mehr Selbstverwaltung bezahlt wird, ist gross. Es wird so kommen, meint Haraszti, zwangsläufig, gesetzmässig, und er fasst die ganze Schwäche seiner Aussagen am Schluss noch einmal zusammen: die Opposition werde dann so dastehen wie die radikalen Demokraten im Westen. Letztlich spricht ein tiefer Pessimismus aus diesen Schlüssen. Alles läuft auf dasselbe hinaus, die Arbeiterklasse kämpft nicht, die Herrschenden gewähren Demokratie, um nicht vor die Hunde zu gehen, und nur so viel, wie sie gerade kontrollieren können. Das intellektuelle Kleinbürgertum steht auf den verlassenen Barrikaden der radikalen Demokratie... Im Osten, im Westen ...nichts Neues.

Haraszti gibt eine resignative Stimmung innerhalb der Opposition wider, resignativ vielleicht nicht subjektiv, viele sind ehrliche, überzeugte Militante. Ähnliche Stimmungen sind auch bei 'uns' nicht unbekannt, und dagegen anzukämpfen gehört wohl zu den vordringlichsten Aufgaben der Revolutionäre. ●●

Zur Diskussion mit der SOAK:
Die Permanente Revolution und der Klassencharakter Kambodschas

Es ist erfreulich, wie der Diskussionsprozess zu diesem Thema die tieferliegenden Ursachen für die Argumentationslinie der SOAK in dieser Frage freigelegt hat. War in der Nr. 12 der 'Sozialistischen Aktion' nicht ersichtlich,woraus E. D. schloss, dass die vorgenommenen Kollektivierungstendenzen und Nationalisierungsmassnahmen keinen Hinweis auf ein planwirtschaftliches Gefüge geben würden, 'und waren die Kriterien für die Bestimmung der asiatischen Produktionsform in Kambodscha noch recht oberflächlich und nicht im gesamtgesellschaftlichen Rahmen gesehen, erfahren wir in der Nr. 13 der 'Sozialistischen Aktion' doch schon viel mehr über die politische Methode, die E. D. zu seiner Einschätzung bringt. Eine der Kernstellen des Artikels sei vorerst zum näheren Verständnis zitiert:

Der Begriff Arbeiterstaat ist nach Meinung der SOAK nur anwendbar auf Staaten, "die aus einer von der Arbeiterklasse geführten sozialistischen Revolution (Russland), aus einer durch die Einbindung ihrer führenden politischen Kader in die internationale Arbeiterbewegung - wenn auch nur in entarteter stalinistischer Form, bzw. den offenen Druck des Imperialismus eine Dynamik in Richtung Sozialismus entwickelnden antiimperialistischen Revolution (China, Vietnam, Korea, Kuba), oder aus einer durch die Bürokratie eines Arbeiterstaates einem anderen Lande mehr oder weniger aufoktroyierte 'Revolution von oben' (osteuropäische Staaten) hervorgegangen sind." ('Sozialistische Aktion', Nr. 13)

Die Revolution Kambodschas stellt daher für E. D. keinen Analogiefall zu irgend einer anderen Revolution dar, die die Errichtung eines (deformierten) Arbeiterstaates mit sich brachte, woraus abgeleitet werden muss, dass die KP Kambodschas nicht in genügendem Masse in die internationale Arbeiterbewegung eingebettet war und die Dynamik,die in China, Korea, Kuba und Vietnam durch den Druck des Imperialismus ausgelöst worden war, in Kambodscha nicht zum Tragen gekommen war. Beweise für diese Annahme blieben uns die Genossen allerdings schuldig. Jeder politisch einigermassen Interessierte wird sich daran erinnern, sowohl in der bürgerlichen wie auch in der linken Presse über die engen Verknüpfungen der kambodschanischen stalinistischen Bürokratie vorerst mit dem Kreml, später mit Peking, gelesen zu haben. Die Gründer und Führer der Khmer-Rouge-Bewegung waren Mitglieder der indochinesischen und französischen KP, und hatten in enger Zusammenarbeit mit der vietnamesischen KP den Guerillakrieg gegen den amerikanischen Imperialismus zum Sieg geführt.

Als im Frühjahr 1967 der Bürgerkrieg zwischen den von der KP angeführten Guerillaeinheiten und den Regierungstruppen Sihanouks (bzw. des durch einen Putsch an die Macht gekommenen Lon Nol) begonnen hatte, wurden die Guerillatruppen durch unter KP-Führung stehende Einheiten der Vietnamesen massiv unterstützt - von politischer Isolierung der kambodschanischen KP kann also nicht die Rede sein.

Als 1970 während des Bürgerkriegs die USA versuchten durch ein Bombardement und den Einmarsch ihrer Truppen das gefährdete Marionettenregime Lon Nols zu retten, war die durch den Bürgerkrieg ohnedies geschwächte kambodschanische Wirtschaft am Ende. "Zwischen 1970 und 1973 fielen mehr als 400.000 Tonnen Bomben auf Kambodschas Erde. Während des fünfjährigen Bürgerkrieges wurden 600.000 Menschen getötet, und eine gleiche Anzahl verwundet, bei einer Bevölkerung von 7 Millionen. Hunderte Dörfer wurden zerstört.

Das systematische Bombardieren des Verkehrs-, Transport-und Bewässerungsnetzes und das Schlachten hunderttausender Zugtiere ruinierte die kambodschanische Wirtschaft. Millionen von Flüchtlingen wurden in die Städte getrieben. Pnom Penh schwoll von 600.000 auf 3 Millionen an. Die Industrieproduktion war mehr als auf die Hälfte reduziert... Mit typisch imperialistischer Brutalität stellte Washington, als der Fall Lon Nols unbestreitbar feststand, seine Reislieferungen ein." (aus: 'Intercontinental Press' 26. Feb. 1979, S. 180) Wieviel mehr Hunger, Krankheit und Tod sind nach Meinung E. D.s notwendig, um von einem "ausreichenden imperialistischen Druck" sprechen zu können?

Noch ein weiterer Punkt ist für die SOAK "unabdingbare Voraussetzung", um sinnvollerweise von einem - wenn auch durch die ökonomische Rückständigkeit und die stalinistische Führung - deformierten Arbeiterstaat sprechen zu können... nämlich die Existenz eines "gewichtigen kapitalistischen Sektors in der vorrevolutionären Wirtschaft" - und damit verbunden "einer entwickelten Arbeiterklasse", die zwar nicht den grössten Teil der Bevölkerung ausmachen, aber doch "aktiv am revolutionären Prozess und an der Schaffung der Grundlagen des neuen Systems (zumindest während gewisser Phasen)" teilnehmen muss.

Hier erachtet es der Autor nicht für notwendig, seine Behauptungen entweder durch historische Beispiele oder methodisch marxistische Argumentation abzusichern. Es drängt sich die Frage auf, wieviel Prozent der Wirtschaft seiner Meinung nach rein kapitalistisch geführt werden müssen, wie gross der Anteil des Proletariats sein muss, um die für einen, wenn auch deformierten Arbeiterstaat notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Wir glauben, dass es methodisch falsch ist, die Möglichkeit einer Revolution vom Charakter der chinesischen, vietnamesischen oder kubanischen,zum einen von der aktiven Beteiligung der Arbeiter und zum anderen von der Existenz eines "gewichtigen kapitalistischen Sektors" ableiten zu wollen. Alle Revolutionen, mit Ausnahme der von 1917, waren nach einer Niederlage der Arbeiterklasse durchgeführt worden, und darin liegt auch der spezifische Charakter der unter kleinbürgerlicher (stalinistischer) Hegemonie ausgeführten antiimperialistischen Revolutionen. Voraussetzung für die Errichtung eines deformierten Arbeiterstaates ist immer die Niederlage des Proletariats, unabhängig von seiner absoluten oder relativen Stärke. E. D. scheint dagegen von der falschen Annahme auszugehen, dass stalinistische Bürokraten unter dem Druck der Massen gezwungen werden, antiimperialistische Massnahmen zu setzen, die bürgerliche Herrschaft zu stürzen, aber dann im rechten Moment den Gang der Revolution erfolgreich hemmen können, um ihre eigene bürokratische Herrschaft errichten zu können. Das aufmerksame Studium der Schriften Peng Shu Tse's hätte E. D., zumindest was den Ablauf der chinesischen Revolution betrifft, Aufschluss geben können. Auch in China war die politische und militärische Entwaffnung des Proletariats Voraussetzung für die Errichtung stalinistischer Herrschaft gewesen, und es hatte weder des Drucks der Arbeiter noch der Bauern bedurft,um die KPCh zu "motivieren" den japanischen Imperialismus zu bekämpfen und schliesslich zu schlagen. Vielmehr war es die Schaffung der bürokratischen Existenzgrundlage, die im Kampf gegen den Imperialismus auf dem Spiel stand und um die von Seiten der KP gekämpft wurde. Stalinistische Politik ist im wesentlichen immer als eine auf den Imperialismus reagierende zu verstehen, die solange es möglich ist, nach Kompromissen Ausschau hält und erst angesichts der imperialistischen Offensive den Kampf um die eigenen Interessen aufnimmt und zwar nur um die eigenen Interessen. Nur so ist das Entstehen der osteuropäischen Arbeiterstaaten zu verstehen, erst so wird klar, was "friedliche Koexistenz" wirklich bedeutet.

Sobald dieser wesentliche Aspekt der bürokratisierten Arbeiterstaaten und ihrer Revolution verlorengeht, befindet man sich rasch in unmittelbarer Nachbarschaft mit jenen, die in der Errichtung eines deformierten Arbeiterstaates einen relativen Fortschritt sehen, und dabei übersehen, dass die Niederlage des Proletariats, die der kleinbürgerlichen Revolution vorangeht, die Errungenschaften gegenüber dem Imperialismus (Nationalisierungen von Betrieben und Land, Aussenhandelsmonopol...) völlig relativiert.

Gerade jener Aspekt der Mandel'schen Analyse zum Konflikt in Südostasien ('Intercontinental Press' Nr. 13, 1979), nämlich die Einschätzung, dass "für einen Marxisten die Ursprünge der Eigentumsverhältnisse sicherlich weniger wichtig sind als ihre Inhalte", wird von E. D. zu Unrecht kritisiert. Völlig richtig geht Mandel vom Standpunkt der historischen Realität an die Frage heran und löst sich von den schematischen Lehrsätzen des "Nachkriegstrotzkismus", der die Einschätzung der Machtverhältnisse in einem Staate davon abhängig machte, ob es eine "kollektive revolutionäre Praxis der Arbeiterklasse" gibt. Ein derartiges Kriterium in den Mittelpunkt der Analyse zu stellen, führte letztendlich zu der Einschätzung, dass eine Reihe der Ostblockstaaten, dass Kuba und China keine Arbeiterstaaten seien, d.h. politisch und ökonomisch qualitativ nicht der Sowjetunion gleichen; wir erinnern daran, dass der entscheidende Generalstreik, zu dem die Castristen aufgerufen haben, von der KP-Kubas und damit von den Industriearbeitern boykottiert wurde. Wir erinnern an die Ereignisse des Jahres 1927 in China, als die Avantgarde des chinesischen Proletariats in Shanghai von Kuomintang-Einheiten niedergemetzelt wurde, und die KPCh den Einfluss proletarischer Schichten in ihren Reihen auf Null reduzierte. Trotzdem gelang es,die bürgerliche Herrschaft in China zu stürzen.

Der in diesem Zusammenhang stets vorge-

brachte Hinweis, dass Kuba, China, Korea und Vietnam die Unterstützung der SU zum Aufbau ihrer Herrschaft und Wirtschaft brauchten, kann allerdings nichts an der grundsätzlichen Einschätzung ändern, dass die Bourgeoisie unterentwickelter Länder auch ohne die aktive Mithilfe des Proletariats und ohne "Rote Armee" zu stürzen ist.

Auch Albanien und Kambodscha, extrem unterentwickelte Länder, benötigten die Unterstützung etablierter Bürokratien beim Aufbau ihrer, wenn auch sehr schwachen planwirtschaftlichen Strukturen. Und dass es diesen Aufbau in Kambodscha gab und gibt, dafür sprechen die Wiedererrichtung ehemals französischer Firmen, (siehe dazu Details aus den einschlägigen Artikeln in der 'Intercontinental Press') und die Verwendung agrarischer Überschüsse für neue Industrieprojekte. Verknüpft damit ist, wie in jedem anderen Arbeiterstaat der Welt die Beteiligung des Proletariats beim Aufbau der neuen Wirtschaft (Proletariat heisst in diesem Zusammenhang natürlich vor allem neu proletarisierte Bauernschichten, die nach jeder Revolution in unterentwickelten Ländern den wesentlichen Anteil der städtischen Arbeiterklasse stellt).

Dass Kambodschas Wirtschaft nicht mit der asiatischen Produktionsweise zu vergleichen ist, dafür sprechen auch die Angaben der Autoren George C. Hildebrand und Gareth Porter in: 'Cambodia, Starvation and Revolution', New York Monthly Review Press, 1976, die darauf hinweisen, dass die agrarische Produktion Kambodschas auf der Grundlage des Familienbetriebes basierte, d.h. auf Kleinprivatbesitz, während das Pol Pot-Regime gerade diese uralte Produktionsform zerstörte, indem es jede Form von Privateigentum radikal beseitigte und die Bauern in agrarische staatliche Kollektive zwängte (agrarische Produktionsform war nicht in allen Teilen Asiens durch Fehlen von Privateigentum gekennzeichnet, überall gab es Mischformen, Übergangsformen des Gemeindebesitzes und des Kleinprivatbesitzes - worauf sowohl bei Marx wie auch bei Wittfogel hingewiesen wird.).

Weiters bleibt bei E.D. ungeklärt; warum ein Regime, das angeblich durch seine nationale Abgeschlossenheit in der Lage ist, die uralte asiatische Produktionsweise mit all den damit verbundenen sozio-ökonomischen Implikationen wieder zu beleben, d.h. die kapitalistische Überlappung abzustreifen und auf die tragende Wirtschaftsform des Landes zurückzugreifen, so grosses Interesse am Wiederaufbau der kambodschanischen Industrie zeigte, war es doch gerade ein wesentliches Merkmal der hydraulischen Produktionsform, ein in sich geschlossenes, statisches-stagnierendes Wirtschaftssystem zu sein, das den Umschlag von agrarischen Werten auf Industrialisierung nicht nötig hatte.

Im Zeitalter des Imperialismus gibt es jedoch, wie wir wissen, keine Wirtschaft, die überleben könnte "ohne Flughäfen, ohne ein Tele-Verbindungsnetz, Hafeneinrichtungen, Reparaturwerkstätten, Elektrizitätswerke, Waffendepots, ein Minimum an Teilindustrie für landwirtschaftliche Geräte." ('Intercontinental Press', 9. April 1979, S. 336)
"Determinismus" sehen wir hier weniger bei Mandel, sondern bei E. D., der nicht gesellschaftliche Resultate beurteilt, sondern den Ursprung und von da erst den Charakter einer zu beurteilenden Wirtschafts- und Sozialstruktur ableitet. Wird als Ursache für das Entstehen eines deformierten Arbeiterstaates nicht die vorhergehende Niederlage des Proletariats bestimmt, sondern eher die Unterbrechung eines Prozesses, den es gilt weiterzutreiben, muss der qualitative Unterschied zwischen einem revolutionären und einem deformierten (degenerierten) Arbeiterstaat aus dem Blickfeld geraten - und der bürokratisierte Arbeiterstaat fälschlicherweise als günstiger Ausgangspunkt oder Übergang einer linearen Hinentwicklung zum Sozialismus erscheinen.
Gestützt auf Interpretation statt auf materialistische Analyse der tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge, nimmt sich E. D. die Möglichkeit auf völlig neue Erscheinungsformen der Klassenherrschaft und des Klassenkampfes einzugehen.
Die Tatsache, dass es auch dem Kleinbürgertum gelingt, den Sturz der Bourgeoisie zu bewerkstelligen ist neu gewesen und hat namhafte Trotzkisten dazu verleitet, von deformierten bürgerlichen Staaten zu sprechen als es schon offensichtlich war, dass ein Staatengebilde nach dem Vorbild der Sowjetunion entstanden war (wie China, Kuba und andere). Interessant wäre in diesem Zusammenhang für uns, wie E. D. den Klassencharakter Albaniens bestimmt.
Den Klassencharakter der Revolution leiten wir ab von den führenden Kräften der antiimperialistischen Bewegung, in unserem Falle von der kommunistischen Partei Kambodschas, der alleine und nicht dem Fehlen ausreichender kapitalistischer Strukturen der deformierte Charakter der Revolution geschuldet ist.
Der Gedanke von E. D. zu Ende gedacht, müsste uns zu dem Schluss führen, in krass unterentwickelten Ländern, den antiimperialistischen Kampf erst gar nicht zu beginnen - da er auf Grund der objektiven Bedingungen gar nicht zum Sieg führen kann. (Die vietnamesische Intervention und Besetzung kann doch wohl nicht im Ernst als Sieg der Revolution verstanden werden?) Die Schaffung eines starken industriellen Sektors - die Durchkapitalisierung Kambodschas - hätte das vordringliche Ansinnen der Revolutionäre sein müssen, um die objektiven Bedingungen für ein sozialistisches Kambodscha zu schaffen.
Die Logik seiner Argumentation bringt E. D. ganz deutlich in die unangenehme politische Nähe Plechanow'scher Positionen, der im Falle der russischen Revolution ganz ähnlich argumentiert hatte. (siehe dazu: Wittfogel: 'Die orientalische Despotie', S 487: " Plechanow verurteilte eine sozialistische Machtergreifung als verfrüht und befürchtete, dass die von Lenin vorgeschlagene Nationalisierung des Bodens, um die Bauernschaft als Bündnispartner gegen den Zarismus zu gewinnen, sich als reaktionär erweisen könnte, würde eine solche Politik doch die 'Überreste einer alten halbasiatischen Ordnung unversehrt' lassen und folglich ihre Restauration erleichtern.")
"Plechanow bekämpfte Lenins Programm, eine diktatorische Regierung, gestützt auf eine kleine proletarische Minderheit, zu errichten, die wenig tun könne, um eine Restauration (Rückkehr zu Strukturen der asiatischen Despotie, d. Verf.) zu verhindern... Er stand zweifellos auf festem Boden, als er auf Russlands asiatische Erbschaft hinwies und es für notwendig hielt 'jene ökonomische Grundlage zu beseitigen, durch die unser Volk dem Asiatentum immer näher gerückt ist'". (Wittfogel, S.488)
Anders ausgedrückt, Russlands Kapitalismus war Plechanow nicht ausreichend gefestigt und hatte das Land noch nicht genügend durchdrungen, um die Möglichkeit einer siegreichen proletarischen Revolution zu schaffen. Der stalinistische Thermidor muss sich für Anhänger der Plecnanow'schen Argumentation als notwendiger (durch das Ausbleiben der deutschen Revolution), objektiv unabwendbarer Rückfall in die Despotie darstellen, die letztlich schon angelegt wär, im demokratiefeindlichen leninschen Parteikonzept. Die proletarische Revolution in wirtschaftlich rückständigen Ländern ist diesem Verständnis entsprechend, eine Blockierung des Prozesses der Durchkapitalisierung, ein unheilvoller Vorgriff der Geschichte: denn auf Grund der Schwäche der kapitalistischen Wirtschaft und damit des industriellen Proletariats könne es einerseits keine Entwicklung zum Sozialismus geben, andererseits würde durch den Sturz der Bourgeoisie die kapitalistische Entwicklung, die wieder Voraussetzung für eine höhere Form der Produktionsweise ist, entscheidend geschwächt oder verhindert.
Dass es in Russland keinen Rückfall in die hydraulische Despotie (ökonomisch gesehen) gab, das heisst in eine Produktionsform, in der voneinander unabhängige Dorfproduktionsgemeinschaften das wirtschaftliche Gefüge des Landes prägten, das kann Karl Wittfogel trotz aller Hinweise auf Ähnlichkeiten zwischen der asiatischen Despotie und dem sowjetischen "Apparatstaat" nicht leugnen, denn auch ihm ist es nicht entgangen, dass die nationalisierte Industrie in den Händen des neuen Staatsapparates ein grundsätzlich andersgeartetes Machtmittel darstellt als es der Bau der Bewässerungssysteme der alten asiatischen Despotie gewesen war.
Die rein oberflächliche Betrachtung von Parallelen zwischen der hydraulischen Despotie und dem sowjetischen "Apparatstaat" konnte ihn verständlicherweise nicht zu einer ernstzunehmenden Analyse des Klassencharakters der SU führen: der einzig zentrale Faktor für seine Einschätzung bleibt der politische - der der Unterdrückung. "Wir können in der Tat sagen, dass die Oktoberrevo-

FORTSETZUNG AUF SEITE 25

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Frankreich

Der "Marsch auf Paris" vom 23. März hat den Anstieg der Klassenkämpfe kurzfristig unterbrochen. Hunderttausende kampfbereite Arbeiter waren durch die abwieglerische Politik der KPF und ihrer starken Gewerkschaft CGT von dieser Aktionausgeschlossen. Der "Marsch auf Paris" mit einer Beteiligung von nur hunderttausend Arbeitern schuf deswegen auch nicht die Basis für einen möglichen nationalen Generalstreik, der in dieser Situation die bürgerliche Regierung von Barre verjagt hätte, sondern ermöglichte es dieser angeschlagenen Regierung zurückzuschlagen und die Arbeiter über Wochen hindurch in die Verteidigung zu treiben. Der 1. Mai gab ein deutliches Bild von der Enttäuschung der Arbeiterklasse. Die Beteiligung an den Demonstrationen in den grossen Städten war äusserst niedrig.
Die in den ersten drei Monaten dieses Jahres vorhandene Einheit der Arbeiter gegen die ständigen Polizeiangriffe löste sich angesichts der vehementen Propagandahetze der Reformisten von SP und KP gegen "unkontrollierte Elemente", d.h. gegen militante Arbeiter, in Nichts auf. Obwohl die Kampfkraft der Arbeiterklasse vom 23. März an bis in den Mai hinein insgesamt schwächer wurde, steht die Entscheidung im Kräfteringen mit der Regierung und den Kapitalisten noch bevor. Allerdings wird diese nicht lange auf sich warten lassen. Die Bourgeoisie braucht eine rasche Lösung. Das derzeitige Kräfteverhältnis ist für sie zu labil, zu unsicher, um ihre Umstrukturierungs- und Rationalisierungspläne im gewünschten Ausmass durchsetzen zu können. Dafür braucht sie eine geschlagene, 'befriedete' Arbeiterklasse. Eine weitere Niederlage wie jene des 23. März (siehe 'permanente revolution' 27) würde heute wesentlich grössere und ziemlich einschneidende Folgen für die Arbeiterklasse mit sich bringen. Am klarsten drückt sich das gegenwärtige Kräfteverhältnis in den Massnahmen der Regierung aus. Das von ihr verordnete faktische Demonstrationsverbot kann gegenwärtig nur als Drohung eingesetzt werden, da es sich gegenüber der Kampfkraft der Arbeiter nicht behaupten kann. Mit der Ankündigung der Einschränkung des Streikrechts für die öffentlich Bediensteten (Post, Fernsehen) verhält es sich nicht viel anders. Auch die Gesetzesvorschläge über die Einwanderung, die eine drastische politische und wirtschaftliche Verschärfung für die Gastarbeiter in Frankreich mit sich bringen würden, weisen in die gleiche Richtung.

Nur die Tatsache, dass die Arbeiter genug Kraft aufbringen, sich zur Wehr zu setzen und streckenweise heute wieder in die Offensive zu gehen, verhindert die Durchsetzung der Regierungspläne. Eine weitere Niederlage würde die Arbeiterklasse entscheidend zurückwerfen und ausser der Verschärfung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage eine allgemeine politische Rechtsentwicklung bedeuten. Denn die Regierung Barre nimmt keine Rücksicht auf Wählerschichten, sondern sie setzt in erster Linie auf Polizei- und Justizapparat, die ihre ganze Kraft darstellen. Die Regierung Barre trägt in der momentanen Situation ganz unverkennbar die Tendenz eines Polizei-Regimes in sich, das mit den demokratischen Freiheiten, wenn es dazu die Gelegenheit hat, nicht viel Federlesens machen wird. Zweifellos verfolgt Barre genau diesen Weg, auch wenn er gezwungen ist, dosiert vorzugehen, um den Widerstand der Arbeiter nicht in Form sozialer Explosionen zu provozieren. Allerdings ist die tiefe Krise des französischen Kapitalismus ein derartig satter Nährboden für den eruptiven Anstieg der Klassenkämpfe, dass solch ein Sieg der Bourgeoisie - ein Sieg in Form eines Polizei-Regimes - mehr als fraglich ist.

DIE REFORMISTEN VON KPF UND SPF SIND DER HEMMSCHUH FÜR EINEN NEUEN AUFSCHWUNG

Der Faktor, der es verunmöglicht, einen so grossen Sieg der Bourgeoisie und eine so grosse Niederlage der Arbeiterklasse gänzlich auszuschliessen, besteht in der Politik der KPF und ihrer Gewerkschaft CGT sowie der SP-nahen Gewerkschaft CFDT. Besonders KP/CGT können das Vertrauen vieler militanter Arbeiter für sich beanspruchen, die in der KP eine 'linkere' Partei, eine Partei sehen, die in ihrer Interessensvertretung weiter als z.B. die SP gehen würde. In diesen Illusionen drücken sich die vielen 'linken' Manöver der KP gegenüber der SP aus, die besonders durch ihren rechten Flügel um Rocard, der z.B. statt der Einführung der 35-Stundenwoche einen 'realistischen' Forderungsplan propagieren möchte, auf grosses Misstrauen in der Arbeiterklasse stösst. Es ist ja auch bezeichnend, dass die KP wesentlich besser als Bremser in den militanten Kämpfen auftreten kann als die SP, die sich als Partei sehr bescheiden im Hintergrund hält. Allerdings kann die SP über die ihr nahestehende Gewerkschaft CFDT ebenso einen wesentlichen Einfluss auf die Kämpfe nehmen. Ihre Weigerung, sich am Marsch auf Paris zu beteiligen, war ein mitentscheidender Faktor für sein Scheitern. Beide sind verantwortlich für den ungünstigen Verlauf des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit, wobei sich die KP aufgrund ihres dominierenden Einflusses unter den Stahlarbeitern besonders 'auszeichnet'.
Heute ist die Einheitsfront aller Arbeiter auf nationaler Ebene gegen die Arbeitslosigkeit mehr denn je das brennende Problem der gesamten Arbeiterklasse. Oft schliessen sich die kämpfenden Arbeiter ungeachtet ihrer Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit auf betrieblicher und lokaler Ebene zusammen, weil sie in ihrer konkreten Situation sehen, dass sie nur so eine Chance haben, gegen den Druck der Unternehmer und der Polizei-Schlägertruppen zu bestehen. Aber es findet sich keine Organisation, keine Partei, keine Gewerkschaft, die bereit ist, diese Initiven zu verallgemeinern und selbst einen Anstoss für die Einheitsfront auf nationaler Ebene zu geben. Die Einheitsfrontdynamik findet ihre Grenzen und zerbricht teilweise an der Weigerung der reformistischen Parteien und Gewerkschaften als auch an der Passivität der 'trotzkisierenden' Organisationen der LCR ('Revolutionäre Kommunistische Liga') und der LO ('Arbeiterkampf') in diesem Sinne tätig zu werden. Ein besonders makabres Bild für diese tragische Entwicklung bietet Longwy, jene Stadt in Lothringen, die beispielhaft für den gemeinsamen Kampf der Arbeiter gewesen war.

Als 150 CFDT-Arbeiter am 1. Mai, nachdem sie alle Zufahrtswege in die Stadt blokkiert hatten, von ebensovielen Polizisten angegriffen wurden, zeigte sich keinerlei Solidarität in der überwiegend werktätigen Bevölkerung. Selbst als die Arbeiter in ihrer Bedrängnis durch die Fabriksirenen die Bevölkerung verständigten und um Hilfe und Unterstützung riefen, folgte keine Reaktion. Die KP, die in dieser Stadt den Bürgermeister stellt, hielt die Bevölkerung erfolgreich zurück und denunzierte im nachhinein die kämpfenden Arbeiter. "...gewisse Elemente der CFDT, begleitet von in dieser Region unbekannten Individuen, haben versucht, die Bevölkerung in einen Gewaltstreich hineinzuziehen. ... Aber die Bevölkerung hat ihre Ruhe behalten." Das zur gleichen Zeit und in der Nähe der Auseinandersetzungen stattfindende Solidaritätsfest aller Gewerkschaften findet das KP-Zentralorgan 'l Humanite' jedoch "wegen seiner Kampfkraft (?) und Ruhe bemerkenswert!" Obwohl durchwegs CFDT-Arbeiter die Opfer dieser Abwiegelungsmanöver wurden, hinderte dies die CFDT mehr als 2 Wochen später nicht daran, die CGT wegen des Ausbruchs von erbitterten Strassenschlachten in Longwy am 18. Mai zu verurteilen. Scheinbar gegeneinander ziehen die Gewerkschaften am gleichen Strang -



1. Mai in Paris - CRS-Bullen gehen gegen den Ordnertrupp der LCR vor

gegen die Einheitsfront, für Ruhe und Ordnung.
Zweifellos wäre es heute vom Bewusstsein und der Kampfbereitschaft der Arbeiter her möglich, eine mächtige Bewegung gegen die Arbeitslosigkeit ins' Leben zu rufen. Denn noch ist die Angst vor der Arbeitslosigkeit, die Wut auf die Kapitalisten und die Polizei grösser als ihre zahllosen Enttäuschungen in den letzten Monaten. So wurde am 27. April in der Bretagne ein grosser Aktionstag durchgeführt. Die 70 000 Einwohner zählende Stadt Saint-Nazaire (Zentrum des Schiffbaus mit 10 500 Arbeitslosen) war in der Hand der Arbeiter. Auch nach dem 1. Mai ist es zu weiteren Kämpfen gekommen, wie in der Metallfabrik Solmer in der Stadt Fos-sur-Mer. Dort hat die Unternehmensleitung nach einer neuerlichen Aufnahme des Streiks durch 7 000 Beschäftigte kurzerhand 5 500 Arbeiter gekündigt. Obwohl neue Betriebe in die Kämpfe miteinbezogen werden, gibt es deutliche Zeichen der Resignation und Enttäuschung bei den kämpferischsten Teilen der Arbeiterschaft. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang vor allem der 1. Mai, der einen Tiefpunkt in dieser Entwicklung darstellte.

DER 1. MAI - VIELE ORDNER, WENIGE ARBEITER

Wenn es auch nach dem enttäuschenden 23. März - dem Marsch auf Paris - klar war, dass die Kampfkraft der Arbeiterklasse kurzfristig schwächer werden würde, konnte man eine derartige Rückentwicklung wie am 1. Mai dennoch nicht erwarten. Der einzige relative Lichtblick war Marseille mit 12 000 Demonstranten. Doch in allen anderen Städten muss die Beteiligung am 1. Mai als katastrophal gering eingeschätzt werden. In den Städten Toulouse, Grenoble, Rouen, Bordeaux und Saint-Etienne marschierten jeweils nur 2 000 Arbeiter. In Lyon betrug die Beteiligung 2 500 und in Lille und Strassburg 1 500 Demonstranten. Paris machte keine Ausnahme. Es ist seltsam, dass die KP in ihren Zeitungen systematisch die Beteiligungszahlen verdoppelt und verdreifacht. Für die Pariser Demonstration gibt sie 100 000 Teilnehmer an. Tatsächlich marschierten nur 30 000 - darunter hauptsächlich Gastarbeiter - mit. Nichts kann deutlicher die Stimmung in der Arbeiterklasse belegen als diese Zahlen. Und selbst der Ablauf des 1. Mai gab weiteren Anlass für Resignation und Apathie. Nicht nur in Longwy, sondern vor allem in Paris selbst.
Der 1. Mai war in Paris die erste Demonstration seit dem faktischen Demonstrationsverbot nach dem 23. März. Die Reformisten, aber auch die 'trotzkistische' LCR ('Revolutionäre Kommunistische Liga'), wollten jede Auseinandersetzung mit den Polizeikräften vermeiden. "Während die Geschäftsleute" entlang der Demonstrationsroute "mehr und mehr beunruhigt sind, stellen sich die Polizeikräfte auf einen explosiven 1. Mai ein." Dabei verschwiegen die bürgerlichen Massenmedien geflissentlich das Interesse und aktive Engagement der Regierung und der Polizei an Provokationen und Auseinandersetzungen mit den kampfbereiten Arbeitern. Nicht weil sich die Regierung als solche stark genug fühlt, sondern weil Barre genau weiss, dass die Reformisten sofort zurückweichen und die Arbeiter spalten, d.h. kräftemässig schwächen würden. Die Reformisten antworteten am 1. Mai in ihrer ureigensten Weise auf diese geschickte Taktik von Barre. Tausende Ordner wurden von ihnen aufgestellt, die für Ruhe sorgen sollten. Diese Ordner waren keine Massnahme zur Verteidigung der Demonstration gegenüber der aggressiven Polizei. Sie wendeten sich vielmehr unmittelbar gegen die kämpferischsten Arbeiter. Gastarbeiter wurden von den KP und SP-Ordnern angestänkert, ja sogar eigene Genossen gerieten fallweise in Verdacht, "unkontrollierte Elemente" zu sein. Diese 'Missverständnisse' verursachten mehrmals Schlägereien zwischen den Ordnern und den verdächtigen arglos mitmarschierenden Arbeitern. Die Reformisten ziehen sich vor der Gewalttätigkeit der Polizei so weit zurück, dass sie ihrerseits Gewalt unter den Arbeitern verbreiten. Offiziell erklärten die Reformisten, mit einem derart massiven Einsatz von Ordnern die Infiltration der Demonstration durch "Provokateure des Innenministers Bonnet" verhindern zu wollen. Darunter fallen für sie auch die 'Autonomen', die enttäuscht von den Organisationen und Parteien der reformistischen und extremen Linken jederzeit bereit sind, den Provokationen der Polizei auf eigene Faust entgegenzutreten. Sicher erheben die Autonomen die Gewalt zu einem Fetisch. Es ist ihre Reaktion auf die Kapitulation der Gewerkschaften und Parteien vor der Polizei.



Diese Karrikatur aus 'Le Monde' kennzeichnet treffend die Situation am 1.Mai. "Der Arbeiter" umgeben von CRS und den Ordnertruppes von KP und CFDT und der trotzkistischen LCR

Und es ist sicherlich nicht zu bestreiten, dass sie die Provokationen der CRS erleichterten. Aber es ist bestenfalls oberflächlich, die Gewalt der Polizei auf die Autonomen zurückzuführen. Es ist klar: Die Reformisten benutzen die Autonomen als Vorwand, um jeder Auseinandersetzung auszuweichen. Anders liegt der Fall jedoch bei der LCR. Sie spricht zwar von der "Selbstverteidigung" der Arbeiter. Wenn es aber konkret wird, weiss sie wo ihr Platz ist. Vor dem 1. Mai lud das Politische Büro der LCR die Gewerkschaften CGT, CFDT und FEN zu einem Gespräch ein, um "alle unerlässlichen Massnahmen für einen Erfolg des 1. Mai zu ergreifen." Gleichzeitig kündigte sie offiziell an, dass "wir diese 'Autonomen' bekämpfen werden" und dass sie diese "ohne Zweideutigkeit" als Gegner behandeln werde. Endlich finden die Genossen der LCR Gehör bei den grossen reformistischen Massenorganisationen. Diese haben ein ihnen willkommenes 'linkes', 'radikales' Feigenblatt gefunden. Selbstverständlich stellt auch die LCR ihre Genossen für den Ordnerdienst zur Verfügung. Während sich die Demonstration zwischen einem Spalier von Polizisten bewegt, passen die LCR-Ordner auf, dass niemand in der Demonstration die Ruhe stört. Als sich 200 - 300 Autonome (man muss hinzufügen, dass jeder Arbeiter, jeder Arbeitslose, der durch seine Militanz auffällt, automatisch als 'Autonomer' bezeichnet wird) bemerkbar machen, nehmen die LCR-Ordner sofort gegen sie Stellung und provozieren ihrerseits eine Schlägerei. Dieselbe Situation wiederholt sich noch einmal. Die Massenmedien - bis auf die 'linkere' 'Le Monde' - berichten lobend über die LCR und sind nicht frei von Mitleid, dass gerade diese Narren von der CRS attackiert werden. Zahlreiche Genossen der LCR werden verletzt, etliche kommen von den Richter. Die Polizei hat gezeigt, dass sie keinen Vorwand braucht, um Gewalt gegen die Arbeiterbewegung zu gebrauchen. Ein Befehl genügt!

Es wäre besser, würde sich die LCR darüber klar werden und nicht angesichts des Klassenfeindes Gegner im eigenen Lager suchen und 'finden'. Sie hat am 1. Mai den Reformisten eine beispiellos opportunistische Hilfe gewährt und dafür das Prinzip der Klassensolidarität ihrer 'realistischen' Politik geopfert. Dass sie selbst das Opfer wird, ist nur eine logische Folge der Taktik der Regierung, die eben - egal ob 'Autonome' da sind oder nicht - auf den aktiven Polizeiapparat, auf Provokationen und Attacken begründet ist.

NACH DEM 1. MAI: DIE SITUATION IST SOWOHL FÜR DIE BOURGEOISIE, ALS AUCH FÜR DIE ARBEITERKLASSE UNTRAGBAR

Auch wenn der 1. Mai insgesamt ein Debakel für die Arbeiterklasse war, bedeutet das jetzt nicht eine vorzeitige Entscheidung zu Gunsten der Bourgeoisie. Zwar rennen sich die militantesten Arbeiter auf Grund der Rückzugspolitik der Gewerkschaften und Parteien ihre Köpfe blutig. "Die Arbeiter sind am Ende ihrer Nerven" erklärte z.B. ein verantwortlicher der CFDT in Longwy. Ein Stahlarbeiter drückt seine Erschöpfung aus: "Ich habe durchschnittlich 1 000 Franc von meinem Lohn im April verloren und 1 500 Franc von jenem im Mai. Ich kann nicht mehr weiter." Aber diese permanente Belastung und Enttäuschung der Stahlarbeiter als militanteste Teile der Arbeiterklasse wird von der fortschreitenden Einbeziehung neuer Schichten der Arbeiter in die Kämpfe begleitet. Der Kampf gegen Lohnverlust und Arbeitslosigkeit greift in vermehrtem Mass von den drei Stahlregionen auf ganz Frankreich über. Deswegen hat die Regierung nach dem 23. März auch Teilerfolge erreichen können. Daraus erwächst der Bourgeoisie die grosse Gefahr, dass sich die Klassenkämpfe ohne Zutun der Reformisten, allein durch den zunehmenden wirtschaftlichen Druck auf ganz Frankreich ausweiten. In einer solchen Situation würde ihr gegenwärtiges Kampfmittel - die Polizei - radikal an Schlagkraft und Wirksamkeit verlieren. Diese Entwicklung würde mit einem Schlag einen nationalen Generalstreik auf die Tagesordnung stellen und die gegenwärtige Krise in politischer Hinsicht noch mehr als bisher entscheidend vertiefen.

Allerdings steht dieser Entwicklung die reformistische Dominanz in der Arbeiterklasse gegenüber. Nicht nur die Arbeiter von Longwy stehen monatelang im Kampf, ohne aus ihrer Sicht handgreifliche Erfolge erzielt zu haben. Nicht nur die Stahlarbeiter sind "zwischen Ermüdung und Verbitterung". In Paris und Umgebung kam es z.B. in der Nacht zum 1. Mai zu 12 (!) Bombenanschlägen, in Toulouse zu 6 Attentaten. Diejenigen, die nicht zurückweichen, suchen ihren Weg

LONGWY 18. MAI

(übersetzt aus "Informations et Analyses", Nr.11, Mai 1979)

In der Nacht zum Freitag, dem 18. Mai, kam es in Longwy zum ersten Mal seit März wieder zu schweren Straßenkämpfen zwischen Stahlarbeitern und Polizeikräften. Es begann in den Abendstunden mit einer Protestkundgebung der Arbeiterbevölkerung gegen den staatlichen Störsender, der seit einigen Tagen gegen den Piratensender der Metallarbeitergewerkschaft eingesetzt wurde. Dieser "rote" Piratensender verbreitet schon seit den Märzunruhen in Longwy und Umgebung ununterbrochene Meldungen, Aufrufe und öffentliche Debatten und wird von der ganzen Bevölkerung mit großem Interesse gehört.

Daher die Empörung über den polizeilichen Störsender. In der Protestdemonstration und den daraus folgenden Straßenkämpfen des 18.Mai wurden mehrere Arbeiter und zwei Journalisten(der AFP-Korrespondent Michel Vuez und der Rundfunkreporter Michel Chapellier vom Sender Europa1) verletzt und mußten in Krankenhäuser eingeliefert werden. Außerdem wurden elf CRS-Polizisten verletzt.

'Le Monde' berichtete am folgenden Tag: "Es sind dies die schwersten Zusammenstöße seit Beginn der Krise in Longwy. Vermerkt werden muß, daß vor allem die jungen Demonstranten diesmal von der CGT kamen, während vorher nur die CFDT in dieser Aktionsform engagiert war." Unter "dieser Aktionsform" versteht 'Le Monde' hier die Stadtguerilla von jugendlichen Stoßtrupps mit Wurfgeschoßen, insbesondere von Molotow-Cocktails; diese Aktionen wurden vorher hauptsächlich von der CFDT unterstützt oder geduldet, von der CGT aber abgelehnt. Unter dem Druck der zunehmenden Radikalisierung gehen nun auf lokaler Ebene auch CGT-Mitglieder diesen Weg.

Die Kämpfe dauerten fünf Stunden. Der Piratensender hatte am Nachmittag zu einer Protestkundgebung gegen den Störsender der lokalen TV-Station aufgerufen. Die Sirenen der Betriebe begannen zu heulen, die Bevölkerung wurde zu einer Demonstration für 2o Uhr vor dem Rathaus aufgerufen. Aus Metz kam eine Delegation der "Generalstände für Arbeitsplatzsicherung".

Laut Mitteilung der Gewerkschaften begannen die Polizeitruppen um 22.15 Uhr mit Tränengasgranaten gegen die bis dahin friedliche Demonstration vorzugehen. Eingesetzt waren zum "Schutz" des Störsenders die 48. CRS-Division aus Lyon, die 33.CRS und Mobilgendarmen aus Reims. Die Demonstration wurde vorübergehend gesprengt, sammelte sich aber wieder gegen 23 Uhr auf dem Hauptplatz von Longwy.

Hierüber berichtet 'Le Monde': "Die Situation entartete sehr schnell zum Aufruhr. Eine Gruppe von ungefähr fünfhundert Personen bombardierte mit Steinen die Räume der Banque de France, den Güterbahnhof, das Syndicat d'Initiative, die Banken Société Générale und Banque Nationale de Paris und das Steueramt. Die Möbel des letzteren wurden auf die Straße geworfen und verbrannt. Laut einer Anzahl von Zeugen handelte es sich für die Demonstranten darum, die Finanzpositionen in Longwy zu attackieren."

Nach neuem Einsatz der CRS sammelten sich die Demonstranten wieder etwas weiter, schlichteten alte Autoreifen zu Barrikaden und steckten sie in Brand. Die folgenden Kämpfe zwischen Demonstranten und CRS, die sich nun in das Polizeikommissariat zurückgezogen hatten, dauerten wieder ungefähr eine Stunde. 'Le Monde': "Gruppen junger Leute im Alter von 18 bis 2o, organisiert in Stoßtrupps, warfen nun Steine in Fensterscheiben u.a. der Regionalzeitung 'Lorrain Rêpublicain'; offensichtlich waren diese jungen Leute von niemandem kontrolliert."

Der Ausdruck "unkontrollierte Elemente" wird zunehmend für die "Autonomen Gruppen" verwendet, die sich keiner Partei- oder Gewerkschaftsführung 'fügen.

In einem ersten Kommentar bezeichnete der 'Le Monde'-Direktor Jacques Fauvet diese Ereignisse in einem Leitartikel auf der ersten Seite als "Frucht des Unrechts", insbesondere des Unrechts, tausende von Menschen brotlos zu machen und ihnen dann noch die Möglichkeit zu nehmen, dagegen wirksam zu protestieren.

Nur fünf Personen konnten während der Straßenkämpfe des 18.Mai von der Polizei festgenommen werden, ein sechster Mann, mit einem Karabiner bewaffnet, konnte nach seiner Festnahme entwischen und flüchten.

Die anderen fünf wurden am Freitag Nachmittag nach Briay bei Longwy gebracht, um von einem Schnellgericht abgeurteilt zu werden. Dieses Gericht wagte es aber angesichts der drohenden Menschenansammlung nicht, ein Urteil zu fällen. Die Verhandlung wurde auf Mittwoch den 23. Mai vertagt. Für den gleichen Tag ist auch die Berufungsverhandlung für die Demonstranten des 23. März angesetzt. Am Vortag sind in Paris und Ostfrankreich von mehreren Linksorganisationen und Gewerkschaften Straßendemonstrationen und Solidaritätskundgebungen angekündigt.

abseits der gewerkschaftlichen Organisationen, finden ihn u.a. auch bei den 'Autonomen'. Strassenschlachten in Longwy vom 17./18. Mai gegen die unvermeidliche CRS, die insgesamt 25 Verletzte forderten, fanden - typisch für die heutige Situation - in einer allgemeinen Ruhe aller anderen Stahlarbeiterstädte und -regionen statt. Auch die CGT kann gegenüber dieser Dynamik nicht untätig bleiben. Sie hat auf nationaler Ebene zur Solidarität mit den Arbeitern von Denain und Longwy aufgerufen. In diesem Sinn hat sie die Bildung einer Unterstützungskassa, Sammlungen in allen Betrieben und in allen Industriezweigen, die Versorgung und Obhutnahme der Kinder der Stahlarbeiter usw. vorgeschlagen. Auch wenn die CGT nicht versucht, diese Initiative gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften umzusetzen, ist dies wenigstens nach vielen Monaten der erste Ansatz einer Verbindung zwischen den vorangehenden Teilen der Arbeiterklasse und den langsam in Bewegung kommenden Arbeitern, die auch den Stahlarbeitern eine konkrete wertvolle Hilfe sein kann. Ist es nicht ein Armutszeichen für die 'trotzkisierende' Linke, wenn man bedenkt, dass LO und LCR in den letzten Monaten Millionenbeträge als Spenden für ihren Organisationsausbau bzw. für ihre gemeinsame Kandidatur zu den Europaratswahlen erhalten haben, jedoch keine einzige Initiative dieser Art für die Stahlarbeiter gesetzt haben?

●●●

FORTSETZUNG VON SEITE 21

KAMBODSCHA

lution, welches auch immer ihre ursprünglichen Ziele gewesen sein mögen, ein auf Industrie ruhendes System allgemeiner (Staats-) Sklaverei erzeugt hat". (Wittfogel, S. 545)

Die Furcht, dass das System der "bürokratischen Staatssklaverei" auf zwei Drittel der Menschheit ausgedehnt würde, lässt Wittfogel düster in die Zukunft blicken, angesichts der "fehlenden Klarheit und Kühnheit" der westlichen Länder in ihrem Herangehen an den sowjetischen Totalitarismus. Der Weg hin zur "demokratischen und vielseitigen Gesellschaft", die alleine Fortschritt bringen kann, scheint ihm in höchstem Mass gefährdet.

Die gesamte Problemstellung bezüglich der zu gering entwickelten kapitalistischen Strukturen in unterentwickelten Ländern ist, wie wir sehen, absolut nicht neu, und diente bisher vor allem der Ablehnung der proletarischen Revolution überhaupt.

E. D. bezweckt natürlich keinesfalls eine derartige Konsequenz, und er wird auch einwerfen, dass die russische Arbeiterklasse stark und gross genug war, um eine sozialistische Revolution mittragen und vor allem politisch anleiten zu können. Und da sind wir bei der ursprünglichen Frage angelangt, welche Kriterien sich finden lassen, die die Stärke der Arbeiterklasse bestimmen, die notwendig ist, um den sozialen Umsturz zu ermöglichen. Wir meinen, dass es dieses Kriterium nicht gibt und dass die Ausbreitung und Internationalisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse die Voraussetzungen für die proletarische Revolution weltweit geschaffen hat, wie schwach die Durchdringung vorkapitalistischer Produktionsformen durch die kapitalistischen auch immer sein mag.

Eine der Lehren der "Permanenten Revolution" Trotzkis scheint uns in diesem Zusammenhang besonders treffend zu sein: "In einem Lande wo das Proletariat als Endergebnis einer demokratischen Revolution (um nationale Unabhängigkeit, Agrarreform, usw., der Verf.) zur Macht gekommen ist, hängt das weitere Schicksal der Diktatur und des Sozialismus letzten Endes nicht nur und nicht so sehr von den nationalen Produktivkräften ab, wie von der Entwicklung der internationalen sozialistischen Revolution." ('Die Permanente Revolution', S. 152)

ERKLÄRUNG:

"Marx legte dar, dass 'klimatische und territoriale ... Verhältnisse künstliche Berieselung durch Kanäle und Wasserwerke, die Grundlage der orientalischen Landwirtschaft' bedingten. Und er bemerkte, dass 'die unbedingte Notwendigkeit einer sparsamen und gemeinschaftlichen Verwendung des Wassers... im Orient, wo die Zivilisation zu niedrig und die territoriale Ausdehnung zu gross war, um freiwillige Assoziationen ins Leben zu rufen, das Eingreifen einer zentralisierenden Staatsgewalt erforderlich' machte.

Somit entstand, Marx zufolge, der asiatische Staat aus der Notwendigkeit, die Herstellung der Wasserbauten durch die Obrigkeit zu lenken. Und es war der 'verstreute' Zustand der orientalischen Bevölkerung in selbstgenügsamen Dörfern (verbunden mit kleiner Landwirtschaft und Hausindustrie), der wiederum Marx zugolge, den fortdauernden Bestand dieses Staates ermöglichte."

aus:Karl A. Wittfogel, "Die orientalische Despotie", Seite 462.

●●●

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Iran...

Er war Mitglied des geheimen Revolutionsrates und soll an der Spitze der Revolutionsgerichte gestanden sein. Eine Welle von Gerüchten überschwemmt die Massenmedien, die in erster Linie von der islamischen Reaktion dazu benützt wurden, ihre Kampagnen gegen die Linke weiterzutragen. Zuerst übernahm eine islamische, aber antiklerikal ausgerichtete "Forquan"-Bewegung die Verantwortung für den Anschlag - dieselbe Gruppe, die sich schon bei der Ermordung des Generals Gharani am 23. April zu Wort gemeldet hatte. Eine solche Variante genügte dem 'Revolutionsrat' Khomeinis indes nicht. Die religiöse Bezeichnung der 'Bewegung' - sie bedeutet im Sinne des Koran "Trennung von Gut und Böse" - sei in Wirklichkeit bloss eine Täuschung, es handle sich vielmehr um eine "antirevolutionäre Gruppe" der Linken. In einer am 6. Mai ausgestrahlten Sendung der "Stimme der islamischen Republik" sprach Hojatoleslam Hoshemi Rafsanjani von einem Attentat, das "ein Teil des Komplotts, den der Imperialismus in Ost (!) und West für uns vorbereitet hat", sei. Linksradikale und Kommunisten wären die Vollstrecker dieser Verschwörung. Ohne eine Differenzierung in der Linken vorzunehmen, beschuldigten hohe islamische Geistliche alle: von den Volksfedajin bis hin zur stalinistischen Tudeh-Partei. Letztere bevorzugte die Version, dass "die Geheimdienste des Imperialismus, Zionismus und der SAVAK" für die jüngsten Anschläge verantwortlich seien.



Kurdische Freiheitskämpfer im Iran

Wir können aus der Ferne die Verantwortlichen der Anschläge nicht bestimmen. Zündstoff gibt es im Iran genug. Die Verbitterung unter Arbeitern, Bauern und Studenten steigt an, und zum anderen leben sicherlich noch immer Tausende von ehemaligen SAVAK-Leuten in Freiheit, die alle bewaffnet sein können. Motaheri war immerhin für die Hinrichtung von Schah-Verantwortlichen zuständig gewesen.
Ein deutlicher Hinweis jedoch, wie sehr jedenfalls der Khomeini-Reaktion daran gelegen war, ob zutreffend oder nicht, die Linke zu beschuldigen, zeigt der Fall der grossen linksliberalen Zeitung 'Ayandegan', die ihr Erscheinen Mitte Mai schliesslich einstellen musste.

AUSSCHALTUNG DER ZEITUNG 'AYANDEGAN'

Sie war eine der drei grossen Tageszeitungen und fungierte als das Sprachrohr der gemässigten iranischen Linken. Sie betrieb ihre Opposition gegen Khomeini nicht offen, den sie als "Führer der Revolution" bezeichnete. Sie kritisierte lediglich die Politik der islamischen Machthaber und setzte ihr ihre eigenen linksliberalen Ansichten gegenüber. Seit Monaten war sie einem Anklagefeldzug der antikommunistischen Geistlichkeit ausgesetzt gewesen. Ihr wurde vorgeworfen, 'kommunistisch' zu sein. Tatsächlich haben Linke an 'Ayandegan' mitgewirkt, doch weniger die stalinistische Tudeh-Partei, als mehr das linke Spektrum, das der Sowjetunion kritisch gegenübersteht.
Die Kampagnen gegen die Linke hatten nach dem Attentat auf Motaheri stark zugenommen. Beim Begräbnis des Ayatollah kam es zu einer antikommunistischen Massendemonstration. In den Moscheen hatten die islamischen Geistlichen "die Kommunisten" als jene Kraft bezeichnet, die hinter der Bewegung "Forquan" stünde. In der Hetze gegen links geriet auch 'Ayandegan' verstärkt ins Schussfeld der Reaktion.
In einem Interview mit der französischen Zeitung 'Le Monde' brachte Khomeini allerdings eine andere Version der Ermordung Motaheris. Seiner Ansicht nach stünden "hinter der Mordgruppe 'Forquan' amerikanische Agenten oder auch ehemalige Geheimdienstleute der SAVAK", wobei er ausdrücklich betonte, "dass es nicht die iranische Linke gewesen sein könne", die Motaheri erschossen hatte.

'Ayandegan' druckte diese Erklärung Khomeinis als Gegengewicht zur geistlichen Kampagne im Iran ab und brachte sie als Schlagzeile. Daraufhin verschärften die islamischen Führer ihre Kritik an der Zeitung und warfen ihr vor, lügnerische Meldungen zu verbreiten. Der "Imam", wie Khomeini in letzter Zeit genannt wird, würde nie mehr 'Ayandegan' lesen, wozu er ohnehin nicht mehr lange Gelegenheit hatte. Am nächsten Tag erschien 'Ayandegan' mit fast nur weissen Seiten, und einen weiteren Tag später erklärte die Redaktion, sie müsse das Erscheinen des Blattes nun endgültig einstellen. Der reaktionäre Druck auf die linke und liberale Presse im Iran nimmt zur Zeit ungemein zu. Dabei versucht das Regime, bessere Bedingungen für seinen Machtausbau zu schaffen. Im Elend des heutigen Iran können linke Kräfte sehr schnell an Einfluss gewinnen, wenn die Hoffnungen der ausgebeuteten Massen in die neue Regierung weiter enttäuscht werden. Als zweites ist die Linke trotz all ihrer fehlerhaften Politik nach wie vor ein gewichtiges Hemmnis für die reaktionäre Entwicklung.

Nach dem Attentat auf Motaheri erlebte der Khomeini-Flügel zweifellos eine Stärkung gegen die Regierung Bazargan. Dies äussert sich unter anderem in zwei Ereignissen.
Zur "Sicherung der Revolution im Inneren" und um die "iranische Revolution zu exportieren", stellte Khomeini eine neue uniformierte Truppe auf - die "Wächter der Revolution". Im Gegensatz zur letzten Regelung für die islamischen Komitees sind sie nicht der Teheraner Polizeibehörde und damit der Regierung unterstellt, sondern dem 'Revolutionsrat' Khomeinis. Bekanntlicherweise war es Bazargan erst vor kurzem gelungen, eine Polizei zu schaffen und sie den Komitees überzuordnen. Khomeinis "Wächter"-Truppe soll 10.000 Mann stark sein und über mehrere hunderttausend Reservisten verfügen.
Zur gleichen Zeit veröffentlichte die konservative Zeitung 'Kayhan' den ersten Verfassungsentwurf der Regierung. Das staatliche System soll zukünftig am ehesten der französischen Verfassung entsprechen. Über die Verfassungsmässigkeit der Gesetze würde jedoch ein zwölfköpfiger "Rat der Wächter" bestimmen, der aus Rechtsgelehrten, Obersten Richtern und Geistlichen bestehen soll. In religiösen Angelegenheiten (Was ist heute im Iran nicht "religiös"?) könnten die vier Geistlichen im Rat sogar alleine entscheiden. Im Falle von Gegensätzlichkeiten zwischen Parlament und Rat hätten die "religiösen Wächter" ebenfalls das letzte Wort. Offener geht es einfach nicht mehr. Das iranische Präsidialsystem wäre eine noch grössere Farce als die französische Verfassung. Um das zu verschweigen, bekämpft das Regime heute eben die Pressefreiheit.
Der Verfassungsentwurf beschäftigt sich nicht mit der Frage der nationalen Minderheiten. Vermutlich hat es in der Verfassungskommission Meinungsverschiedenheiten gegeben, wie die Kurden, Turkmenen u.a. am geschicktesten niederzuhalten sind. Die 'weichere' Variante Taleghanis hat sich nun offensichtlich nicht durchsetzen können. Khomeinis ganz und gar unreligiöse Angst, dass Versprechungen das Bewusstsein und den Mut des nationalen Widerstandskampfes stärken könnten, liess diese Frage aus dem Verfassungsentwurf überhaupt verschwinden. Von "weitgefassten Autonomiezusagen", wie sie Taleghani vertreten hatte, ist im Entwurf nicht die Rede. Taleghani hatte im Februar den Aufstand der Kurden damit beendet, dass er ihnen Autonomie versprach. Auch in der "islamischen Revolution" sind Versprechungen, hinter denen nicht die Kampfkraft der Massen steht, blosse Fetzen Papier. Davon konnten sich nun auch die Minderheiten überzeugen. ●

FORTSETZUNG VON SEITE 28

DDR

arden Mark teuren Förderungsanlagen wurden für einige lächerliche 10.000 Mark Enteisungsgeräte eingespart bzw. nicht entwickelt. Insgesamt hat der strenge Winter und der zeitweilige Zusammenbruch der Energieversorgung die DDR-Wirtschaft zwei volle Arbeitstage gekostet.
Erst nach der 'Kältewelle' rückte die SED-Führung damit heraus, dass der laufende Fünfjahresplan wohl "nicht vollständig" erfüllt werden könne, der strenge Winter diente dabei als Argumentationshilfe, d.h. nicht die offensichtlichen Planungsfehler, sondern 'höhere Gewalt' und 'unvorhersehbare aussenwirtschaftliche Belastungen' seien die Ursache der Planverfehlung.

NEUE PLANUNGSDEBATTE?

Natürlich führen Planverfehlungen grösserer Art immer wieder zu Planungsdebatten über "neue Methoden der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" (so z.B. auf der Fachtagung von Ökonomen aus der DDR und UdSSR vom 22.6.-2.7.1978 in Ostberlin). Solange die Arbeiterdemokratie ausgeschaltet bleibt, d.h. der bürokratische Rahmen der Planung nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird, bewegen sich solche Debatten immer um die beiden Fixsterne: a) Planungsinstanz bzw. Änderung der Kompetenzabgrenzungen und b) Kennziffernsystem. Auf diesen beiden Ebenen finden einige Änderungen in der DDR statt, bzw. deuten sich an. Die wichtigste Änderung ist sicherlich die verstärkte Kombinatsbildung. Kombinate vereinigen volkswirtschaftlich zusammengehörige Fabriken unter einer einheitlichen Leitung, der erweiterte Planungsbefugnisse zugestanden werden. Damit ist aber die verstärkte Zentralisierung seit 1971 nicht in Frage gestellt worden, die Kombinate unterstehen direkt den entsprechenden Ministerien. Man erwartet davon nicht nur eine Konzentration der "Produktionsvorbereitung und -ausführung", sondern vor allem verstärkte Rationalisierungsbemühungen. Die Aufgaben der Kombinate sind u.a., die Zulieferproduktion innerhalb des Kombinats zu sichern, eigene Forschung, die unmittelbar in die Produktion eingehen soll, eigene Konsumgüterproduktion, Ausbau von Rationalisierungsbereichen, Aufgliederung der ministeriellen Planungsaufgaben in detaillierte und bilanzierte Jahrespläne etc. Ob die Straffung der Verwaltung und Vereinheitlichung der Planung unterhalb der Ministerien, die mit der Kombinatsbildung erreicht werden soll, sich durchsetzt, bleibt fraglich. Die fehlende Eigeninitiative der Werktätigen von unten können solche Umstrukturierungen nicht ersetzen. Zugleich, werden die unterhalb der Kombinatsebene bisher vorhandenen Planungsinstanzen zumeist nicht abgeschafft, sondern lediglich in ihren Befugnissen beschnitten (die einzelnen Betriebe als Bestandteile eines Kombinats bleiben "juristisch" und zum Teil ökonomisch "selbständig").
Knackpunkt der DDR-Wirtschaft bleibt weiterhin der Produktivitätsrückstand gegenüber den wichtigsten imperialistischen Industrieländern, der sich vergrössert hat. Dem versucht man, zum x-ten Mal, mit einem veränderten Kennziffernsystem zu begegnen (Kennziffern sind Planungszahlen, die die Pläne für die Gesamtwirtschaft und die einzelnen Betriebe nach verschiedenen Grössen wie z.B. Menge, Materialverbrauch, Qualität etc. aufgliedern).
1979 wird erstmals ein Planteil "sozialistische Rationalisierung" eingeführt.
Die innerhalb der bürokratischen Planung nicht zu ersetzende entscheidende Kennziffer "Warenproduktion" (der Name ist irreführend, aber als Bruttogrösse und in erster Linie Mengengrösse verführt diese Kennziffer zur "Tonnenideologie") soll durch weitere qualitative Kennziffern ergänzt werden, d.h. die Planerstellung wird noch komplizierter und unrealistischer, denn qualitative Kennziffern (z.B. Qualitätsanforderungen an ein bestimmtes Produkt) lassen sich noch viel weniger vom grünen Tisch aus bestimmen und durchsetzen als quantitative. Genauer: das entscheidende Hindernis für mangelnden technologischen Fortschritt und mangelnde Qualität liegt nicht im Kennziffernsystem, sondern im Desinteresse der Werktätigen als Produzenten.
Darüber hinaus wurde eine Diskussion über "komplexe Vermögensplanung" angeleiert, um einen chronischen Mangel der DDR-Wirtschaft in den Griff zu bekommen, die Überalterung von Bauten und Maschinen (indirekt eine Folge der mangelnden Auslastung). Die Überalterung bedeutet z.B., dass für Instandhaltungsaufwand ca. 20 Milliarden Mark im Jahr aufgewendet werden müssen und 670.000 Arbeitskräfte (= 9% aller Beschäftigten) mit Reparatur- und Wartungsarbeiten beschäftigt sind. Die durch Reparatur- und Wartungsausfallzeiten hervorgerufenen Produktionsausfälle entsprechen in jedem Jahr ca. dem Produktionszuwachs. Die Nutzungsdauer für Bauten beträgt 62 Jahre (BRD 40 Jahre) und für Ausrüstungen 24 Jahre (BRD 20). Die Bemühungen, hier verstärkt alte Anlagen auszusondern (50% der Investitionen sind für Rationalisierung und Automatisierung), stossen einerseits zum Teil auf Widerstand der unteren Planungsinstanzen, gehen andererseits einher mit erhöhter Intensivierung der Arbeit.
Das Honecker-Programm der "Einheit von Sozial- und Wirtschaftspolitik" war ein Versuch, die unter Ulbricht gewachsene Unzufriedenheit der DDR-Werktätigen durch verstärkte "Sozialleistungen" und Konsumgüterproduktion abzufangen. Dieses Programm ist jetzt im Kern gefährdet, damit aber werden die Schwierigkeiten für die DDR-Bürokratie steigen. Das private Einkommen der Werktätigen wächst langsamer, die Ausgaben für Sozialleistungen steigen langsamer, Arbeitshetze und Sonderschichten wachsen, und als Krönung wurde die geplante Verlängerung des Urlaubs um drei Tage ab 1979 bis auf weiteres gestrichen.
Aus den Betrieben und insbesondere aus der Jugendorganisation FDJ mehren sich die Widerstände gegen die dauernden 'freiwilligen' Sonderschichten so stark, dass dieser Widerstand selbst in den offiziellen Presseorganen seinen Niederschlag gefunden hat. Sicher, die Spannungen haben längst nicht mehr das Ausmass erreicht wie 1953, aber der DDR-Führung steht das Trauma vom 17. Juni weiter vor Augen. Damals waren gesteigerte Arbeitshetze und Normerhöhungen der Auslöser. Und deshalb reagiert die Bürokratie gegenwärtig so hysterisch auf oppositionelle Meinungen (insbesondere im Kulturbereich). Die wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten werden sich in zunehmenden politischen Spannungen niederschlagen. ●

KLASSENJUSTIZ IN DER BRD

BRD: Prozeß gegen KB eingestellt

Am 26.4. sollte der Staatsverleumdungsprozeß gegen Kai Ehlers, den ehemaligen Presseverantwortlichen des 'Arbeiterkampf', beginnen. Der 'Arbeiterkampf' hatte die angeblichen Selbstmorde in Stammheim und Stadlheim angezweifelt. Konkreter Gegenstand der Anklage war der Artikel "Schluß mit den 'Selbstmorden' ".

Den Beweis wollte die Anklage mit dem 'Ermittlungseinstellungsbescheid des Stammheimer Todesermittlungsverfahrens' vom Mai 1978 antreten. Die Widersprüche in den Ergebnissen der verschiedenen Untersuchungen zu Stammheim waren aber zu groß - und die Argumentation des Angeklagten zu dynamisch, als daß das Verfahren reibungslos durchgezogen hätte werden können. Offensichtlich hielt die Justiz das Risiko für zu groß, blamiert zu werden. Denn auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde der Prozeß nun vorläufig eingestellt. Alles Mißtrauen an den 'Selbstmorden' erhält dadurch neue Nahrung.

Unter vielem anderen ist bis heute ungeklärt, ob sich ein Stuhl in Gudrun Ensslins Zelle befunden hatte. Ein Stuhl wäre ja wohl notwendig gewesen, wenn sich Ensslin erhängt hätte. Eklatant auffällig war auch der Mangel an Vitamin B im Gehirn aller "Selbstmörder". Dieser Vitaminmangel führt zu Bewußtlosigkeit und kann durch Drogen herbeigeführt werden. Dem "aufgesetzten Nackenschuß" bei Baader im Stammheimer Abschlußbericht steht im kriminaltechnischen Gutachten des BKA (Bundeskriminalamt) ein "Schuß aus 30-40 Zentimeter Entfernung" gegenüber. Der seltsame Sand an Baaders Schuhen ist bis heute nicht untersucht worden usw.

Die einstweilige Einstellung des Verfahrens wurde offiziell mit dem § 154/Absatz 2 der Strafprozeßordnung begründet: Danach kann die vorläufige Einstellung einer Klage erfolgen, wenn die daraus zu erwartende Strafe gegenüber der Strafe aus einem anderen Verfahren "nicht ins Gewicht fällt".

Zweifel an den "Selbstmorden" von Baader u. Genoss(inn)en fallen also nicht ins Gewicht. Auch wir glauben nicht an die Selbstmorde!
Solidaritätsgrüße an Kai Ehlers und an den KB/Nord!

permanente revolution
FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !
Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)



DDR: Was wird aus dem Fünfjahresplan?

Eine neue Intershopregelung, verschärfte Repression gegen Havemann und andere oppositionelle Intellektuelle, verschärfte Pressezensur gegenüber bürgerlichen Journalisten - so sieht es an der Oberfläche aus. Dahinter aber verbergen sich massive ökonomische Schwierigkeiten der DDR. Die von der DDR-Führung postulierte "Einheit von Sozial- und Wirtschaftspolitik", d.h. der geplante Produktivitäts- und Wachstumsschub, begleitet durch erhöhte Konsum- und Sozialleistungen für die Bevölkerung, ist auf vielen Gebieten gefährdet.
Nach der größeren Planverfehlung 1976 wurde der laufende Fünfjahresplan (1976-1980) der DDR 1978 zum zweiten Mal gestört.
Wir wollen im Folgenden weniger auf die grundsätzlichen Mängel bürokratischer Planwirtschaft, auf fehlende Arbeiterdemokratie, die Art des Wachstums etc. eingehen, sondern uns auf kurze Informationen über den Stand der Planerfüllung beschränken.

1976 sollte das produzierte Nationaleinkommen (=Gesamtsumme aller Mittel,die für den Export, den Verbrauch und die Investitionen erzeugt wurden) um 5,3% wachsen. Das Planziel wurde aber erheblich verfehlt, es wurden nur 3,6% Wachstum erreicht, was einem Fehlbetrag von 2,4 Milliarden Mark entsprach.
Dieser Rückschlag wurde zum Teil durch die überdurchschnittliche Wachstumsrate von 5,4% 1977 ausgeglichen. Prompt orakelte Honecker, dass die Wachstumsziele weiter erhöht werden müssten - damit ist's jetzt Essig. Nicht nur, dass im Planjahr 1978 statt einer geplanten Wachstumsrate von 5,2% nur 3,7% erreicht wurden (auch der absolute Zuwachs des produzierten Nationaleinkommens war kleiner als 1977: 1977 = 7,7 Milliarden Mark, 1978 = 5,8 Milliarden Mark), mussten auch für das Planjahr 1979 die Planziffern vorsorglich nach unten korrigiert werden. Selbst wenn der 79er Plan voll erfüllt würde, erhöht sich der Planungsrückstand im produzierten Nationaleinkommen für die ersten vier Jahre des Fünfjahresplans auf einen Wert von ca. 14 Milliarden Mark.
Während die Industrie ihr Plansoll trotz allem im wesentlichen erfüllt hat und im Bauwesen trotz Nichterfüllung des Plans 1978 (4,8% statt 5,7%) wenigstens das Wohnungsbauprogramm erreicht und übertroffen worden ist, ist besonders brisant für die SED-Führung, dass die Pläne für Konsumgüter nicht erfüllt werden konnten. Das wird deutlich, wenn man sieht, dass der Einzelhandelsumsatz 1978 mit 92,6 Milliarden Mark (davon Umsatz der "Sonderläden": Intershop, Delikat und Exquisit = 760 Millionen) angegeben wurde, was bedeutet, dass am Plansoll rund 400 Millionen fehlen. Statt der geplanten 4% stieg der Einzelhandelsumsatz (immer noch der beste Indikator für den privaten Konsum) nur um 3%. Schliesslich nahmen auch die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung (die Aufschlüsselung nach sozialen Klassen und Schichten ist sehr schwierig) 1978 statt 4%,wie geplant, nur um 3,5% zu. Die Preissteigerungsrate in der DDR ist nicht exakt zu ermitteln, sie wird zwischen 1,5% und 2% geschätzt. Gesunken sind auch die Zuwachsraten der sogenannten "gesellschaftlichen Fonds" (Gesundheit, Sport, Kultur, Sozialwesen etc.) von 1977 fast 8% auf 1978 4,5%.
Ebenfalls zu Versorgungslücken kann die Situation in der Landwirtschaft führen. Trotz Grossraumbewirtschaftung und erheblichen Investitionen wird der Produktivitätsrückstand der DDR-Landwirtschaft z.B. gegenüber der BRD immer grösser. Die Arbeitsproduktivität (Nahrungsmittel je Vollarbeitskraft) betrug 1967 noch 64% von der in der BRD, bis 1976 ist sie auf 61% gesunken (!). In der Nahrungsmittelproduktion pro Hektar ist der Produktivitätsrückstand gegenüber der BRD von 21% 1967 auf 27% 1976 gestiegen, lediglich in der Tierproduktion konnte die DDR-Landwirtschaft Produktivitätsrückstände geringfügig wettmachen (14% zu 12%). 1978 hatte die DDR zwar die zweitbeste Getreideernte (38,5 Zentner je Hektar, BRD:44,9 je Hektar) und eine gute Kartoffelernte, aber die Erträge bei Gemüse, Futterpflanzen und Zuckerrüben sanken ab. Fazit: um den Fünfjahresplan noch zu erfüllen, müsste der Jahresplan von 1980 eine Steigerungsrate von 13% aufweisen. Es liegt auf der Hand, dass dies irreal ist, d.h. der laufende Fünfjahresplan ist gescheitert!

Nach der 8. Volkskammertagung im Dezember 1978 verschwieg die SED-Führung zunächst die Planungsrückstände, erst der strenge Winter 'brachte es an den Tag'. Der neben dem Verkehrssektor neuralgische Punkt der DDR-Wirtschaft, die Energie- und Rohstoffversorgung, krachte in allen Fugen. Zwar ist der Aufwand zur Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung in der DDR in den letzten fünf Jahren um fast 50% gestiegen (dagegen das produzierte Nationaleinkommen nur um 26%), aber der zeitweilige Zusammenbruch der Energieversorgung ist trotzdem nicht witterungsbedingt gewesen, sondern auf offensichtliche Planungsfehler zurückzuführen.
Die DDR gewinnt etwa 80% ihrer Elektrizität aus Braunkohle,die im Tagbau abgebaut wird. Natürlich ist der Tagbau stark witterungsabhängig, aber gerade deshalb sind die Planungsfehler so eklatant. Die Braunkohlekraftwerke der DDR z.B. führen "aus ökonomischen Gründen" nur für einen Tag Vorräte, an den Milli-

FORTSETZUNG AUF SEITE 27